

VERKAUFSPROSPEKT



Deutsche Bank AG London

**Bis zu 10 000 000 X-pert (indeX Perpetual Tracking) Zertifikate™
bezogen auf den Dow Jones EURO STOXXSM Energy (Preis) Index**

Emitteert im Rahmen des [Xavex™](#)-Programms

Ausgabepreis: wird am Ausgabedatum festgelegt

ISIN: DE0007093452

Die Deutsche Bank AG London (die "**Emittentin**") ist die Londoner Niederlassung der Deutschen Bank AG, einer Gesellschaft nach deutschem Recht. Die Deutsche Bank AG London ist als ausländische Gesellschaft in England und Wales eingetragen.

Die Emittentin kann im Rahmen ihres Xavex-Programms (das "**Programm**") bestimmte Wertpapiere begeben, die sich auf Aktien und/oder Indizes und/oder Schuldverschreibungen und/oder Waren und/oder Devisen beziehen. Die Emittentin hat beschlossen, bis zu 10 000 000 X-pert (indeX Perpetual Tracking) Zertifikate™ (die "**Wertpapiere**" oder "**X-pert Certificates**") bezogen auf den Dow Jones EURO STOXXSM Energy (Preis) Index zu den in Kapitel I dieses Prospekts beschriebenen Produktbedingungen (die "**Produktbedingungen**") und den in Kapitel II dieses Prospekts beschriebenen allgemeinen Emissionsbedingungen (die "**Allgemeinen Emissionsbedingungen**", zusammen mit den Produktbedingungen die "**Bedingungen**" genannt) zu begeben. Verweise auf den Begriff "**Bezugsobjekt**" sind als Verweise auf den vorstehend genannten Dow Jones EURO STOXXSM Energy (Preis) Index zu verstehen.

Nach Maßgabe der Nr. 8 der Allgemeinen Emissionsbedingungen hat die Emittentin das Recht auf Ersetzung der Emittentin und das Recht, die Geschäftsstelle, über die sie tätig ist, zu wechseln.

Es ist beantragt worden, die Wertpapiere zur amtlichen Notierung an der Frankfurter Wertpapierbörse zuzulassen. Zur Erfüllung der Rechtsvorschriften für das Angebot und/oder die Notierung der Wertpapiere außerhalb Deutschlands können diesem Prospekt ein oder mehrere Länderanhänge beigefügt sein (jeweils ein "**Länderanhang**"). Die Beifügung eines oder mehrerer Länderanhänge schließt die Beifügung weiterer Länderanhänge zur gegebenen Zeit nicht aus. Verweise auf "**diesen Prospekt**" beziehen jeden zur gegebenen Zeit beigefügten Länderanhang mit ein, wenn sich aus dem Zusammenhang nicht etwas anderes ergibt.

Die Wertpapiere werden durch eine separate Globalurkunde (die "**Globalurkunde**") verbrieft, die von der Emittentin bei der Clearstream Banking AG am Tag der Ausgabe der Wertpapiere hinterlegt wird. Effektive Stücke werden nicht ausgegeben.

Die Wertpapiere können von der Emittentin im Falle einer Börsennotierung unter Beachtung der entsprechenden Regeln der jeweiligen Börse zu den von ihr festgelegten Zeiten und Preisen verkauft werden. Die Emittentin ist nicht zum Verkauf sämtlicher Wertpapiere verpflichtet. Die Wertpapiere können zur jeweils gegebenen Zeit nach Wahl der Emittentin in einem oder mehreren Geschäften, im außerbörslichen Markt oder anderweitig zum geltenden Marktpreis oder zu im Einzelfall verhandelten Konditionen angeboten und verkauft werden.

Potentielle Erwerber der Wertpapiere sollten sich über die Art der Wertpapiere und das Ausmaß der mit einer Anlage in den Wertpapieren verbundenen Risiken in vollem Umfang Klarheit verschaffen und die Eignung einer solchen Anlage jeweils mit Rücksicht auf ihre eigenen finanziellen, steuerlichen und sonstigen Verhältnisse bewerten. Potentielle Erwerber der Wertpapiere sollten die "Allgemeinen Risikofaktoren" in Kapitel II dieses Prospekts zur Kenntnis nehmen. Die Wertpapiere stellen nicht nachrangige, unbesicherte vertragliche Verpflichtungen der Emittentin dar, die untereinander in jeder Beziehung gleichrangig sind.

Die Wertpapiere sind nicht nach dem United States Securities Act von 1933 in der geltenden Fassung registriert, und der Handel in den Wertpapieren wurde nicht von der United States Commodity Futures Trading Commission und nicht nach dem United States Commodity Exchange Act in der geltenden Fassung genehmigt. Eine Beschreibung bestimmter Verkaufs- und Übertragungsbeschränkungen findet sich in dem Abschnitt "Allgemeine Verkaufs- und Übertragungsbeschränkungen" in Kapitel II dieses Prospekts.

Das Datum des Unvollständigen Verkaufsprospekts ist der 5. Februar 2001. Er enthält Informationen über verschiedene Arten von Finanzinstrumenten, die im Rahmen des Programms begeben werden

können. Dieser Prospekt stellt, jedoch ausschließlich mit Bezug auf die Wertpapiere, eine vervollständigte Fassung des Unvollständigen Verkaufsprospekts dar und datiert vom 8. Februar 2001.

TM Es wurde beim Deutschen Patent- und Markenamt Antrag auf Eintragung der Warenzeichen Xavex und X-pert (index Perpetual Tracking) Zertifikat gestellt.

Deutsche Bank 

WICHTIGER HINWEIS

Händler, Vertriebspersonal oder andere Personen sind nicht befugt, im Zusammenhang mit dem Angebot oder Verkauf der Wertpapiere andere als die in diesem Prospekt enthaltenen Angaben zu machen oder Zusicherungen zu geben. Falls solche Angaben gemacht oder Zusicherungen gegeben wurden, können sie nicht als von der Emittentin genehmigt angesehen werden. Dieser Prospekt und etwaige sonstige Angaben über die Wertpapiere sind nicht als Grundlage einer Bonitätsprüfung oder sonstigen Bewertung gedacht und sollten nicht als Empfehlung der Emittentin an den jeweiligen Empfänger angesehen werden, die angebotenen Wertpapiere zu erwerben. Anleger, die den Kauf der Wertpapiere beabsichtigen, sollten eine eigene unabhängige Prüfung der mit einer Anlage in den Wertpapieren verbundenen Risiken vornehmen. Weder dieser Prospekt noch andere Angaben über die Wertpapiere stellen ein Angebot seitens oder im Namen der Emittentin oder anderer Personen zur Zeichnung oder zum Kauf der Wertpapiere dar.

Soweit nachstehend in Angaben zu dem Bezugsobjekt in Kapitel I nichts anderes angegeben ist, trägt die Emittentin die Verantwortung für die in diesem Prospekt enthaltenen Angaben. Diese entsprechen nach bestem Wissen der Emittentin den Tatsachen und lassen nichts aus, was dazu geeignet ist, die Bedeutung dieser Angaben erheblich zu beeinflussen (und die Emittentin hat dies mit der gebotenen Sorgfalt überprüft).

Die Aushändigung dieses Prospekts bedeutet nicht, daß die darin enthaltenen Angaben zu einem späterem Zeitpunkt als dem Datum dieses Prospekts zutreffend sind oder daß etwaige sonstige Angaben über die Wertpapiere zu einem späteren als dem Zeitpunkt zutreffend sind, der in dem Schriftstück, das diese Angaben enthält, genannt wird.

Die Verbreitung dieses Prospekts und das Angebot der Wertpapiere können in bestimmten Ländern gesetzlichen Beschränkungen unterliegen. Die Emittentin gibt keine Zusicherung über die Rechtmäßigkeit der Verbreitung dieses Prospekts oder des Angebots der Wertpapiere in irgendeinem Land nach den dort geltenden Registrierungs- und sonstigen Bestimmungen oder geltenden Ausnahmeregelungen und übernimmt keine Verantwortung dafür, daß eine Verbreitung des Prospekts oder ein Angebot ermöglicht werden. In keinem Land dürfen demgemäß die Wertpapiere direkt oder indirekt angeboten oder verkauft oder der Prospekt, irgendwelche Werbung oder sonstige Verkaufsunterlagen verbreitet oder veröffentlicht werden, es sei denn in Übereinstimmung mit den jeweils geltenden rechtlichen Vorschriften. Personen, die im Besitz dieses Prospekts sind, müssen sich über die geltenden Beschränkungen informieren und diese einhalten. Ergänzend wird auf die Abschnitte „Allgemeine Verkaufs- und Übertragungsbeschränkungen“ in Kapitel II und die Zusatzinformationen in Kapitel IV dieses

Der nachstehende Abschnitt ist ein kurzer Auszug aus den in Abschnitt I beschriebenen Produktbedingungen. Er stellt keine vollständige Beschreibung der Wertpapiere dar, unterliegt den Produktbedingungen und den Allgemeinen Emissionsbedingungen und ist in Verbindung mit diesen zu lesen.

**Bis zu 10.000.000 X-pert Certificates
bezogen auf den Dow EURO STOXXSM Energy (Preis) Index**

Emittentin:	Deutsche Bank AG London
Anzahl der Zertifikate:	Bis zu 10.000.000 X-pert Certificates
Bezugsobjekt:	Dow Jones EURO STOXX SM Energy (Preis) Index
Ausgabepreis:	Wird am Ausgabedatum festgelegt
Ausgabedatum:	13. Februar 2001
Multiplikator:	0,1, vorbehaltlich einer Anpassung im Anschluß an ein Splitting (siehe unten)
Ausübungstage:	Jeweils der letzte Geschäftstag im Januar, April, Juli und Oktober während der Ausübungsperiode
Ausübungsperiode:	Der mit dem 1. April 2001 beginnende und diesen Tag einschließende Zeitraum
Endgültiger Ausübungstag:	Wenn die Emittentin ihr Tilgungsrecht ausübt, der dem Monat, in den das Tilgungsdatum fällt, unmittelbar vorangehende Ausübungstag.
Ausübungsreferenzkurs:	Der offizielle Schlußstand des Bezugsobjekts am betreffenden Bewertungstag
Abwicklung:	Bar
Abwicklungstag:	Der fünfte Geschäftstag nach dem betreffenden Bewertungstag
Bewertungstag:	Der jeweilige Ausübungstag, oder wenn er kein Geschäftstag ist, der erste Geschäftstag danach
Abwicklungswährung:	Euro
Barausgleichsbetrag:	Barausgleichsbetrag = Ausübungsreferenzkurs x Multiplikator
Mindestausübungsbetrag	1 Wertpapier
:	
Split:	Die Emittentin hat Recht, die Wertpapiere derart zu splitten, daß jeder Gläubiger, der zur Zeit dieses Splits ein Wertpapier besitzt, danach eine von der Emittentin festgelegte Anzahl von Wertpapieren besitzt. Ein solcher Split hat eine Anpassung des Multiplikators zur Folge, wie sie erforderlich ist, um die wirtschaftliche Position und die Rechte der Gläubiger so zu erhalten, wie sie vor dem Split gewesen sind.

Tilgungsrecht:	Die Emittentin hat das unbedingte und unwiderrufliche Recht, die Wertpapiere zum Tilgungs-Barausgleichsbetrag zu tilgen, indem sie mindestens 12 Monate vorher Mitteilung davon macht, vorausgesetzt, daß eine Tilgung vor dem 13. Februar 2006 nicht erfolgen kann. Die Ausübung des Tilgungsrechts durch die Emittentin hindert die Gläubiger nicht daran, Wertpapiere an einem Ausübungstag bis einschließlich dem Endgültigen Ausübungstag auszuüben. Nach dem Endgültigen Ausübungstag kann eine Ausübung nicht mehr erfolgen. Wenn ein ordnungsgemäß ausgeübtes Wertpapier nach Ausübung des Tilgungsrechtes durch die Emittentin einen Ausübungstag nach dem Endgültigen Ausübungstag hätte, gilt der Endgültige Ausübungstag als dessen Ausübungstag. Wenn eine Ausübungsmitteilung für ein Wertpapier nicht am dreizehnten Kalendertag nach dem Tilgungsdatum vor oder um 10.00 Uhr (MEZ) vorgelegt wird, erlöschen die Verpflichtungen der Emittentin in bezug auf diese Wertpapiere.
Tilgungs-Abwicklungsstag:	Der fünfte Geschäftstag nach dem Tilgungs-Bewertungstag, vorbehaltlich der ordnungsgemäßen Vorlage einer Abwicklungsmitteilung
Berechnungsstelle:	Deutsche Bank AG London
Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle:	Deutsche Bank AG London
WKN:	709345
ISIN Kennzahl:	DE0007093452
Common Code:	12320302
Valoren:	1176276

INHALT

	<u>Seite</u>	
KAPITEL I	ANGABEN ZU DEM PRODUKT	
	Produktbedingungen	I-1
	Angaben zu dem Bezugsobjekt	I-10
KAPITEL II	ALLGEMEINE INFORMATIONEN	
	Allgemeine Emissionsbedingungen	II-1
	Allgemeine Risikofaktoren	II-6
	...	
	Allgemeine Informationen zur Besteuerung	II-11
	Allgemeine Verkaufs- und Übertragungs- beschränkungen	II-13
	Allgemeine Informationen über die Emittentin	II-14
KAPITEL III	AKTUELLE GESCHÄFTSENTWICKLUNG DER EMITTENTIN	III-1
KAPITEL IV	ZUSATZINFORMATIONEN	IV-1

KAPITEL I: ANGABEN ZU DEM PRODUKT

PRODUKTBEDINGUNGEN

ANGABEN ZU DEM BEZUGSOBJEKT

Diese Produktbedingungen beziehen sich auf die Wertpapiere und sind im Zusammenhang mit den und vorbehaltlich der in Kapitel II dieses Prospekts wiedergegebenen Allgemeinen Emissionsbedingungen zu verstehen. Die Produktbedingungen und die Allgemeinen Emissionsbedingungen bilden zusammen die Bedingungen der Wertpapiere und sind der Globalurkunde, die die Wertpapiere verbrieft, beigelegt.

PRODUKTBEDINGUNGEN

Definitionen

„**Abwicklungstag**“ ist der fünfte Geschäftstag nach dem betreffenden Bewertungstag;

„**Abwicklungswährung**“ ist Euro;

„**Abwicklungsmitteilung**“ ist die in Nr. 3.4. der Produktbedingungen beschriebene Mitteilung;

„**Ausübungsperiode**“ ist der mit dem 1. April 2001 beginnende und diesen Tag einschließende Zeitraum;

„**Ausübungsmitteilung**“ ist die in Nr. 3.4. der Produktbedingungen als solche beschriebene Mitteilung;

„**Ausübungsreferenzkurs**“ ist, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß Nr. 4 der Produktbedingungen, ein (als Geldgegenwert in der Abwicklungswährung zu betrachtender) Betrag in Höhe des von der Berechnungsstelle festgestellten amtlichen Schlußstandes des Index am betreffenden Bewertungstag, ungeachtet später veröffentlichter Korrekturen;

„**Ausübungstag**“ ist, vorbehaltlich von Nr. 3 der Produktbedingungen, jeweils der letzte Geschäftstag im Januar, April, Juli und Oktober während der Ausübungsperiode;

„**Barausgleichsbetrag**“ ist der von der Berechnungsstelle wie folgt berechnete Betrag in Euro:

$$\text{Barausgleichsbetrag} = \text{Ausübungsreferenzkurs} \times \text{Multiplikator}$$

wobei der Barausgleichsbetrag nicht unter Null liegen darf. Der Barausgleichsbetrag wird auf die nächsten zwei Dezimalstellen gerundet, wobei 0,005 abgerundet wird;

„**Bewertungstag**“ ist der relevante Ausübungstag oder, falls dieser Tag kein Handelstag ist, der erste darauffolgende Handelstag, wenn nicht nach Auffassung der Berechnungsstelle an diesem Tag eine Marktstörung eingetreten ist. Liegt an diesem Tag eine Marktstörung vor, ist der Bewertungstag der darauffolgende Handelstag, an dem keine Marktstörung vorliegt, es sei denn, es tritt an jedem der fünf Handelstage unmittelbar nach dem ursprünglichen Tag, der (ohne eine Marktstörung) der Bewertungstag gewesen wäre, eine Marktstörung ein. In diesem Fall (i) gilt der fünfte Tag als Bewertungstag (ungeachtet der Marktstörung), und (ii) bestimmt die Berechnungsstelle nach Treu und Glauben den Ausübungsreferenzkurs, indem sie die Höhe des Index unter den zu diesem Zeitpunkt vorherrschenden Marktbedingungen, des zuletzt gemeldeten Handelspreises eines jeden im Index enthaltenen Wertpapiers sowie weiterer ihrer Ansicht nach maßgeblicher Faktoren bestimmt.

„**Börse**“ ist, in bezug auf jedes zur jeweiligen Zeit im Index enthaltene Wertpapier, die Hauptbörse, an der dieses Wertpapier notiert ist oder gehandelt wird, oder ein Nachfolger

dieser Börse, wie jeweils von der Berechnungsstelle bestimmt (zusammen die "**Börsen**");

„**Clearingstelle**“ ist jeweils die Euroclear Bank S.A./N.V. als Betreiber des Euroclear-Systems und Clearstream Banking, société anonyme/Clearstream Banking Aktiengesellschaft und die (oder das) etwa von der Emittentin akzeptierte(n) und den Gläubigern gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen bekanntgegebene(n) zusätzliche(n) oder andere(n) Clearingstelle(n) oder Clearingsystem(e) (jeweils eine „Clearingstelle,“ und zusammen die „Clearingstellen,“), wobei dieser Begriff einen Unterverwahrer einschließt, der die Globalurkunde für die Clearingstelle(n) verwahrt;

„**Emittentin**“ ist die Deutsche Bank AG London;

„**Endgültiger Ausübungstag**“ ist, wenn die Emittentin ihr Tilgungsrecht (wie in Nr. 3.1 der Produktbedingungen definiert) ausübt, der Ausübungstag, der dem Monat, in den der Tilgungstag fällt, unmittelbar vorausgeht;

„**Geltender Ausübungstag**“ ist der in der Ausübungsmitteilung als Ausübungstag bezeichnete Ausübungstag;

„**Geschäftstag**“ ist ein Tag (außer Samstag und Sonntag), an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte Zahlungen in London und Frankfurt am Main abwickeln und an dem jede Clearingstelle für den Geschäftsverkehr geöffnet ist, sowie, sofern es um die Absicht geht, Zahlungen in Euro vorzunehmen, ein Tag, an dem das Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer (TARGET) - System geöffnet ist;

„**Gläubigerauslagen**“, sind sämtliche auf das jeweilige Wertpapier anfallenden Steuern, Abgaben und/oder Kosten, einschließlich gegebenenfalls anfallender Depotgebühren, Transaktions- oder Ausübungskosten, Stempelsteuern, Wertpapierumsatzsteuer, Emissions-, Zulassungs-, Verkehrs- und/oder sonstiger Steuern oder Abgaben in Verbindung mit (i) der Ausübung oder dem Rückzahlung des jeweiligen Wertpapiers und /oder (ii) jeglichen Zahlungen, die bei der Ausübung oder bei Rückzahlung oder anderweitig bezüglich des jeweiligen Wertpapiers fällig werden;

„**Globalurkunde**“, hat die in Nr. 2 der Produktbedingungen angegebene Bedeutung;

„**Handelstag**“, ist jeder Handelstag an allen Börsen (oder ein Tag, der ein solcher Handelstag wäre, wenn keine Marktstörung eingetreten wäre), ausgenommen Tage, an denen vorgesehen ist, daß der Handel an irgendeiner der Börsen vor dem zu Werktagen üblichen Börsenschluß geschlossen wird;

„**Index**“ ist, vorbehaltlich von Nr. 4 der Produktbedingungen, der Dow Jones EURO STOXXSM Energy (Preis) Index;

„**Index Sponsor**“, ist STOXX Limited, und Verweise auf den Index Sponsor schließen Nachfolger des Index Sponsors gemäß Nr. 4 der Produktbedingungen ein;

„**Marktstörung**“ ist jedes Ereignis, das in Nr. 4 der Produktbedingungen als Marktstörung bezeichnet ist;

„**Multiplikator**“ ist 0,1, vorbehaltlich Anpassungen nach Nr. 4.3 der Produktbedingungen;

„**Tilgungs-Abwicklungstag**“ ist, vorbehaltlich von Nr. 3.2 der Produktbedingungen, der fünfte Geschäftstag nach dem Tilgungs-Bewertungstag;

„**Tilgungs-Barausgleichsbetrag**“ ist der von der Berechnungsstelle wie folgt berechnete Betrag in Euro:

$$\text{Tilgungs - Barausgleichsbetrag} = \text{Tilgungs - Referenzkurs} \times \text{Multiplikator}$$

wobei der Barausgleichsbetrag nicht unter Null liegen darf. Der Barausgleichsbetrag wird auf die nächsten zwei Dezimalstellen gerundet, wobei 0,005 abgerundet wird;

„**Tilgungs-Bewertungstag**“ ist der Tilgungstag oder, wenn dieser Tag kein Handelstag ist, der erste darauffolgende Handelstag, wenn nicht nach Auffassung der Berechnungsstelle an diesem Tag eine Marktstörung eingetreten ist. Liegt an diesem Tag eine Marktstörung vor, ist der Tilgungs-Bewertungstag der erste darauffolgende Handelstag, an dem keine Marktstörung auftritt, es sei denn, es tritt an jedem der fünf Handelstage unmittelbar nach dem ursprünglichen Tag, der (ohne eine Marktstörung) der Tilgungs-Bewertungstag gewesen wäre, eine Marktstörung ein. In diesem Fall (i) gilt der fünfte Handelstag als der Tilgungs-Bewertungstag (ungeachtet der Marktstörung) und (ii) bestimmt die Berechnungsstelle nach Treu und Glauben den Tilgungs-Referenzkurs, indem sie die Höhe des Index unter den zu diesem Zeitpunkt vorherrschenden Marktbedingungen, des zuletzt gemeldeten Handelspreises eines jeden im Index enthaltenen Wertpapiers sowie weiterer ihrer Ansicht nach maßgeblicher Faktoren bestimmt;

„**Tilgungsperiode**“ ist der mit dem 13. Februar 2006 beginnende und diesen Tag einschließende Zeitraum;

„**Tilgungsmitteilung**“ ist die in Nr. 3.1 der Produktbedingungen als solche beschriebene Mitteilung;

„**Tilgungs-Referenzkurs**“ ist, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß Nr. 4 der Produktbedingungen, ein (als Geldgegenwert in der Abwicklungswährung zu betrachtender) Betrag in Höhe des von der Berechnungsstelle festgestellten amtlichen Schlußstands des Index am Tilgungs-Bewertungstag, ungeachtet später veröffentlichter Korrekturen;

„**Tilgungstag**“ ist der von der Emittentin in der Tilgungsmitteilung angegebene Tag innerhalb der Tilgungsfrist, wobei dieser Tag nicht weniger als zwölf (12) Monate nach dem Tag, an dem diese Tilgungsmitteilung gemäß Nr. 4.2 der Allgemeinen Emissionsbedingungen als abgegeben gilt und der nicht mit eingerechnet wird, liegen darf, und unter der weiteren Voraussetzung, daß, wenn dieser Tag kein Geschäftstag ist, Tilgungstag der unmittelbar folgende Geschäftstag ist;

„**Wertpapiere**“ sind die bis zu 10.000.000 durch die Globalurkunde verbrieften auf den Index bezogenen Zertifikate mit Barausgleich; einzeln jeweils ein „**Wertpapier**“; und

„**Zahl- und Verwaltungsstellen**“ sind vorbehaltlich von Nr. 5 der Allgemeinen Emissionsbedingungen jeweils die Deutsche Bank AG London als zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle (die „Zentrale Zahl- Verwaltungsstelle,“) und die Deutsche Bank AG Frankfurt, handelnd jeweils über ihre angegebene Geschäftsstelle; zusammen die „**Zahl- und Verwaltungsstellen**“, genannt.

Begriffe, die nicht in diesen Produktbedingungen definiert sind, haben die ihnen in den Allgemeinen Emissionsbedingungen zugewiesene Bedeutung.

2. Form

Die Wertpapiere werden durch eine Globalurkunde verbrieft (die „**Globalurkunde**„), die, wenn sie bei einer Clearingstelle in Deutschland verwahrt wird, entsprechend dem deutschen Recht auf den Inhaber lautet.

Die Globalurkunde wurde bei den/der Clearingstelle(n) hinterlegt. Es werden keine effektiven Stücke ausgegeben. Die Wertpapiere sind nach dem jeweils anwendbaren Recht und gegebenenfalls den jeweils geltenden Vorschriften und Verfahren der Clearingstelle übertragbar, in deren Unterlagen die Übertragung vermerkt wird. Wenn die Wertpapiere gemäß Nr. 5 der Produktbedingungen englischem Recht unterliegen, wird jede Person (abgesehen von einer anderen Clearingstelle), die zum fraglichen Zeitpunkt in den Aufzeichnungen der zuständigen Clearingstelle als Berechtigter eines bestimmten Nennbetrags der Wertpapiere geführt wird (in dieser Hinsicht ist jede Bescheinigung oder jedes andere Dokument, das die Clearingstelle über den dem Konto einer Person gutzuschreibenden Nennbetrag der Wertpapiere ausstellt, außer in Fällen offenkundigen Irrtums, endgültig und bindend), von der Emittentin und den Zahl- und Verwaltungsstellen für alle Zwecke als Gläubiger dieses bestimmten Nennbetrags der Wertpapiere behandelt (und der Begriff „**Gläubiger**„ und **ähnliche Begriffe** sind entsprechend zu verstehen). Wenn die Wertpapiere gemäß Nr. 5 der Produktbedingungen deutschem Recht unterliegen, sind der Begriff „**Gläubiger**„ und ähnliche Begriffe so zu verstehen, daß sie sich auf die nach deutschem Recht als Eigentümer der Wertpapiere anerkannten Personen beziehen.

3. Ausübungsrechte und Verfahren, Tilgungsrechte und Verfahren

3.1. *Ausübungsrecht und Tilgungsrecht*

Die Wertpapiere können nur an einem Ausübungstag und in der in Nr. 3.4 der Produktbedingungen angegebenen Weise ausgeübt werden. Ihre Ausübung steht unter dem Vorbehalt des Tilgungsrechts.

Die Emittentin hat das unbedingte und unwiderrufliche Recht (das "**Tilgungsrecht**"), nach Abgabe einer Tilgungsmitteilung (wie unten definiert) die Wertpapiere am Tilgungs-Abwicklungstag durch Zahlung des Tilgungs-Barausgleichsbetrags, abzüglich etwaiger Gläubigerauslagen, zur Gänze, aber nicht teilweise zu tilgen, wobei die Zahlung von der Vorlage einer ordnungsgemäß ausgefüllten Abwicklungsmitteilung, wie sie in Nr. 3.4 der Produktbedingungen beschrieben ist, durch den betreffenden Gläubiger abhängig ist (diese Mitteilung hat einen Nachweis über Nicht-US-Eigentum in bezug auf diesen Inhaber zu enthalten).

"**Tilgungsmitteilung**" ist die von der Emittentin gemäß Nr. 4.1 der Allgemeinen Emissionsbedingungen an die Gläubiger gegebene unwiderrufliche Mitteilung, daß die Emittentin ihr Tilgungsrecht ausüben wird, wobei diese Mitteilung den Tilgungstag anzugeben hat.

Vorbehaltlich Nr. 3.8 der Produktbedingungen hindert die Ausübung des Tilgungsrechts durch die Emittentin die Gläubiger nicht daran, Wertpapiere an einem Ausübungstag bis einschließlich dem Endgültigen Ausübungstag auszuüben oder Wertpapiere zu verkaufen oder zu übertragen; ein solcher Verkauf oder eine solche Übertragung ist wirksam, wenn sie an irgendeinem Tag bis zum Tilgungstag (diesen nicht eingeschlossen) vorgenommen wird.

Wenn die Emittentin ihr Tilgungsrecht ausgeübt hat, hat sie den Gläubigern höchstens 60 Tage und mindestens 30 Tage vor dem Tilgungstag Mitteilung zu machen und die Gläubiger

an die Ausübung des Tilgungsrechtes und das nach diesen Bedingungen bestehende Erfordernis der Vorlage einer Abwicklungsmitteilung zu erinnern.

3.2. Barausgleich

Jeder Gläubiger hat das Recht, bei ordnungsgemäßer Ausübung durch den Gläubiger und vorbehaltlich eines Nachweises über Nicht-US-Eigentum, von der Emittentin am Abwicklungstag den Barausgleichsbetrag abzüglich etwaiger Gläubigerauslagen zu beziehen.

Wenn die Emittentin ihr Tilgungsrecht ausübt, gibt jedes Wertpapier - nach Vorlage einer ordnungsgemäß ausgefüllten Abwicklungsmitteilung durch den Gläubiger (diese Mitteilung hat einen Nachweis über Nicht-US-Eigentum einzuschließen) an die Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle und einer Kopie an die Clearingstelle, in der in Nr. 3.4 der Produktbedingungen beschriebenen Form, um oder vor 10.00 Uhr MEZ am Tilgungstag - dessen Inhaber das Recht, von der Emittentin am Tilgungs-Abwicklungstag den Tilgungs-Barausgleichsbetrag abzüglich etwaiger Gläubigerauslagen zu beziehen.

Wenn eine ordnungsgemäß ausgefüllte Abwicklungsmitteilung und eine Kopie von dieser nicht in Übereinstimmung mit Nr. 3.4 der Produktbedingungen um oder vor 10.00 Uhr MEZ am Tilgungstag vorgelegt werden, wird der Tilgungs-Barausgleichsbetrag, abzüglich etwaiger Gläubigerauslagen, vorbehaltlich des unten Bestimmten so bald wie möglich nach dem ursprünglichen Tilgungs-Abwicklungstag gezahlt (dieser Zahlungstag gilt für diese Wertpapiere als der Tilgungs-Abwicklungstag). **Wenn die Abwicklungsmitteilung und deren Kopie für ein Wertpapier nicht am dreizehnten Kalendertag nach dem Tilgungstag um oder vor 10.00 Uhr (MEZ) in der in Nr. 3.4 der Produktbedingungen angegebenen Weise vorgelegt werden, hat der Inhaber dieses Wertpapiers kein Recht auf Erhalt des Tilgungs-Barausgleichsbetrags für dieses Wertpapier, und die Verpflichtungen der Emittentin in bezug auf dieses Wertpapier erlöschen.**

Zur Klarstellung: Wenn entweder (i) die Zahlung des Tilgungs-Barausgleichsbetrags in der oben vorgeschriebenen Weise - wegen der oben vorgeschriebenen Vorlage der Abwicklungsmitteilung und/oder ihrer Kopie nach 10.00 Uhr MEZ am Abwicklungstag - erst nach dem ursprünglichen Tilgungs-Abwicklungstag erfolgt oder (ii) die Verpflichtungen der Emittentin in der oben vorgeschriebenen Weise erlöschen, haben die betreffenden Gläubiger gegen die Emittentin keine Zahlungsansprüche, weder für Zinsen noch sonstigen Inhalts.

3.3. Allgemeines

Außer bei grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz sind weder die Emittentin noch die Berechnungsstelle oder die Zahl- und Verwaltungsstelle für Fehler oder Versäumnisse bei der Berechnung von Barausgleichbeträgen oder Tilgungs-Barausgleichbeträgen verantwortlich.

3.4. Ausübungs- und Abwicklungsmitteilung

Wertpapiere können nur durch Vorlage einer ordnungsgemäß ausgefüllten Ausübungsmitteilung an die Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle mit einer Kopie an die Clearingstelle am Geltenden Ausübungstag um oder vor 10.00 Uhr MEZ ausgeübt werden. Wenn eine Ausübungsmitteilung der Zentralen Zahl- und Verwaltungsstelle oder deren Kopie der Clearingstelle nach diesem Zeitpunkt vorgelegt wird, gilt sie als am nächstfolgenden Ausübungstag vorgelegt, und dieser Ausübungstag gilt als der Geltende Ausübungstag, wobei nach dem Endgültigen Ausübungstag ein Ausübungstag nicht mehr kann.

Wenn die Emittentin ihr Tilgungsrecht ausübt, gilt für jedes Wertpapier, für das eine ordnungsgemäß ausgefüllte Ausübungsmitteilung vorgelegt wurde, welche einen Geltenden

Ausübungstag bezeichnet, der nach dem endgültigen Ausübungstag eintritt, dieser Endgültige Ausübungstag als der Geltende Ausübungstag. Eine Vorlage der Ausübungsmitteilung an die Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle oder der Kopie an die Clearingstelle, die jeweils nach 10.00 Uhr am Endgültigen Ausübungstag erfolgt, ist ungültig.

Wenn die Emittentin ihr Tilgungsrecht ausübt, müssen die Gläubiger in der in Nr. 3.2 der Produktbedingungen vorgeschriebenen Weise der Zentralen Zahl- und Verwaltungsstelle eine ordnungsgemäß ausgefüllte Abwicklungsmitteilung und der Clearingstelle eine Kopie vorlegen.

Formulare für die Ausübungsmitteilung oder die Abwicklungsmitteilung sind während der üblichen Geschäftszeiten bei den angegebenen Geschäftsstellen einer jeden Zahl- und Verwaltungsstelle erhältlich.

Diese Ausübungsmitteilungen oder Abwicklungsmitteilungen müssen:

3.4.1. im Fall einer Ausübungsmitteilung die Anzahl der auszuübenden Wertpapiere und im Fall einer Abwicklungsmitteilung die Anzahl der getilgten Wertpapiere angeben;

3.4.2. im Fall einer Ausübungsmitteilung einen Ausübungstag als Geltenden Ausübungstag bezeichnen;

3.4.3. die Nummer des Kontos bei der Clearingstelle angeben, das mit den Wertpapieren belastet wird, die ausgeübt oder, im Fall einer Ausübung ihres Tilgungsrechts durch die Emittentin, getilgt werden;

3.4.4. die Clearingstelle unwiderruflich anweisen und ermächtigen, das Konto bis einschließlich zum Abwicklungstag oder dem Tilgungs-Abwicklungstag mit den Wertpapieren zu belasten;

3.4.5. das Konto bei der Clearingstelle angeben, dem der (etwaige) Barausgleichsbetrag oder der (etwaige) Tilgungs-Barausgleichsbetrags für diese Wertpapiere gutzuschreiben ist;

3.4.6. eine Verpflichtungserklärung des Gläubigers zur Zahlung sämtlicher Gläubigerauslagen enthalten, sowie eine Vollmacht an die Clearingstelle, einen Betrag in dieser Höhe von dem an den Gläubiger fälligen Barausgleichsbetrag oder Tilgungs-Barausgleichsbetrag abzuziehen und/oder ein angegebenes Konto bei der Clearingstelle zu belasten und die Gläubigerauslagen zu entrichten;

3.4.7. bestätigen, daß weder der Gläubiger noch eine Person, in deren Namen die Wertpapiere gehalten werden, eine **US-Person** ist oder in den Vereinigten Staaten ansässig ist; „US-Personen,“ in diesem Zusammenhang sind (i) natürliche Personen mit Wohnsitz in den Vereinigten Staaten oder deren Staatsbürger, (ii) Körperschaften, Personengesellschaften und sonstige rechtliche Einheiten, die in oder nach dem Recht der Vereinigten Staaten oder deren Gebietskörperschaften errichtet sind bzw. ihre Hauptniederlassung in den Vereinigten Staaten haben, (iii) Nachlässe oder Treuhandvermögen, die unabhängig von ihrer Einkommensquelle der US-Bundeseinkommensteuer unterliegen, (iv) Treuhandvermögen, soweit ein Gericht in den Vereinigten Staaten die oberste Aufsicht über die Verwaltung des Treuhandvermögen ausüben kann und soweit ein oder mehrere US-Treuhandvermögen zur maßgeblichen Gestaltung aller wichtigen Beschlüsse des Treuhandvermögens befugt sind, (v) Pensionspläne für Arbeitnehmer, Geschäftsführer oder Inhaber einer Körperschaft, Personengesellschaft oder sonstigen rechtlichen Einheit im Sinne von (ii), (vi) Gesellschaften, die zum Zweck der Erzielung hauptsächlich passiver Einkünfte existierende Rechtsträger, deren Anteile zu 10 Prozent oder mehr der von den Personen im Sinne von (i)

bis (v) gehalten werden, falls der Rechtsträger hauptsächlich zur Anlage durch diese Personen in einen Warenpool errichtet wurde, deren Betreiber von bestimmten Auflagen nach Teil 4 der CFTC-Vorschriften befreit ist, weil dessen Teilnehmer keine US-Personen sind, oder (vii) sonstige „US-Personen,“ im Sinne der Regulation S des United States Securities Act von 1933 in der geltenden Fassung oder der aufgrund des United States Commodity Exchange Act geltenden Vorschriften;

3.4.8. eine Einwilligung zur Verwendung der Mitteilungen in Verwaltungsverfahren oder Prozessen enthalten.

3.5. *Überprüfung*

Der jeweilige Gläubiger muß anlässlich jeder Ausübungs- oder Abwicklungsmitteilung in einer die Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle vernünftigerweise zufriedenstellenden Form nachweisen, daß er der Gläubiger der betreffenden Wertpapiere ist.

3.6. *Abwicklung*

Die Emittentin zahlt oder veranlaßt die Zahlung

3.6.1. des etwaigen Barausgleichsbetrags für jedes ordnungsgemäß ausgeübte Wertpapier auf das in der Ausübungsmitteilung genannte Konto zur Wertstellung am betreffenden Abwicklungstag abzüglich Gläubigerauslagen oder

3.6.2. des etwaigen Tilgungs-Barausgleichsbetrags für jedes Wertpapier nach Vorlage einer ordnungsgemäß ausgefüllten Abwicklungsmitteilung an das in der betreffenden Abwicklungsmitteilung angegebene Konto zur Wertstellung am Tilgungs-Abwicklungstag abzüglich Gläubigerauslagen, vorbehaltlich Nr. 3.2 der Produktbedingungen.

3.7. *Feststellungen*

Wird eine Ausübungsmitteilung oder Abwicklungsmitteilung nicht ordnungsgemäß ausgefüllt und vorgelegt, kann sie als unwirksam angesehen werden. Die Entscheidung über das ordnungsgemäße Ausfüllen und die Vorlage von Ausübungsmitteilungen oder Abwicklungsmitteilungen trifft die Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle; sie ist endgültig und bindend für die Emittentin und den jeweiligen Gläubiger. Vorbehaltlich der nachstehenden Regelungen ist jede Ausübungsmitteilung oder Abwicklungsmitteilung unwirksam, wenn festgestellt wird, daß sie unvollständig ist oder nicht in ordnungsgemäßer Form vorgelegt wird oder nicht unverzüglich nach Zustellung an die Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle in Kopie an die Clearingstelle weitergeleitet wurde.

Wird die Ausübungsmitteilung oder Abwicklungsmitteilung nachträglich zur Zufriedenheit der Zentralen Zahl- und Verwaltungsstelle korrigiert, gilt sie als eine zu dem Zeitpunkt eingegangene neue Ausübungsmitteilung oder Abwicklungsmitteilung, an dem der Clearingstelle die korrigierte Fassung mit Kopie an die Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle vorgelegt wird.

Die Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle wird sich nach angemessenen Kräften bemühen, um den Gläubiger unverzüglich zu benachrichtigen, wenn sie feststellt, daß eine Ausübungsmitteilung oder Abwicklungsmitteilung unvollständig ist oder nicht die ordnungsgemäße Form hat. Außer bei grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz haften die Emittentin oder die Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle niemandem für Handlungen oder Unterlassungen aus oder in Verbindung mit einer solchen Feststellung oder der Benachrichtigung eines Gläubigers über eine solche Feststellung.

3.8. *Zugang der Ausübungsmitteilung oder Abwicklungsmitteilung*

Der Zugang einer Ausübungsmitteilung gilt als unwiderruflich getroffene Wahl des betreffenden Gläubigers, die angegebenen Wertpapiere auszuüben. Die Vorlage einer Abwicklungsmitteilung gilt als unwiderruflich getroffene Wahl des betreffenden Gläubigers, den Tilgungs-Barausgleichsbetrag zu erhalten. Ausübungsmitteilungen oder Abwicklungsmitteilungen können nach Zugang bei der Zentralen Zahlungs- und Verwaltungsstelle, wie oben vorgesehen, nicht zurückgezogen werden. Nach Zugang einer Ausübungsmitteilung können Wertpapiere, auf die sich die Ausübungsmitteilung bezieht, nicht übertragen werden. Nach Zugang der Abwicklungsmitteilung können Wertpapiere, auf die sich diese Mitteilung bezieht, nicht übertragen oder ausgeübt werden.

3.9. *Gläubigerauslagen*

Sämtliche hinsichtlich eines Wertpapiers anfallenden Gläubigerauslagen trägt der jeweilige Gläubiger. Zahlung des Barausgleichsbetrags oder des Tilgungs-Barausgleichsbetrags erfolgt nur, wenn zuvor alle diesbezüglichen Gläubigerauslagen zur Zufriedenheit der Emittentin gezahlt wurden.

3.10. *Ausübungs- und Abwicklungsrisiko*

Die Ausübung und Abwicklung hinsichtlich der Wertpapiere unterliegt sämtlichen am jeweiligen Ausübungs-, Abwicklungs- Tilgungstag oder Tilgungs-Abwicklungstag geltenden Gesetzen, sonstigen Vorschriften und Verfahren. Weder die Emittentin noch die Zahl- und Verwaltungsstellen haften für den Fall, daß sie aufgrund dieser Gesetze, sonstigen Vorschriften oder Verfahren trotz zumutbarer Anstrengung nicht in der Lage sein sollten, die beabsichtigten Transaktionen durchzuführen. Die Emittentin und die Zahl- und Verwaltungsstellen haften unter keinen Umständen für Handlungen oder Unterlassungen von Clearingstellen aus oder in Verbindung mit der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus den Wertpapieren.

4. **Berichtigungsvorschriften**

4.1. *Marktstörungen*

Die Berechnungsstelle setzt die Gläubiger so bald wie praktikabel gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen vom Eintritt einer Marktstörung in Kenntnis.

Eine „**Marktstörung**“, liegt vor, wenn

4.1.1. an einem Handelstag innerhalb der halben Stunde, die mit dem amtlichen Börsenschluß an einer Börse endet, (wegen Preisbewegungen, die die von dieser Börse zugelassenen Grenzen überschreiten, oder aus anderen Gründen) eine Aussetzung oder Beschränkung des Handels

4.1.1.1. an dieser Börse insgesamt oder

4.1.1.2. in auf den Index bezogenen Options- und Termingeschäften an einer Börse, an der Options- und Termingeschäfte auf den Index gehandelt werden, oder

4.1.1.3. in einem im Index enthaltenen Wertpapier an einer Börse, an der ein im Index enthaltenes Wertpapier notiert ist,

eintritt oder vorliegt, wenn die Aussetzung oder Beschränkung nach Feststellung der Berechnungsstelle wesentlich ist oder

4.1.2. ein allgemeines Moratorium für Bankgeschäfte in dem Land verhängt wird, in dem eine Börse ihren Sitz hat.

Beschränkungen der Börsenzeiten und -tage stellen keine Marktstörung im Sinne dieser Definition dar, wenn sie sich aus einer angekündigten Änderung der üblichen Geschäftszeiten der Börse ergeben. Eine im Verlauf des Tages auferlegte Beschränkung des Handels wegen Preisschwankungen, die die von der betreffenden Börse zugelassenen Grenzen überschreiten, kann jedoch nach Feststellung der Berechnungsstelle eine Marktstörung darstellen.

4.2. Anpassungen des Index

Die Berechnungsstelle setzt die Gläubiger so bald wie praktikabel gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen über die von ihr gemäß Nr. 4.2.1 oder 4.2.2 getroffenen Festsetzungen in Kenntnis.

Zusätzlich setzt die Berechnungsstelle die Gläubiger so bald wie möglich nach Erhalt einer entsprechenden schriftlichen Aufforderung über eine von ihr im Rahmen dieser Nr. 4 der Produktbedingungen bis einschließlich zum Tag des Eingangs dieser Aufforderung getroffene Feststellungen in Kenntnis. Kopien dieser Feststellungen können von den Gläubigern bei der Berechnungsstelle eingesehen werden.

4.2.1. Wenn der Index

4.2.1.1. nicht vom Index Sponsor berechnet und bekanntgegeben wird, sondern von einem für die Berechnungsstelle annehmbaren Nachfolger des Index Sponsors (der „Nachfolger des Index Sponsors,“) berechnet und veröffentlicht wird oder

4.2.1.2. durch einen Nachfolgeindex ersetzt wird, wobei nach Feststellung der Berechnungsstelle eine mit der Berechnungsmethode für den Index im wesentlichen vergleichbare Berechnungsmethode verwendet wird, dann gilt der von dem Nachfolger des Index Sponsors berechnete und bekanntgegebene Index, bzw. gegebenenfalls der Nachfolgeindex.

4.2.2. Wenn

4.2.2.1. der Index Sponsor oder gegebenenfalls der Nachfolger des Index Sponsors bis einschließlich zum Bewertungstag oder Tilgungs-Bewertungstag eine wesentliche Veränderung der Methode zur Berechnung des Index vornimmt oder den Index anderweitig wesentlich verändert (ausgenommen Veränderungen, die nach dieser Methode vorgeschrieben sind, um den Index im Falle von Änderungen der ihm zugrunde liegenden Wertpapiere aufrechtzuerhalten, und ausgenommen sonstige Routinemaßnahmen) oder

4.2.2.2. der Index Sponsor oder gegebenenfalls der Nachfolger des Index Sponsors an einem Bewertungstag oder einem Tilgungs-Bewertungstag die Berechnung und Veröffentlichung des Index versäumt,

stellt die Berechnungsstelle für diesen Tag den Ausübungsreferenzkurs oder Tilgungs-Referenzkurs fest, wobei sie statt eines an diesem Bewertungstag oder Tilgungs-Bewertungstag veröffentlichten Indexstandes denjenigen Indexstand verwendet, den die

Berechnungsstelle nach der Berechnungsmethode und -formel feststellt, der zuletzt vor der Änderung oder Unterlassung für den Index galt. Sie verwendet dabei jedoch nur Wertpapiere, die unmittelbar vor der Änderung oder Unterlassung im Index enthalten waren (ausgenommen Wertpapiere, die ab diesem Zeitpunkt nicht mehr an der betreffenden Börse notiert sind).

4.3. *Splits*

Die Emittentin hat das ihrem alleinigen Ermessen unterliegende Recht, die Wertpapiere jederzeit derart zu splitten, daß jeder Gläubiger, der zur Zeit dieses Splits ein Wertpapier besitzt, danach eine von der Emittentin festgelegte Anzahl von Wertpapieren besitzt. Von jedem solchen Split hat die Emittentin die Gläubiger gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen zu unterrichten. Eine solche Mitteilung hat mindestens 10 Geschäftstage vor Ausführung des Splits zu erfolgen und das Datum dieses Splits und den im Anschluß an diesen Split angepaßten Multiplikator anzugeben. Die Emittentin hat davon auch die Clearingstellen in Kenntnis zu setzen und zu verlangen, daß sie im Anschluß an diesen Split ihre Aufzeichnungen entsprechend abändern. Eine Anpassung des Multiplikators erfolgt nur, um die wirtschaftliche Position und die Rechte der Gläubiger so zu erhalten, wie sie vor dem Split gewesen sind.

5. **Anwendbares Recht**

Die Wertpapiere unterliegen englischem Recht und werden diesem gemäß ausgelegt.

ANGABEN ZU DEM BEZUGSOBJEKT

Die nachfolgenden Informationen sind Auszüge oder Zusammenfassungen von öffentlich zugänglichen Informationen. Die Emittentin übernimmt die Verantwortung für die Genauigkeit des Auszuges dieser Informationen. Die Emittentin hat diese Informationen nicht eigenständig überprüft und übernimmt keine weitere oder anderweitige Verantwortung (ausdrücklich oder stillschweigend) in bezug auf diese Informationen.

DER DOW JONES EURO STOXXSM ENERGY (PREIS) INDEX

Allgemeines

Der Dow Jones EURO STOXX 50SM Energy (Preis) Index ("**Index**") ist ein Branchenindex, der von STOXX Limited ("**Index Sponsor**") gesponsort wird, einer Partnerschaft zwischen der Deutsche Börse AG, Dow Jones & Company, ParisBourse^{SBF} und der SWX Swiss Exchange. Der Index ist einer von achtzehn „**Market Sector**“ Branchenindizes und ist eine Teilmenge des Dow Jones STOXXSM 600 Index. Er besteht aus Aktien aus den an der Europäischen Währungsunion teilnehmenden Ländern. Durch den Index sollen die spezifischen Chancen und Risiken einer bestimmten Branche abgebildet werden, und zwar durch die Auswahl von Unternehmen, die vergleichbare Haupteinnahmequellen haben. Der Index dient auch als Vergleichsgrundlage (Benchmark) für diese Branche.

Der Index wird nur auf Grundlage der an den verschiedenen Börsen, an denen die Aktien notiert sind, während der amtlichen Handelszeit festgestellten Kurse erstellt. Der offizielle Schlußwert für den Index wird für am betreffenden Tag gehandelte Aktien unter Verwendung des Schlußkurses und für solche Aktien, die am jeweiligen Tag nicht gehandelt wurden, auf der Grundlage des angepaßten Schlußkurses für den vorhergehenden Handelstag berechnet.

Berechnung

Der Index wird mit der Laspeyres-Formel folgendermaßen berechnet:

$$Index_t = \frac{\sum_{i=1}^n (p_{it} \cdot q_{it} \cdot X_{it}^{EURO} \cdot f_{it})}{C_t \cdot \sum_{i=1}^n (p_{i0} \cdot q_{i0} \cdot X_{i0}^{EURO})} \cdot Basiswert = \frac{M_t}{B_t} \cdot Basiswert$$

Die oben angegebene Formel kann folgendermaßen vereinfacht werden:

$$Index_t = \frac{M_t}{D_t}$$

wobei:

$$\begin{aligned} D_t &= \frac{B_t}{Basiswert} = \text{Divisor zum Zeitpunkt (t)} \\ n &= \text{Anzahl der Aktien im Index} \\ p_{i0} &= \text{Schlußkurs der Aktien (i) am Basistag} \end{aligned}$$

q_{i0}	=	Anzahl der Aktien einer Gesellschaft (i) am Basistag (31. Dezember 1999)
p_{it}	=	Kurs der Aktien (i) zum Zeitpunkt (t)
q_{it}	=	Anzahl der Aktien einer Gesellschaft (i) zum Zeitpunkt (t)
f_{it}	=	Verfügbarkeitsfaktor der Gesellschaft (i) zum Zeitpunkt (t)
C_t	=	Anpassungsfaktor für die Marktkapitalisierung am Basistag
t	=	Zeitpunkt der Berechnung des Index
M_t	=	Marktkapitalisierung des Index zum Zeitpunkt (t)
B_t	=	angepaßte Marktkapitalisierung am Basistag für den Index zum Zeitpunkt (t)
X_{it}^{EURO}	=	Wechselkurs: Heimatwährung der Gesellschaft (i) in Euro zum Zeitpunkt (t) (gilt nur für Gesellschaften, die nicht in Euro gehandelt werden)
Basiswert	=	100 am Basistag

Basistag für den Index ist der 31. Dezember 1991.

Der Index ist nach der Marktkapitalisierung gewichtet. Der Indexdivisor wird angepaßt, um die Kontinuität des Index zu erhalten und Verzerrungen auf Grund von Maßnahmen von Unternehmen zu verhindern, die die Marktkapitalisierung des Index beeinträchtigen.

Der Index wird vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember überprüft. Außerordentliche Maßnahmen der Unternehmen, wie etwa Fusionen, Übernahmen, Ausgliederungen, Aktienneuemissionen, Aufhebungen der Börsennotierung und Insolvenzen, welche die Zusammensetzung des Index berühren, werden laufend beobachtet und in die Indexberechnung einbezogen.

Quelle: Dow Jones StoxxSM Index Leitfaden, Version 6.0

Historische Indexstände

Die nachstehende Tabelle zeigt die Spanne der Schlußstände des Index für den angegebenen Zeitraum.

Zeitraum	Datum des Höchststandes	Höchststand	Datum des Tiefststandes	Tiefststand
1997	03-Okt-97	267,33	02-Jan-97	178,28
1998	06-Apr-98	291,97	01-Sep-98	207,55
1999	15-Jul-99	331,28	27-Jan-99	212,69
Juli 2000	04-Jul-00	355,15	26-Jul-00	336,27
August 2000	23-Aug-00	384,16	01-Aug-00	339,79
September 2000	11-Sep-00	394,75	25-Sep-00	356,09
Oktober 2000	12-Okt-00	393,48	30-Okt-00	359,89
November 2000	24-Nov-00	374,73	06-Nov-00	352,48
December 2000	01-Dec-00	353,81	11-Dec-00	326,82

Die Tabelle unten zeigt die amtlichen Schlußstände des Index zu den angegebenen Zeitpunkten.

Datum	Schlußkurs
02-Jan-01	345,45
03-Jan-01	346,23
04-Jan-01	341,36
05-Jan-01	340,70
08-Jan-01	342,71
09-Jan-01	336,13
10-Jan-01	330,55
11-Jan-01	338,35
12-Jan-01	341,01
15-Jan-01	348,43
16-Jan-01	341,35
17-Jan-01	337,78
18-Jan-01	333,13
19-Jan-01	330,21
22-Jan-01	333,87
23-Jan-01	328,55
24-Jan-01	335,56
25-Jan-01	342,20
26-Jan-01	343,14
29-Jan-01	344,69
30-Jan-01	341,43
31-Jan-01	346,45

Quelle: Bloomberg

Weitere Angaben über den Index

Der Indexsponsor unterhält eine Internet-Site unter der folgenden Adresse, auf der weitere Informationen über den Index zur Verfügung stehen: www.stoxx.com

Haftungsausschlußerklärung und Verantwortung

STOXX Limited ("**STOXX**") und Dow Jones and Company, Inc. ("**Dow Jones**") stehen außer über die Lizenzierung des Index und der damit verbundenen Warenzeichen zur Verwendung im Zusammenhang mit den Wertpapieren in keiner Beziehung zur Emittentin.

STOXX und Dow Jones übernehmen folgendes nicht:

- ? Sponsoring, Empfehlungen, Verkauf oder Werbung für die Wertpapiere
- ? Empfehlungen an Personen, in die Wertpapiere oder anderen Wertpapiere zu investieren
- ? Verantwortung oder Haftung für die Zeitwahl, Anzahl oder Kursfestsetzung der Wertpapiere, oder irgendeine Entscheidung über diese Umstände
- ? Verantwortung oder Haftung für die Verwaltung, das Management oder das Marketing für die Wertpapiere
- ? Berücksichtigung der Bedürfnisse der Gläubiger bei der Bestimmung, Zusammensetzung oder Berechnung des Index, oder eine Verpflichtung, dies zu tun

STOXX und Dow Jones sind in Verbindung mit den Wertpapieren in keiner Weise haftbar. Insbesondere:

(i) übernehmen STOXX und Dow Jones keinerlei Gewährleistung (ausdrücklich oder stillschweigend), insbesondere nicht für folgende Umstände:

? die über die Wertpapiere, oder die von den Gläubigern oder anderen Personen in Verbindung mit der Verwendung des Index und der im Index enthaltenen Daten, zu erzielenden Ergebnisse

? die Genauigkeit oder Vollständigkeit des Index und dessen Daten

? die handelsübliche Qualität des Index und dessen Daten und seine Eignung für einen bestimmten Zweck oder Gebrauch

(ii) STOXX und Dow Jones haften nicht für irgendwelche Irrtümer, Auslassungen oder Unterbrechungen im Index oder in dessen Daten

(iii) STOXX oder Dow Jones haften unter keinen Umständen für entgangene Gewinne, mittelbare Schäden oder Folgeschäden, irgendwelche Bußgelder oder Verluste, sogar wenn STOXX oder Dow Jones von deren möglichen Eintreten Kenntnis haben.

Aus den Lizenzvereinbarungen zwischen der Emittentin und STOXX können die Gläubiger oder sonstige dritte Parteien keinerlei Rechte herleiten.

Der Dow Jones EURO STOXXSM Energy (Preis) Index steht im Eigentum der der STOXX Limited. Die Bezeichnung Dow Jones EURO STOXXSM ist eine Marke von Dow Jones. Ihr Gebrauch wurde der Emittentin für bestimmte Zwecke gestattet.

KAPITEL II: ALLGEMEINE INFORMATIONEN

ALLGEMEINE EMISSIONSBEDINGUNGEN

ALLGEMEINE RISIKOFAKTOREN

ALLGEMEINE INFORMATIONEN ZUR BESTEUERUNG

ALLGEMEINE VERKAUFS- UND ÜBERTRAGUNGSBESCHRÄNKUNGEN

ALLGEMEINE INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN

Diese Allgemeinen Emissionsbedingungen beziehen sich auf die Wertpapiere und sind im Zusammenhang mit den und vorbehaltlich der in Kapitel I dieses Prospekts wiedergegebenen Produktbedingungen zu verstehen. Die Produktbedingungen und die Allgemeinen Emissionsbedingungen bilden zusammen die Bedingungen für die Wertpapiere und sind der Globalurkunde, die die Wertpapiere verbrieft, beigelegt.

ALLGEMEINE EMISSIONSBEDINGUNGEN

1. Status der Wertpapiere

Die Wertpapiere sind nicht nachrangige und unbesicherte vertragliche Verpflichtungen der Emittentin, die untereinander gleichrangig sind.

2. Vorzeitige außerordentliche Kündigung, Rechtswidrigkeit und höhere Gewalt

Stellt die Emittentin fest, daß aus Gründen, die sie nicht zu vertreten hat, die Erfüllung ihrer Verpflichtungen im Rahmen der Wertpapiere ganz oder teilweise aus gleich welchem Grund rechtswidrig oder undurchführbar geworden ist oder daß aus Gründen, die sie nicht zu vertreten hat, die Beibehaltung ihrer Absicherungsmaßnahmen im Hinblick auf die Wertpapiere aus gleich welchem Grund rechtswidrig oder undurchführbar geworden ist, ist die Emittentin berechtigt, nach eigenem Ermessen und ohne dazu verpflichtet zu sein die Wertpapiere vorzeitig zu kündigen, indem sie die Gläubiger gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen davon in Kenntnis setzt.

Sollte eine Bestimmung oder sollten mehrere Bestimmungen der Bedingungen unwirksam sein oder werden, bleibt die Wirksamkeit der restlichen Bestimmungen davon unberührt.

Werden die Wertpapiere durch die Emittentin vorzeitig gekündigt, zahlt die Emittentin, soweit nach dem jeweils geltenden Recht zulässig, jedem Gläubiger für jedes von ihm gehaltene Wertpapier einen Betrag in Höhe des Marktpreises des Wertpapiers, ungeachtet dieser Rechtswidrigkeit oder Undurchführbarkeit, abzüglich der Kosten der Emittentin für die Auflösung etwaiger zugrundeliegender Absicherungsmaßnahmen; alles Vorstehende wird durch die Berechnungsstelle nach freiem Ermessen festgestellt. Die Zahlungen erfolgen in der den Gläubigern mitgeteilten Weise gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen.

3. Erwerb von Wertpapieren

Die Emittentin ist berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, jederzeit Wertpapiere zu einem beliebigen Kurs am offenen Markt oder aufgrund öffentlichen Gebots oder individuellen Vertrags zu erwerben. Alle derart erworbenen Wertpapiere können gehalten, weiterverkauft oder zur Vernichtung eingereicht werden.

4. Mitteilungen

4.1. Wirksamkeit

Mitteilungen an die Gläubiger sind wirksam, wenn sie der/den Clearingstelle(n) zur Benachrichtigung der Gläubiger zugehen; solange die Wertpapiere jedoch in einem Land an einer Börse notiert sind oder öffentlich angeboten werden, sind Mitteilungen an die Gläubiger nach den Vorschriften der betreffenden Börse und des betreffenden Landes zu veröffentlichen.

4.2. Zugang

Mitteilungen nach Nr. 4.1 werden, falls sie der/den Clearingstellen zugehen, am

dritten Tag nach Zugang bei der Clearingstelle bzw. allen Clearingstellen, falls es mehrere gibt, wirksam oder, falls sie veröffentlicht werden (unabhängig davon, ob dies zusätzlich geschieht), am Tag der Veröffentlichung oder, falls sie mehr als einmal veröffentlicht werden, am Tag der ersten Veröffentlichung, oder falls die Veröffentlichung in mehr als einer Zeitung erforderlich ist, am Tag der ersten Veröffentlichung in allen erforderlichen Zeitungen.

5. Zahl- und Verwaltungsstellen, Berechnungsstelle, Festsetzungen und Änderungen

5.1. Zahl- und Verwaltungsstellen

Die Emittentin behält sich das Recht vor, jederzeit die Benennung der Zahl- und Verwaltungsstellen zu ändern oder zu kündigen sowie zusätzliche Zahl- und Verwaltungsstellen zu ernennen; diese Änderungen oder Kündigungen erfolgen unter den Voraussetzungen, daß die Änderung oder Kündigung der Zentralen Zahl- und Verwaltungsstelle nicht wirksam wird, bevor an deren Stelle eine neue Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle ernannt wurde und, falls und soweit die Wertpapiere in einem Land an einer Börse notiert oder zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt sind, für dieses Land eine Zahl- und Verwaltungsstelle benannt ist, die gemäß den jeweiligen geltenden Gesetzen und Vorschriften der entsprechenden Börsen und des anwendbaren Rechts erforderlich ist. Nach Maßgabe von Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen erhalten die Gläubiger über Neuernennungen, Kündigung von Ernennungen oder Änderungen der genannten Niederlassungen der Zahl- und Verwaltungsstellen eine Mitteilung. Zahl- und Verwaltungsstellen handeln allein als Erfüllungsgehilfen der Emittentin und übernehmen keine Verpflichtungen oder Aufgaben gegenüber den Gläubigern und handeln nicht als Erfüllungsgehilfen oder Treuhänder für die Gläubiger. Sämtliche Berechnungen oder Festsetzungen in bezug auf die Wertpapiere, die durch eine Zahl- und Verwaltungsstelle durchgeführt oder ermittelt werden, sind (außer im Falle eines offensichtlichen Irrtums) für die Gläubiger endgültig, abschließend und bindend.

5.2. Berechnungsstelle

Die Emittentin übernimmt die Aufgaben der Berechnungsstelle (die "Berechnungsstelle"; Rechtsnachfolger sind in diesem Begriff eingeschlossen) in bezug auf die Wertpapiere, soweit die Emittentin nicht beschließt, gemäß den unten genannten Feststellungen eine andere Berechnungsstelle als Nachfolger zu ernennen.

Die Emittentin behält sich das Recht vor, jederzeit eine andere Stelle zur Berechnungsstelle zu ernennen. Die Kündigung der bestehenden Berechnungsstelle wird nicht wirksam, bevor an deren Stelle eine neue Berechnungsstelle ernannt wurde. Die Gläubiger werden über Kündigungen oder Ernennungen nach Maßgabe von Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen in Kenntnis gesetzt.

Die Berechnungsstelle (wenn sie nicht zugleich die Emittentin ist) handelt allein als Erfüllungsgehilfin der Emittentin und übernimmt keine Verpflichtungen oder Aufgaben gegenüber den Gläubigern und handelt nicht als Erfüllungsgehilfin oder Treuhänderin für die Gläubiger. Sämtliche Berechnungen oder Festsetzungen in bezug auf die Wertpapiere, die durch die Berechnungsstelle durchgeführt oder ermittelt werden, sind (außer im Falle eines offensichtlichen

Irrtums) für die Gläubiger endgültig, abschließend und bindend.

Die Berechnungsstelle kann mit Zustimmung der Emittentin die Erfüllung ihrer Aufgaben und Pflichten auf Dritte übertragen, soweit sie es für angemessen hält.

5.3. *Feststellungen durch die Emittentin*

Sämtliche Feststellungen seitens der Emittentin aufgrund der Bedingungen sind (außer im Falle eines offensichtlichen Irrtums) für die Gläubiger und die Emittentin endgültig, abschließend und bindend.

5.4. *Änderungen*

Die Emittentin kann, soweit nach dem jeweils anwendbaren Recht zulässig, die Bedingungen ohne Zustimmung einzelner oder aller Gläubiger ändern, soweit ihr dies angemessen und erforderlich erscheint, um dem wirtschaftlichen Zweck der Bedingungen gerecht zu werden, falls die Änderung die Interessen der Gläubiger nicht wesentlich nachteilig beeinflusst oder formaler, geringfügiger oder technischer Art ist oder dazu dienen soll, einen offensichtlichen Irrtum zu berichtigen oder eine mangelhafte Bestimmung dieser Bedingungen zu heilen, zu korrigieren oder zu ergänzen. Die Gläubiger werden von solchen Änderungen gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen unterrichtet; das Ausbleiben der Unterrichtung oder ihres Zugangs berührt die Wirksamkeit der Änderung jedoch nicht.

6. Besteuerung

Der betreffende Gläubiger hat hinsichtlich eines jeden Wertpapiers sämtliche Gläubigerauslagen nach Maßgabe der Produktbedingungen zu zahlen. Sämtliche Zahlungen oder etwaige Lieferungen im Hinblick auf die Wertpapiere unterliegen in allen Fällen den jeweils geltenden Steuergesetzen sowie sonstigen gesetzlichen Vorschriften (einschließlich gegebenenfalls der Gesetze, die Abzüge oder Einbehalt von Steuern, Abgaben und sonstigen Gebühren vorschreiben). Nicht die Emittentin, sondern der betreffende Gläubiger ist verpflichtet, Steuern, Abgaben, Gebühren, Abzüge oder sonstige Beträge, die im Zusammenhang mit dem Eigentum an von ihm gehaltenen Wertpapieren, ihrer Übertragung oder einer Zahlung und/oder Lieferung hinsichtlich dieser Wertpapiere anfallen, zu zahlen und entsprechend haftbar. Die Emittentin ist berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, von den an den Gläubiger zahlbaren Beträgen oder ihm geschuldeten Lieferungen zur Begleichung von Steuern, Abgaben, Gebühren, Abzügen oder sonstigen Zahlungen den erforderlichen Betrag oder Anteil einzubehalten oder abzuziehen. Jeder Gläubiger hat die Emittentin von Verlusten, Kosten oder sonstigen Verbindlichkeiten, die ihr in Verbindung mit derartigen Steuern, Abgaben, Gebühren, Abzügen oder sonstigen Zahlungen im Hinblick auf die Wertpapiere des jeweiligen Gläubigers entstehen, freizustellen.

7. Weitere Emissionen

Die Emittentin behält sich vor, gegebenenfalls ohne Zustimmung einzelner oder aller Gläubiger weitere Wertpapiere zu begeben in der Weise, daß diese mit den bereits begebenen Wertpapieren zusammengefaßt werden und eine einheitliche Emission mit ihnen bilden.

8. Ersetzung

8.1. *Ersetzung der Emittentin*

Die Emittentin oder eine zuvor an deren Stelle gesetzte Gesellschaft kann

jederzeit ohne Zustimmung der Gläubiger sich selbst als Hauptschuldnerin der Wertpapiere durch eine Gesellschaft (die "**Ersatzschuldnerin**"), die entweder eine Tochtergesellschaft oder ein verbundenes Unternehmen der Emittentin ist, ersetzen lassen. Die Ersetzung kann erfolgen, wenn:

- 8.1.1. die Verpflichtungen der Ersatzschuldnerin der Wertpapiere durch die Deutsche Bank AG garantiert werden (es sei denn, die Deutsche Bank AG ist selbst die Ersatzschuldnerin),
- 8.1.2. sämtliche Maßnahmen, Bedingungen und Aufgaben, die eingeleitet, erfüllt und durchgeführt werden müssen (einschließlich der Einholung erforderlicher Zustimmungen), um sicherzustellen, daß die Wertpapiere rechtmäßige, wirksame und bindende Verpflichtungen der Ersatzschuldnerin darstellen, eingeleitet, erfüllt und vollzogen worden sind und uneingeschränkt rechtsgültig und wirksam sind,
- 8.1.3. mindestens 30 Tage vor der beabsichtigten Ersetzung eine Mitteilung an die Gläubiger gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen erfolgte.

Alle in den Bedingungen enthaltenen Verweise auf die Emittentin beziehen sich im Falle einer Ersetzung der Emittentin auf die Ersatzschuldnerin.

8.2. *Ersetzung der Geschäftsstelle*

Die Emittentin ist berechtigt, die Geschäftsstelle zu ändern, über die sie in bezug auf die Wertpapiere tätig ist, indem sie die Gläubiger gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen über diese Änderung und deren Zeitpunkt benachrichtigt. Die Niederlassung kann nicht vor dieser Benachrichtigung geändert werden.

9. Ersatz von Wertpapieren und Zinsscheinen

Bei Verlust, Diebstahl, Beschädigung, Verunstaltung oder Vernichtung eines Wertpapiers kann dieses durch die angegebene Geschäftsstelle der Zentralen Zahl- und Verwaltungsstelle (bzw. durch eine andere Stelle, die den Gläubigern gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen angezeigt wurde) ersetzt werden; der Ersatz erfolgt gegen Übernahme der daraus entstehenden Kosten durch den Anspruchsteller zu von der Emittentin festgelegten angemessenen Bedingungen betreffend Nachweise und Schadloshaltung. Beschädigte oder verunstaltete Wertpapiere werden nur gegen Einreichung der beschädigten oder verunstalteten Exemplare ersetzt.

10. Anpassungen aufgrund der Europäischen Währungsunion

10.1. *Umstellung*

Die Emittentin hat die Wahl, ohne Zustimmung der Gläubiger durch Mitteilung an diese gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen, bestimmte Merkmale der Wertpapiere mit Wirkung von dem in der Mitteilung angegebenen Anpassungstag an auf Euro umzustellen.

Diese Wahl hat folgende Auswirkungen:

- 10.1.1. Ist die Abwicklungswährung die Nationale Währungseinheit eines Landes, das an der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion beteiligt ist, unabhängig davon, ob ab 1999 oder später, gilt die Abwicklungswährung als ein Betrag in Euro, der aus der ursprünglichen Abwicklungswährung zum festgesetzten Kurs in Euro umgetauscht wurde. Dies gilt vorbehaltlich etwaiger von der

Emittentin festzusetzen und in der Mitteilung an die Gläubiger angegebenen Rundungsvorschriften. Nach dem Anpassungstag erfolgen sämtliche Zahlungen hinsichtlich der Wertpapiere in Euro, als ob in ihnen der Euro als Abwicklungswährung genannt wäre.

10.1.2. Ist in den Bedingungen ein Wechselkurs angegeben oder gibt eine Bedingung eine Währung (die "**Originalwährung**") eines Landes an, das an der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion beteiligt ist, unabhängig davon, ob ab 1999 oder später, gelten der angegebene Wechselkurs und/oder sonstige Währungsangaben in den Bedingungen als Angabe in Euro, oder, soweit ein Wechselkurs angegeben ist, als Kurs für den Umtausch in oder aus Euro unter Zugrundelegung des Festgesetzten Kurses.

10.1.3. Die Emittentin kann weitere Änderungen an den Bedingungen vornehmen, um diese den dann gültigen Gepflogenheiten anzupassen, die für Instrumente mit Währungsangaben in Euro gelten.

10.2. *Anpassung der Bedingungen*

Die Emittentin kann ferner, ohne Zustimmung der Gläubiger durch Mitteilung an diese gemäß Nr. 4 der Allgemeinen Emissionsbedingungen, solche Anpassungen der Bedingungen vornehmen, die sie nach ihrem Ermessen für angebracht hält, um den Auswirkungen der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion gemäß dem Abkommen auf die Bedingungen Rechnung zu tragen.

10.3. *Kosten der Euro-Umrechnung etc.*

Ungeachtet der Nr. 10.1. und/oder 10.2. der Bedingungen haften die Emittentin, die Berechnungsstelle und die Zahl- und Verwaltungsstellen weder gegenüber den Gläubigern noch gegenüber sonstigen Personen für Provisionen, Kosten, Verluste oder Ausgaben, die aus oder in Verbindung mit der Überweisung von Euro oder einer damit zusammenhängenden Währungsumrechnung oder Rundung von Beträgen entstehen.

10.4. *Definitionen*

In dieser Allgemeinen Emissionsbedingung gelten die folgenden Definitionen:

"Abkommen" ist der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft;

"Anpassungstag" ist ein durch die Emittentin in der Mitteilung an die Gläubiger gemäß dieser Bedingung angegebener Tag, der, falls die Währung diejenige eines Landes ist, das nicht von Anfang an an der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion teilnimmt, auf oder nach den Beginn der Teilnahme dieses Landes an der dritten Stufe fällt;

"Festgesetzter Kurs" ist der Wechselkurs der Originalwährung (gemäß den Vorschriften zur Rundung nach geltenden EU-Bestimmungen) in Euro, der durch den Rat der Europäischen Union nach Maßgabe des ersten Satzes von Artikel 123 Absatz 4 (vormals Artikel 109 I (4)) des Abkommens festgesetzt worden ist;

"Nationale Währungseinheit" ist die Währungseinheit eines Landes, entsprechend der Definition der Währungseinheiten am Tag vor Eintritt in die dritte Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion oder, in Verbindung mit der Erweiterung dieser dritten Stufe, oder eines Landes, das

nicht von Anfang an dieser dritten Stufe beteiligt ist.

11. Definitionen

Begriffe, die nicht in diesen Allgemeinen Emissionsbedingungen definiert sind, haben die ihnen in den Produktbedingungen zugewiesene Bedeutung.

ALLGEMEINE RISIKOFAKTOREN

Die nachstehenden Erläuterungen sind allgemeiner Natur; sie beschreiben verschiedene Risikofaktoren, die mit der Anlage in Wertpapieren, die im Rahmen des Programms begeben werden, verbunden sind. Welche Faktoren einen Einfluß auf die Wertpapiere der in diesem Prospekt beschriebenen Emission haben können, hängt von verschiedenen miteinander verbundenen Faktoren ab, insbesondere der Art der Wertpapiere und des Bezugsobjekts.

Eine Anlage in den Wertpapieren sollte erst erfolgen, nachdem alle für die jeweiligen Wertpapiere relevanten Faktoren zur Kenntnis genommen und sorgfältig geprüft wurden.

Hier verwendete Angaben und Begriffe folgen den in den Bedingungen gegebenen Definitionen.

1. Einführung

Eine Anlage in den Wertpapieren unterliegt bestimmten Risiken. Diese Risiken können unter anderem aus Risiken aus dem Aktienmarkt, Rentenmarkt, Devisenmarkt, Zinssätzen, Marktvolatilität und politischen Risikofaktoren bestehen, sowohl einzeln als auch als Kombination dieser und anderer Risikofaktoren. Einige dieser Risikofaktoren werden nachstehend kurz umrissen. Potentielle Erwerber sollten Erfahrung im Hinblick auf Geschäfte mit Instrumenten wie den Wertpapieren oder dem Bezugsobjekt haben. Sie sollten die Risiken, die mit der Anlage in den Wertpapieren verbunden sind, verstehen und vor einer Anlageentscheidung zusammen mit ihren Rechts-, Steuer-, Finanz- und sonstigen Beratern folgende Punkte eingehend prüfen: (i) die Eignung einer Anlage in den Wertpapieren in Anbetracht ihrer eigenen besonderen Finanz-, Steuer- und sonstigen Situation, (ii) die Angaben in diesem Dokument und (iii) das Bezugsobjekt.

Potentielle Erwerber der Wertpapiere sollten sich darüber im klaren sein, daß die Wertpapiere an Wert verlieren können und auch mit einem Totalverlust der Anlage in den Wertpapieren gerechnet werden muß. Je kürzer die Restlaufzeit eines Wertpapiers ist, desto höher ist das Risiko eines Wertverlustes des Wertpapiers. Selbst bei Wertpapieren, die eine Art "garantierte Rendite" oder eine "Geld-zurück-Garantie" enthalten, kann die garantierte Rendite oder der zurückgezahlte Garantiebetrug unter dem Betrag liegen, den der Erwerber bei Erwerb des Wertpapiers angelegt hat. Eine Anlage in den Wertpapieren sollte erst nach einer Abschätzung des Verlaufs, des Eintritts und der Tragweite potentieller künftiger Wertentwicklungen des Bezugsobjekts erfolgen, da die Rendite aus der jeweiligen Anlage unter anderem von Schwankungen der genannten Art abhängt. Mehrere Risikofaktoren können den Wert der Wertpapiere gleichzeitig beeinflussen; daher läßt sich die Auswirkung eines einzelnen Risikofaktors nicht vorausbestimmen. Zudem können mehrere Risikofaktoren auf bestimmte Art und Weise zusammenwirken, so daß sich deren gemeinsame Auswirkung auf die Wertpapiere ebenfalls nicht vorherbestimmen läßt. Über die Auswirkungen einer Kombination von Risikofaktoren auf den Wert der Wertpapiere lassen sich keine verbindlichen Aussagen treffen.

2. Marktfaktoren

2.1. Bewertung des Bezugsobjekts

Potentielle Erwerber der Wertpapiere sollten sich bewußt sein, daß eine

Anlage in den Wertpapieren mit einem Bewertungsrisiko im Hinblick auf das Bezugsobjekt verbunden ist. Sie sollten Erfahrung mit Geschäften über Wertpapiere haben, deren Wert von dem Bezugsobjekt abgeleitet wird.

Der Wert des Bezugsobjekts kann zeitlichen Schwankungen unterworfen sein; diese Wertschwankungen sind von einer Vielzahl von Faktoren abhängig, wie z. B. Tätigkeiten des Unternehmens, volkswirtschaftlichen Faktoren und Spekulationen. Besteht das Bezugsobjekt aus einem Korb verschiedener Objekte, können Schwankungen im Wert eines enthaltenen Objektes durch Schwankungen im Wert der anderen enthaltenen Objekte ausgeglichen oder verstärkt werden.

2.2. *Wechselkurse*

Potentielle Erwerber der Wertpapiere sollten sich darüber im klaren sein, daß mit der Anlage in den Wertpapieren Risiken aufgrund von schwankenden Wechselkursen verbunden sein können. Beispielsweise (i) kann das Bezugsobjekt auf eine andere Währung lauten als die Abwicklungswährung der Wertpapiere; (ii) können die Wertpapiere auf eine Währung lauten, die nicht die Heimatwährung des Erwerbers ist und/oder (iii) können die Wertpapiere auf eine andere Währung lauten als diejenige, in der ein Erwerber Zahlungen zu erhalten wünscht.

Wechselkurse zwischen Währungen werden durch verschiedene Faktoren von Angebot und Nachfrage an den internationalen Devisenmärkten bestimmt, die durch volkswirtschaftliche Faktoren, Spekulationen und Eingriffe durch Zentralbanken und Regierungsstellen (einschließlich Devisenkontrollen und -beschränkungen) beeinflusst werden. Schwankende Wechselkurse können den Wert der Wertpapiere beeinflussen.

2.3. *Zinssatz*

Potentielle Erwerber von Wertpapieren sollten sich darüber im klaren sein, daß mit der Anlage in den Wertpapieren Zinsrisiken aufgrund von Währungsschwankungen bei der Währung, auf die das Bezugsobjekt und/oder die Wertpapiere lauten.

Zinssätze werden durch verschiedene Faktoren von Angebot und Nachfrage an den internationalen Geldmärkten bestimmt, die durch volkswirtschaftliche Faktoren, Spekulationen und Eingriffe durch Zentralbanken und Regierungsstellen beeinflusst werden. Schwankungen in kurzfristigen oder langfristigen Zinssätzen können den Wert der Wertpapiere beeinflussen. Schwankungen der Zinssätze für die Währung, auf die die Wertpapiere lauten, oder für die Währung(en), auf die die Bezugsobjekte lauten, können ebenfalls den Wert der Wertpapiere beeinflussen.

Ist das Bezugsobjekt ein festverzinsliches Wertpapier, ist zu erwarten, daß der Wert der Wertpapiere durch Zinsschwankungen beeinflusst wird.

2.4. *Marktvolatilität*

Die Marktvolatilität spiegelt den Grad der Instabilität und erwarteten Instabilität der Wertentwicklung des Bezugsobjekts wider. Der Grad der Marktvolatilität ist nicht nur ein Maßstab für die aktuelle Volatilität, sondern wird weitgehend durch die Preise der Instrumente bestimmt, die den Anlegern Schutz gegen jene Marktvolatilität bieten. Die Preise dieser Instrumente werden durch Angebot und Nachfrage an den Options- und Derivatmärkten im allgemeinen

bestimmt. Diese Kräfte von Angebot und Nachfrage werden jedoch auch selbst durch Faktoren wie aktuelle Volatilität, erwartete Volatilität, volkswirtschaftliche Faktoren und Spekulationen beeinflusst.

3. Absicherung

Potentielle Erwerber, die Wertpapiere zu dem Zweck kaufen möchten, ihr Risiko in bezug auf das Bezugsobjekt abzusichern, sollten sich der Risiken einer solchen Nutzung der Wertpapiere bewußt sein. Über die Korrelation zwischen Wertentwicklung der Wertpapiere und Wertentwicklung des Bezugsobjekts können keine verbindlichen Aussagen getroffen werden. Zudem kann es sich als unmöglich erweisen, die Wertpapiere zu einem Preis zu verwerten, der direkt dem Wert des Bezugsobjekts entspricht. Anleger müssen daher mit wesentlichen Verlusten aus den Wertpapieren rechnen, ungeachtet der Verluste, die in Verbindung mit Anlagen in das Bezugsobjekt oder dem Risiko in bezug auf das Bezugsobjekt entstehen können.

Potentielle Erwerber sollten aus diesen Gründen zur Kenntnis nehmen, daß Absicherungsmaßnahmen zum Zwecke der Risikobegrenzung in bezug auf die Wertpapiere eventuell nicht den gewünschten Erfolg haben.

4. Liquidität

Es läßt sich nicht voraussagen, ob und inwieweit sich ein Sekundärmarkt für die Wertpapiere entwickelt, zu welchem Preis die Wertpapiere an diesem Sekundärmarkt gehandelt werden und ob dieser Sekundärmarkt liquide sein wird oder nicht. Soweit in diesem Prospekt angegeben, wurden Anträge auf Zulassung oder Notierung an den angegebenen Börsen gestellt. Sind die Wertpapiere an einer Börse für den Handel zugelassen oder notiert, kann nicht zugesichert werden, daß diese Zulassung oder Notierung beibehalten werden wird. Aus der Tatsache, daß die Wertpapiere in der genannten Art zum Handel zugelassen oder notiert sind, folgt nicht zwangsläufig, daß höhere Liquidität vorliegt, als wenn dies nicht der Fall wäre.

Sind die Wertpapiere an keiner Börse notiert oder werden an keiner Börse gehandelt, können Informationen über die Preise schwieriger bezogen werden, und die Liquidität der Wertpapiere kann nachteilig beeinflusst werden. Die Liquidität der Wertpapiere kann ebenfalls durch Beschränkung des Kaufs und Verkaufs der Wertpapiere in bestimmten Ländern beeinflusst werden.

Die Emittentin ist berechtigt, jedoch nicht verpflichtet, jederzeit Wertpapiere zu einem beliebigen Kurs am offenen Markt oder aufgrund öffentlichen Gebots oder individuellen Vertrags zu erwerben. Alle in dieser Art erworbenen Wertpapiere können gehalten, wiederverkauft oder zur Vernichtung eingereicht werden. Da die Emittentin der einzige Marktmacher für die Wertpapiere sein kann, kann der Sekundärmarkt eingeschränkt sein. Je eingeschränkter der Sekundärmarkt ist, desto schwieriger kann es für die Gläubiger sein, den Wert der Wertpapiere vor dem Ausübungs-, Verfall- oder Fälligkeitstag zu realisieren.

5. Mögliche Interessenkonflikte

Die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen können gegebenenfalls an Geschäften über das Bezugsobjekt beteiligt sein, sowohl für eigene Rechnung als auch für Rechnung von durch sie verwalteten Vermögen. Solche Geschäfte können sich positiv oder negativ auf die Wertentwicklung des Bezugsobjekts und somit auch auf den Wert der Wertpapiere auswirken. Zudem können die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen gegebenenfalls in bezug auf die Wertpapiere eine andere Funktion ausüben, z. B. als Berechnungsstelle, Zahl- und Verwaltungsstelle und/oder

als Index Sponsor. Die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen können zudem weitere derivative Instrumente in Verbindung mit dem Bezugsobjekt ausgeben; die Einführung solcher mit den Wertpapieren im Wettbewerb stehenden Produkte kann sich auf den Wert der Wertpapiere auswirken.

Die Emittentin und mit ihr verbundene Unternehmen können außerdem in Verbindung mit künftigen Angeboten des Bezugsobjekts als Konsortialmitglieder fungieren oder als Finanzberater des Emittenten eines Bezugsobjekts oder als Geschäftsbank für den Emittenten eines Bezugsobjekts fungieren. Tätigkeiten der genannten Art können Interessenkonflikte mit sich bringen und sich auf den Wert der Wertpapiere auswirken.

6. Höchstzahl an ausübbareren Wertpapieren

Soweit dies in den Bedingungen angegeben wird, kann die Emittentin nach ihrer Wahl die Anzahl der ausübbareren Wertpapiere an einem beliebigen Tag (mit Ausnahme des letzten Ausübungstags) auf eine bestimmte, festgelegte Höchstzahl begrenzen und in Verbindung mit dieser Einschränkung die Anzahl der ausübbareren Wertpapiere pro Person oder Personengruppe (unabhängig davon, ob die Gruppe gemeinsam handelt) an diesem Tag limitieren. Falls die Gesamtanzahl der an einem Tag (mit Ausnahme des letzten Ausübungstags) ausgeübten Wertpapiere diese Höchstzahl überschreitet und die Emittentin beschlossen hat, die Anzahl der an diesem Tag ausübbareren Wertpapiere zu limitieren, kann der Gläubiger möglicherweise an diesem Tag nicht alle beabsichtigten Wertpapiere ausüben. In solchen Fällen wird die Anzahl der an diesem Tag auszuübenden Wertpapiere reduziert, bis die Gesamtanzahl der an diesem Tag ausgeübten Wertpapiere der Höchstzahl entspricht (soweit die Emittentin keinen abweichenden Beschluß trifft); diese Wertpapiere werden nach Maßgabe der Bedingungen ausgewählt. Wertpapiere, die zur Ausübung bereitgehalten, aber an diesem Tag nicht ausgeübt werden, werden automatisch am nächstfolgenden Tag ausgeübt, an dem Wertpapiere ausgeübt werden können, unter Berücksichtigung der an diesem Tag geltenden Begrenzung von ausübbareren Wertpapieren und den Bestimmungen für die aufgeschobene Ausübung.

Potentielle Erwerber sollten die Bedingungen daraufhin überprüfen, ob und in welcher Weise derartige Bestimmungen für die Wertpapiere gelten.

7. Mindestzahl an ausübbareren Wertpapieren

Falls in den Bedingungen angegeben, muß der Gläubiger eine festgelegte Mindestzahl an Wertpapieren vorlegen, um die Wertpapiere ausüben zu können. Gläubiger, die nicht über die erforderliche Anzahl an Wertpapieren verfügen, müssen somit entweder ihre Wertpapiere verkaufen oder zusätzliche Wertpapiere kaufen (wobei dafür jeweils Transaktionskosten anfallen), um eine Rendite auf ihre Anlage zu realisieren; dabei besteht jedoch das Risiko, daß der Handelspreis der Wertpapiere zu diesem Zeitpunkt von dem Barausgleichsbetrag abweicht, falls die Wertpapiere in bar abgerechnet werden ("Wertpapiere mit Barausgleich") oder, falls die Wertpapiere durch effektive Lieferung abgerechnet werden ("Wertpapiere mit effektiver Lieferung"), daß der Handelspreis der Wertpapiere jeweils bei Ausübung von dem Differenzbetrag zwischen dem Wert des jeweiligen Bezugsobjekts und dem Ausübungspreis abweicht.

Potentielle Erwerber sollten die Bedingungen daraufhin überprüfen, ob und in welcher Weise derartige Bestimmungen für die Wertpapiere gelten.

8. Wahlrecht von Barabwicklung oder effektiver Lieferung

Falls in den Bedingungen angegeben, hat die Emittentin ein Wahlrecht, die Abwicklung in bar oder durch effektive Lieferung vorzunehmen.

Potentielle Erwerber sollten die Bedingungen daraufhin überprüfen, ob und in welcher Weise derartige Bestimmungen für die Wertpapiere gelten.

9. Marktstörungen

Falls in den Bedingungen angegeben, kann die Berechnungsstelle feststellen, daß eine Marktstörung eingetreten ist oder zum fraglichen Zeitpunkt andauert. Eine solche Feststellung kann den Wert der Wertpapiere beeinflussen und/oder deren Abwicklung verzögern.

Potentielle Erwerber sollten die Bedingungen daraufhin überprüfen, ob und in welcher Weise derartige Bestimmungen für die Wertpapiere gelten.

10. Abwicklungsrisiko

Falls in den Bedingungen angegeben, kann die Berechnungsstelle feststellen, daß eine Abwicklungsstörung besteht. Eine Feststellung dieser Art hat gegebenenfalls Auswirkungen auf den Wert der Wertpapiere und kann deren Abwicklung verzögern.

Potentielle Erwerber sollten die Bedingungen daraufhin überprüfen, ob und in welcher Weise derartige Bestimmungen für die Wertpapiere gelten.

11. Zeitliche Verzögerung nach Ausübung

Handelt es sich bei den Wertpapieren um Wertpapiere mit Barausgleich, die Ausübungsbestimmungen unterliegen, findet bei Ausübung der Wertpapiere eine zeitliche Verzögerung zwischen dem Zeitpunkt der Erteilung des Ausübungsauftrags des Gläubigers und dem Zeitpunkt, an dem der gültige Barausgleichsbetrag für diese Ausübung ermittelt ist, statt. Jede derartige Verzögerung zwischen Ausübung und Ermittlung des Barausgleichsbetrags wird in den Bedingungen festgelegt. Die Verzögerung kann jedoch deutlich länger als erwartet anhalten, insbesondere bei Verzögerungen, die aus einer Limitierung des Umfangs der Ausübung von Wertpapieren mit Barausgleich pro Tag oder infolge der Feststellung einer Marktstörung durch die Berechnungsstelle zur fraglichen Zeit, wie jeweils oben beschrieben, entstehen. Der maßgebliche Barausgleichsbetrag kann aufgrund dieser Verzögerungen von dem Betrag abweichen, der ohne diese Verzögerungen ermittelt worden wäre.

Potentielle Erwerber sollten die Bedingungen daraufhin überprüfen, ob und in welcher Weise derartige Bestimmungen für die Wertpapiere gelten.

12. Ausübungs- oder Liefermitteilungen und Nachweise

Gelten für die Wertpapiere bestimmte Vorschriften für die Zustellung von Ausübungs- oder Liefermitteilungen und geht bis zu dem in den Bedingungen angegebenen Zeitpunkt keine vorschriftsgemäß ausgefüllte Mitteilung bei der jeweiligen Clearingstelle (mit Kopie an die Zentrale Zahl- und Verwaltungsstelle) ein, gilt diese Mitteilung erst am folgenden Geschäftstag als ordnungsgemäß zugegangen. Bei Wertpapieren mit Barausgleich kann diese verspätete Zustellung zu Abweichungen im Barausgleichsbetrag führen. Bei Wertpapieren, die nur an einem einzigen Tag oder nur während eines Ausübungszeitraumes ausgeübt werden können, ist jede nicht bis zu dem in den Bedingungen angegebenen spätesten Zeitpunkt zugegangene Ausübungsmitteilung unwirksam.

Ist für die Wertpapiere eine Liefermitteilung erforderlich, die am Stichtag vor Geschäftsschluß am Empfangsort zugegangen sein muß, kann eine Abgabe nach dem Stichtag eine spätere Lieferung des jeweiligen Aktienbestands zur Folge haben.

Werden die gemäß den Bedingungen erforderlichen Zusicherungen nicht abgegeben, kann dies den Verlust der aufgrund der Wertpapiere anderenfalls fälligen Beträge oder Lieferungen oder des Anspruchs auf diese zur Folge haben.

Potentielle Erwerber sollten die Bedingungen daraufhin überprüfen, ob und in welcher Weise derartige Bestimmungen für die Wertpapiere gelten.

Wertpapiere, die nicht gemäß den Bedingungen ausgeübt werden, verfallen und werden ungültig.

13. Besteuerung

Potentielle Erwerber und Verkäufer der Wertpapiere sollten sich darüber im klaren sein, daß je nach den gesetzlichen Vorschriften und Gepflogenheiten des Landes, in dem die Wertpapiere übertragen werden, Stempelsteuern oder sonstige Gebühren in Zusammenhang mit den Urkunden entrichtet werden müssen. Gläubiger unterliegen den Bestimmungen von Nr. 6 der Allgemeinen Emissionsbedingungen und die Zahlung oder Lieferung der jeweiligen Beträge aus den Wertpapieren hängt von der Zahlung der Gläubigerauslagen im Sinne der Produktbedingungen ab.

Potentielle Erwerber sollten bei Unklarheiten hinsichtlich der steuerlichen Voraussetzungen ihre eigenen unabhängigen Steuerberater zu Rate ziehen. Zusätzlich sollten sie sich bewußt sein, daß steuerrechtliche Bestimmungen und deren Anwendung durch die jeweiligen Finanzbehörden Änderungen unterworfen sind. Dementsprechend lassen sich keine Vorhersagen über die zu gegebener Zeit geltende genaue steuerliche Behandlung machen.

14. Vorzeitige außerordentliche Kündigung, Rechtswidrigkeit und höhere Gewalt

Stellt die Emittentin fest, daß aus Gründen, die sie nicht zu vertreten hat, die Erfüllung ihrer Verpflichtungen aufgrund der Wertpapiere ganz oder teilweise aus gleich welchem Grund rechtswidrig oder undurchführbar geworden ist oder, daß aus Gründen, die sie nicht zu vertreten hat, die Beibehaltung ihrer Absicherungsmaßnahmen im Hinblick auf die Wertpapiere aus gleich welchem Grund rechtswidrig oder undurchführbar ist, ist die Emittentin berechtigt, nach eigenem Ermessen die Wertpapiere ohne diesbezügliche Verpflichtung vorzeitig zu kündigen. Werden die Wertpapiere durch die Emittentin vorzeitig gekündigt, zahlt die Emittentin, soweit nach anwendbarem Recht zulässig, jedem Gläubiger für jedes Wertpapier einen von der Berechnungsstelle festgelegten Betrag in Höhe des ungeachtet der Rechtswidrigkeit oder Undurchführbarkeit feststellbaren Marktpreises, abzüglich der Kosten der Emittentin für die Auflösung etwa zugrundeliegender Absicherungsmaßnahmen.

ALLGEMEINE INFORMATIONEN ZUR BESTEUERUNG

1. Allgemeines

Erwerber und/oder Verkäufer der Wertpapiere müssen nach Maßgabe des geltenden Rechts und der Anwendungspraxis des Landes, in dem die Wertpapiere übertragen werden, möglicherweise zusätzlich zum Ausgabepreis oder Kaufpreis der Wertpapiere Stempelsteuer sowie sonstige Abgaben zahlen.

Allen potentiellen Erwerbern von Wertpapieren wird empfohlen Nr. 6 der Allgemeinen Emissionsbedingungen (Besteuerung) im einzelnen zu beachten.

Geschäfte über die Wertpapiere (einschließlich deren Erwerb, Übertragung, Ausübung, Nichtausübung oder Tilgung), das Auflaufen oder der Zufluß von Zinsen auf die Wertpapiere und das Ableben eines Inhabers der Wertpapiere können steuerliche Rechtsfolgen für Erwerber haben, die u. a. von deren Steuerstatus abhängen sowie Stempelsteuer, Wertpapierumsatzsteuer, Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Kapitalgewinnsteuer und Erbschaftsteuer auslösen können.

Potentiellen Erwerbern der Wertpapiere wird geraten, ihre eigenen Steuerberater hinsichtlich der steuerlichen Folgen von Geschäften über die Wertpapiere zu Rate zu ziehen.

2. Stempel- und Abzugsteuer in Deutschland

Die folgenden Absätze, die lediglich einen allgemeinen Überblick verschaffen sollen, beruhen auf den derzeit geltenden deutschen Gesetzen. Sie enthalten zusammenfassende Hinweise auf nur bestimmte steuerrechtliche Gesichtspunkte, die für die Wertpapiere von Bedeutung sein können, sollen aber keine umfassende Darstellung sämtlicher steuerlicher Aspekte sein, die für die Entscheidung, die Wertpapiere zu erwerben, relevant sein könnten. Insbesondere behandelt diese Zusammenfassung keine besonders gelagerten Sachverhalte oder Begleitumstände, die in bezug auf einen bestimmten Erwerber vorliegen mögen. Potentiellen Erwerbern der Wertpapiere wird geraten, im Zweifel ihre eigenen Steuerberater hinsichtlich der steuerlichen Folgen des Erwerbs, des Haltens, der Veräußerung, der Ausübung, Nichtausübung oder Einlösung der Wertpapiere zu Rate zu ziehen.

Der Erwerb oder Verkauf eines Wertpapiers unterliegt keiner Stempel-, Umsatz- oder ähnlichen Steuer oder Abgabe in Deutschland, und zwar ohne Rücksicht auf den Ort der Begebung, Ausfertigung oder Aushändigung des Wertpapiers.

Etwaige Zinszahlungen, die von einer Zahl- und Verwaltungsstelle mit Geschäftsstelle in Deutschland, einem Finanzinstitut in Deutschland, oder der Emittentin in Deutschland auf ein Wertpapier an dessen Inhaber geleistet werden, können einer Abzugsteuer unterliegen.

3. Stempel- und Abzugsteuer im Vereinigten Königreich

Die folgenden Absätze sollen lediglich einen allgemeinen Überblick vermitteln und beruhen auf der derzeitigen Gesetzgebung und der Praxis der Steuerverwaltung im Vereinigten Königreich. Es werden zusammenfassend nur bestimmte Aspekte der Besteuerung im Vereinigten Königreich dargestellt, die im Hinblick auf die Wertpapiere von Belang sein können. Sie sollen aber keine umfassende Darstellung sämtlicher steuerlicher Aspekte sein, die für die Entscheidung, die Wertpapiere zu erwerben, relevant sein könnten. Insbesondere behandelt diese Zusammenfassung keine besonders gelagerten Sachverhalte oder Begleitumstände, die in bezug auf einen bestimmten Erwerber vorliegen mögen. Potentielle Erwerber sollten sich im Zweifel bei ihren Steuerberatern erkundigen, wenn sie Fragen zu ihrer

Steuersituation in bezug auf Erwerb, Eigentum, Übertragung, Ausübung oder Nichtausübung oder Tilgung haben.

Zusätzlich zu dem Kaufpreis für das Wertpapier können für den Erwerber eines Wertpapiers Stempelsteuer oder andere Abgaben nach den Gesetzen und der Anwendungspraxis des Erwerbslandes anfallen.

Potentielle Erwerber der Wertpapiere sollten beachten, daß jedes Wertpapier der Stempelsteuer im Vereinigten Königreich unterliegen kann, die bei der Emission auf den Kaufpreis oder den Wert des Wertpapiers erhoben wird. Die Globalurkunde wird jedoch außerhalb des Vereinigten Königreiches ausgefertigt und ausgehändigt und sollte, außer zum Zwecke der Rechtsverfolgung, nicht in das Vereinigte Königreich eingeführt werden. Während die Globalurkunde außerhalb des Vereinigten Königreiches gehalten wird, fallen keine Stempelsteuer des Vereinigten Königreiches und keine damit verbundenen Zinsen oder Steuerzuschläge an. Wenn jedoch die Globalurkunde in das Vereinigte Königreich eingeführt wird (zum Beispiel zum Zwecke der Rechtsverfolgung), unterliegt sie der Stempelsteuer im Vereinigten Königreich (vorbehaltlich der Möglichkeit von Ausnahmen und Befreiungen). Wenn die Globalurkunde außerhalb des Vereinigten Königreiches ausgefertigt wurde und dann in das Vereinigte Königreich eingeführt und gestempelt wurde, fallen außerdem zusätzlich zu der Stempelsteuer für einen Zeitraum von dreißig Tagen beginnend mit Ablauf des 30. Tages nach dem Tag der Ausfertigung der Globalurkunde bis zum Tag des Stempelns Zinsen auf den Betrag in Höhe der nicht gezahlten Stempelsteuer an. Wenn jedoch die Globalurkunde innerhalb dieses Zeitraumes von dreißig Tagen ab Ausfertigung gestempelt wurde, fallen keine Zinsen an. Es fallen auch keine Steuerzuschläge an, wenn die Globalurkunde außerhalb des Vereinigten Königreiches ausgefertigt und dann in das Vereinigte Königreich eingeführt und gestempelt wurde, wenn diese Globalurkunde innerhalb von dreißig Tagen nach Einfuhr in das Vereinigte Königreich gestempelt wird. Wenn eine Globalurkunde der Stempelsteuer im Vereinigten Königreich unterliegt, stellt sie nur dann ein zulässiges Beweismittel in Zivilverfahren (im Gegensatz zu Strafverfahren) dar, wenn sie ordnungsgemäß gestempelt wurde.

Die vorstehenden Anmerkungen beziehen sich lediglich auf die Stempelsteuer des Vereinigten Königreiches, die bei der Emission anfällt.

Alle Zinszahlungen auf die Wertpapiere sowie ein Emissionsdisagio sowie Tilgungsbeträge und Ausübungserlöse, die auf die Wertpapiere gezahlt werden, unterliegen im Vereinigten Königreich keiner Abzugsteuer.

ALLGEMEINE VERKAUFS- UND ÜBERTRAGUNGSBESCHRÄNKUNGEN

1. Allgemeines

Die Aushändigung dieses Prospekts und das Angebot der Wertpapiere in bestimmten Ländern können durch Rechtsvorschriften eingeschränkt sein. Personen, denen dieses Prospekt ausgehändigt wurde, werden von der Emittentin hiermit aufgefordert, die jeweils geltenden Einschränkungen zu überprüfen und einzuhalten.

2. Vereinigte Staaten von Amerika

Die Wertpapiere wurden nicht und werden nicht unter dem United States Securities Act (der "Securities Act") von 1933 in der geltenden Fassung registriert, und der Handel mit den Wertpapieren wurde und wird nicht von der United States Commodity Futures Trading Commission (die "CFTC") unter dem United States Commodity Exchange Act (der "Commodity Exchange Act") genehmigt. Die Wertpapiere oder Anteile an diesen Wertpapieren dürfen weder mittelbar noch unmittelbar zu irgendeinem Zeitpunkt in den Vereinigten Staaten oder an oder für Rechnung von US-Personen angeboten, verkauft, weiterverkauft, geliefert oder gehandelt werden. Wertpapiere dürfen nicht von oder zugunsten einer US-Person oder einer Person in den Vereinigten Staaten ausgeübt oder zurückgezahlt werden. In diesem Zusammenhang sind unter "Vereinigte Staaten" die Vereinigten Staaten (die Staaten und District of Columbia), ihre Territorien, Besitzungen und sonstigen Hoheitsgebiete zu verstehen und unter "US-Personen" (i) natürliche Personen mit Wohnsitz in den Vereinigten Staaten (oder bei Wertpapieren, die Schuldverschreibungen sind, Staatsbürger der Vereinigten Staaten), (ii) Körperschaften, Personengesellschaften und sonstige rechtliche Einheiten, die in oder nach dem Recht der Vereinigten Staaten oder deren Gebietskörperschaften errichtet sind bzw. ihre Hauptniederlassung in den Vereinigten Staaten haben, (iii) Nachlässe oder Treuhandvermögen, die unabhängig von ihrer Einkommensquelle der US-Bundeseinkommensteuer unterliegen, (iv) Treuhandvermögen, soweit ein Gericht in den Vereinigten Staaten die oberste Aufsicht über die Verwaltung des Treuhandvermögens ausüben kann und soweit ein oder mehrere US-Treuhänder zur maßgeblichen Gestaltung aller wichtigen Beschlüsse des Treuhandvermögens befugt sind, (v) Pensionspläne für Arbeitnehmer, Geschäftsführer oder Inhaber einer Körperschaft, Personengesellschaft oder sonstigen rechtlichen Einheit im Sinne von (ii), (vi) zum Zweck der Erzielung hauptsächlich passiver Einkünfte existierende Rechtsträger, deren Anteile zu 10 Prozent oder mehr der von Personen im Sinne von (i) bis (v) gehalten werden, falls der Rechtsträger hauptsächlich zur Anlage durch diese Personen in einen Warenpool errichtet wurde, deren Betreiber von bestimmten Auflagen nach Teil 4 der CFTC-Vorschriften befreit ist, weil dessen Teilnehmer keine US-Personen sind, oder (vii) sonstige "US-Personen" im Sinne der Regulation S aufgrund des Securities Act oder der aufgrund des Commodity Exchange Act geltenden Vorschriften.

ALLGEMEINE INFORMATIONEN ÜBER DIE EMITTENTIN

1. Unternehmensgeschichte und Unternehmensgegenwart

Die Deutsche Bank Aktiengesellschaft ("Deutsche Bank AG") ist durch die Wiedervereinigung der Norddeutschen Bank AG, Hamburg, der Deutschen Bank AG West, Düsseldorf, und der Süddeutschen Bank AG, München entstanden; diese Banken waren 1952 aufgrund des Gesetzes über den Niederlassungsbereich von Kreditinstituten aus der 1870 gegründeten Deutschen Bank ausgegründet worden. Die Verschmelzung und die Firma der Gesellschaft wurden am 2. Mai 1957 in das Handelsregister beim Amtsgericht Frankfurt am Main unter der Registernummer HRB 30 000 eingetragen. Die Deutsche Bank AG hat ihren Sitz in Frankfurt am Main, Deutschland.

Die Geschäftstätigkeit des Deutsche Bank Konzerns umfaßt traditionelles Einlagen- und Kreditgeschäft für Privatkunden, Firmenkunden und öffentliche Einrichtungen, einschließlich des Hypothekendarlehensgeschäfts, sowie Zahlungsverkehr, Wertpapiergeschäft für Kunden, Vermögensverwaltung, Kapitalmarktgeschäft, Projektfinanzierung, strukturierte Finanzierungen, Handelsfinanzierung, Geld- und Devisenhandel, Versicherungs- und Bauspargeschäft, Depotgeschäft, Cash Management, Abwicklung von Zahlungen und Wertpapieren, Zahlungskarten und POS-Dienstleistungen. Zum 31. Dezember 1999 unterhielt der Deutsche Bank Konzern in Deutschland ein Netz von mehr als 1500 Filialen und 450 Private Banking Zentren sowie mehr als 800 Filialen und Vertretungen in anderen Ländern weltweit. Zum 31. Dezember 1999 hatte die Deutsche Bank AG 961 vollständig konsolidierte Tochtergesellschaften.

Zum 31. Dezember 1999 beträgt das Grundkapital der Deutsche Bank AG 1.572.716.851,20 Euro, eingeteilt in 614.342.520 Namensstückaktien.

2. Genehmigung

Die Begebung der Wertpapiere durch die Emittentin erfolgt in Übereinstimmung mit ihrer Satzung.

3. Verwendung des Erlöses

Die Emittentin beabsichtigt, den Nettoerlös aus der Begebung der Wertpapiere für allgemeine Unternehmenszwecke zu verwenden. Ein erheblicher Teil dieses Erlöses kann für die Absicherung gegen Marktrisiken, die im Hinblick auf die Wertpapiere bestehen, verwendet werden.

4. Abschlußprüfer

Der unabhängige Abschlußprüfer der Emittentin ist die KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ("KPMG"), Marie-Curie-Straße 30, D-60439 Frankfurt am Main, Deutschland.

KPMG hat die Jahresabschlüsse der Emittentin nach deutschem Handelsrecht zum 31. Dezember 1997, 1998 und 1999 geprüft und jeweils mit dem gesetzlich vorgesehenen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Darüber hinaus hat KPMG die konsolidierten Jahresabschlüsse der Deutsche Bank Gruppe zum 31. Dezember 1997, 1998 und 1999 nach den International Accounting Standards (IAS) geprüft und jeweils einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

5. Vorstand und Aufsichtsrat

Die Geschäftsadresse der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der Deutsche Bank AG ist Taunusanlage 12, D- 60262 Frankfurt am Main, Deutschland.

6. Zwischenberichte

Die Emittentin veröffentlicht konsolidierte Zwischenberichte für die am 31. März, 30. Juni und 30. September jeden Jahres endenden Zeiträume.

7. Jahresabschlüsse

Der konsolidierte Jahresabschluß der Deutsche Bank AG zum 31. Dezember 1999 ist nachstehend abgedruckt. Kopien des Jahresabschlusses vom 31. Dezember 1999 stehen bei den angegebenen Geschäftstellen der Zahl-und Verwaltungsstellen zur Einsichtnahme zur Verfügung.

Management Discussion

Das Geschäftsjahr 1999 stand im Zeichen richtungweisender Entscheidungen für den Konzern Deutsche Bank.

Mit der Akquisition von Bankers Trust haben wir unser Ziel verwirklicht, eine starke Marktposition in den USA zu erreichen; in zukunftssträchtigen Geschäftsfeldern sind wir in weltweit führende Positionen vorgerückt.

Mehrere Geschäftseinheiten von Bankers Trust wurden mit denen der Deutschen Bank AG und anderen Konzerngesellschaften zusammengelegt, insbesondere an den Plätzen New York und London. Die mit der Integration von Bankers Trust erwarteten Synergieeffekte beginnen sich auszuwirken.

Mit Wirkung zum 1. Januar 1999 hat die Deutsche Bank AG ihr Retail Banking in Deutschland in die Bank 24 AG ausgegliedert. Damit wurden das in den Filialen verfügbare Dienstleistungsangebot und die Beratungskompetenz mit der ständigen Verfügbarkeit und dem speziellen Service der Direktbank zusammengefasst. Die Firma ist in Deutsche Bank 24 AG geändert worden. Sie ging mit 17 500 Mitarbeitern, 6,8 Mio Kunden und

einer Bilanzsumme von 43 Mrd € an den Start.

Außerdem haben wir die Zahlungsverkehrs- und Wertpapierabwicklung mit Wirkung zum 1. Juli 1999 in die eigenständige Gesellschaft European Transaction Bank AG (e.t.b) übertragen, die mit 3 000 Mitarbeitern die Arbeit aufgenommen hat. Sie steht nicht nur dem eigenen Konzern zur Verfügung, sondern bietet Transaktionsdienstleistungen auch anderen Kreditinstituten an, die die Geschäftsabwicklung nicht selbst vornehmen wollen.

Durch unsere Investitionen im Ausland haben wir im Berichtsjahr unsere Geschäftsbasis beträchtlich erweitert. Hierzu hat insbesondere die Akquisition von Bankers Trust beigetragen, was sich deutlich in dem auf 8,1 Mrd € verbesserten Provisionsüberschuss widerspiegelt. Es gelang uns, die Erträge auf 21,9 Mrd € zu steigern.

Jahresüberschuss

Der Konzern erzielte mit 2,6 Mrd € den bisher höchsten Jahresüberschuss. Das durch hohe Sondererträge begünstigte gute Vorjahresergebnis wurde um knapp 50 % übertroffen.

Zinsüberschuss vor Risikovorsorge

Der Zinsüberschuss vor Risikovorsorge verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um 19,5 % auf 6,6 Mrd €. Etwa die Hälfte der Zunahme steuerten die neu in den Konsolidierungskreis aufgenommenen Gesellschaften bei, hauptsächlich Bankers Trust und die Deutsche Bank S.A./N.V., Brüssel. Ferner profitierte der Zinsüberschuss durch die Mehrerträge aus dem Volumenzuwachs im Geschäft mit Firmen- und institutionellen Kunden sowie von höheren Erträgen aus unserem Anteilsbesitz.

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Für Risikovorsorgen im Kreditgeschäft waren im Berichtsjahr per saldo 616 Mio € aufzuwenden. Der Vorsorgebedarf für Bonitätsrisiken von 1,1 Mrd € lag über dem Vorjahreswert, insbesondere durch höhere Wertberichtigungen und Rückstellungen im inländischen Kreditgeschäft. Dagegen waren aufgrund der Rückführung von Kreditengagements und der Hochstufung im internen Länder-Rating 0,3 Mrd € Vorsorgen für Länderrisi-

ken aufzulösen. Der gesamte Bestand an Risikovorsorgen des Konzerns von 7,9 Mrd € deckt 2,8 % des Kreditvolumens (1998: 2,9 %).

Die Kreditausfälle beliefen sich auf 0,8 Mrd €. Sie haben das Ergebnis 1999 infolge der bereits in den Vorjahren getroffenen Vorsorgen nur in geringem Ausmaß belastet. Die Ausfallquote (bezogen auf das Kreditvolumen) errechnet sich auf unverändert 0,30 %.

Zinsüberschuss nach Risikovorsorge

Der Zinsüberschuss nach Risikovorsorge nahm um 27,6 % auf 6,0 Mrd € zu.

Provisionsüberschuss

Der Provisionsüberschuss übertraf den hohen Vorjahreswert um 52,2 %. Damit ist der Provisionsüberschuss zur stärksten Ertrags säule des Konzerns geworden. Der Ertragssprung um 2,8 Mrd € resultiert mit 1,8 Mrd € aus Erstkonsolidierungen und Wechselkursveränderungen; der bereinigte Zuwachs betrug 17 %. Zu dieser erfreulichen Entwicklung haben insbesondere die Provisio-

nen des Wertpapiergeschäftes und der Vermögensverwaltung beigetragen, die 80 % der gesamten Zunahme des Provisionsüberschusses ausmachen. Das Volumen der Vermögensverwaltung (ohne die Kapitalanlagen im Versicherungsgeschäft) erreichte 649 Mrd €.

Handelsergebnis

Das Handelsergebnis von 4,8 Mrd € hat unsere Erwartungen deutlich übertroffen. Gegenüber dem Vorjahr verbesserte sich das Ergebnis um 3,0 Mrd € oder 168 %. In allen vier Quartalen 1999 erzielten die Handelsbereiche ein Ergebnis von jeweils mehr als 1 Mrd €. Der Effektenhandel lieferte mit 2,7 Mrd € den höchsten Ergebnisbeitrag, wobei der Aktienhandel wiederum dominierte. Die Teilbereiche Devisen-, Metall- und Sortenhandel trugen trotz Wegfall des Handels in den Währungen des Euro-Gebiets zusammen 833 Mio € (+ 37,5 %) zum Ergebnis bei. Der Handel mit sonstigen Finanzinstrumenten, der im Vorjahr durch die Turbulenzen in den Emerging Markets beeinträchtigt war, erwirtschaftete 1,3 Mrd €.

Überschuss im Versicherungsgeschäft

Der Überschuss im Versicherungsgeschäft erhöhte sich um 14,6 % auf 385 Mio €.

Ergebnis aus Finanzanlagen

Das Ergebnis aus Finanzanlagen von per saldo 2,0 Mrd € resultiert größtenteils aus Veräußerungsgewinnen von Allianz-Aktien sowie in geringerem Maße aus dem Verkauf von Fondsanteilen.

Verwaltungsaufwand

Der Verwaltungsaufwand belief sich 1999 auf 15,7 Mrd €. Die hohe Zuwachsrate von 55,6 % gegenüber dem Vorjahr ist wesentlich geprägt durch Erstkonsolidierungen, insbesondere Bankers Trust, aber auch durch den Anstieg der Wechselkurse, die den Verwaltungsaufwand im Ausland erhöhten. Bereinigt um diese Effekte wuchs der Verwaltungsaufwand um 15,4 %.

Gut 60 % der Verwaltungsaufwendungen entfallen auf Personalkosten (9,7 Mrd €). Der Anstieg um 56 % ist neben Erstkonsolidierungen und Wechselkurseffekten auf leistungsabhängige Vergütungen zurückzuführen.

ren, vornehmlich im Investment Banking. Die jahresdurchschnittliche Mitarbeiterzahl stieg durch unsere Investitionen im Ausland um 16 % auf 78 229.

Andere Verwaltungsaufwendungen betragen 5,1 Mrd €. Die Weiterentwicklung unserer Informationstechnologie hat für uns nach wie vor hohe Priorität. Wir haben deshalb die Investitionen in diesem Bereich erheblich verstärkt. Außerdem erhöhten sich die Aufwendungen für Werbung und Kundeninformation.

Sonstige Erträge / Aufwendungen

Die Anderen Erträge, die im Vorjahr durch die Sonderausschüttung der Daimler-Benz AG begünstigt waren, enthalten 0,6 Mrd € Gewinne aus der Absicherung des US-\$-Kaufpreises für Bankers Trust.

Im Zusammenhang mit der Einführung des Euro und für die informationstechnischen Vorkehrungen anlässlich der Umstellung auf das Jahr 2000 sind Aufwendungen in Höhe von 384 Mio € entstanden. Auf Geschäfts- und Firmenwerte waren 473 Mio €

abzuschreiben, davon betrafen 263 Mio € Bankers Trust.

Ergebnis

Das Ergebnis vor Aufwand für Restrukturierung und Steuern verbesserte sich um 23,3 % auf 5,0 Mrd €.

Restrukturierungsaufwand

Zur Erzielung der geplanten Synergien im Zusammenhang mit der Integration Bankers Trust waren umfangreiche Restrukturierungsmaßnahmen erforderlich, für die insgesamt 1,2 Mrd € bereitzustellen waren. Davon haben sich 630 Mio € im Rahmen der Erstkonsolidierung im Goodwill niedergeschlagen und 531 Mio € ergebnisbelastend in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewirkt. Darüber hinaus sind im Rahmen der Ausgründung des Retail Banking in Deutschland 0,3 Mrd € Restrukturierungsaufwendungen entstanden.

Ertragsteueraufwand

Der Steueraufwand ermäßigte sich um 34,3 % auf 1,5 Mrd €; hier wirkten sich vor allem die Absenkung des Körperschaftsteuersatzes für einbehaltene Gewinne

in Deutschland sowie der höhere Anteil steuerfreier Erträge aus.

Jahresüberschuss

Nach Abzug der Steuern verbleibt ein Jahresüberschuss von 2,6 Mrd €, der den Vorjahreswert um 49,0 % übertrifft.

Kennziffern

Das Ergebnis je Aktie verbesserte sich – ohne Goodwill-Abschreibung – auf 5,05 € nach 3,50 € im Vorjahr (inklusive Goodwill-Abschreibung auf 4,25 €), die Eigenkapitalrendite (RoE) vor Steuern erreichte 23,3 % (inklusive Goodwill-Abschreibung 20,8 %).

Die Berechnung der Aufwand/Ertrag-Relation haben wir auf eine breitere Basis gestellt. Mit Ausnahme der Risikovorsorge im Kreditgeschäft sowie des Aufwandes für Restrukturierung und des Steueraufwandes werden alle Ertrags- und Aufwandskomponenten in diese Kennziffer einbezogen. Die nach diesem neuen Verfahren ermittelte Aufwand/Ertrag-Relation belief sich ohne Goodwill-Abschreibung auf 73,6 %, 1998: 69,1 % (inklusive Goodwill-Abschreibung 1999 75,6 %).

Konzerngewinn

Der Hauptversammlung am 9. Juni 2000 schlugen wir vor, den Bilanzgewinn der Deutschen Bank AG zur Ausschüttung einer von 1,12 € auf 1,15 € angehobenen Dividende zu verwenden. Einschließlich der anrechenbaren Körperschaftsteuer von 0,49 € je Aktie ergibt sich ein Gesamtertrag für unsere inländischen Aktionäre von 1,64 € je Aktie (1998: 1,61 €).

Privat- und Geschäftskunden

Der Unternehmensbereich Privat- und Geschäftskunden befindet sich in einer Phase der Umstrukturierung und Expansion. Zu nennen sind insbesondere die erfolgreiche Ausgründung der Deutschen Bank 24, der forcierte Ausbau der Private Banking-Aktivitäten zusammen mit der Integration von Bankers Trust, die Eingliederung der Deutschen Bank S.A./N.V. (ehemals Crédit Lyonnais Belgium) sowie die Expansion in Frankreich, Polen und Spanien. Als Folge stiegen die Verwaltungsaufwendungen deutlich im Vergleich zum Vorjahr. Auch die in diesem Zusammenhang zu sehenden Restrukturierungsaufwendungen beeinträchtigen das Ergebnis aus

der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern, das mit 201 Mio € um 375 Mio € unter dem Vorjahreswert bleibt.

Unternehmen und Immobilien

Der Unternehmensbereich Unternehmen und Immobilien verbesserte sein Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern gegenüber dem Vorjahreswert um 124 Mio € auf 927 Mio €. Neben gestiegenen Erträgen aus dem Vertrieb von offenen und geschlossenen Fonds im Geschäftsbereich Immobilien trägt dabei insbesondere der Geschäftsbereich Financial Services mit seiner erfolgreichen Expansionsstrategie in Europa und in den Vereinigten Staaten zu der erfreulichen Entwicklung bei.

Globale Unternehmen und Institutionen

Zu der hervorragenden Entwicklung des Unternehmensbereichs Globale Unternehmen und Institutionen trug zum einen die rasche und erfolgreiche Integration von Bankers Trust bei. Zum anderen wurden die Potenziale, die sich aus den Investitionen der Vorjahre und aus den positiven Entwicklun-

gen an den Finanzmärkten ergaben, in allen Kernbereichen konsequent genutzt. Das Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern in Höhe von 2 225 Mio € hat sich vor diesem Hintergrund im Vergleich zum Vorjahr mehr als vervierfacht. Dabei gelang es, betragsmäßig hohe Goodwill-Abschreibungen und Restrukturierungsaufwendungen zu kompensieren. Auch die Aufwand/Ertrag-Relation des Bereichs verbesserte sich signifikant. Sie zeigt, dass trotz des im Wesentlichen aufgrund performanceabhängiger Bonuszahlungen gestiegenen Verwaltungsaufwands eine deutliche Effizienzsteigerung erzielt werden konnte. Das herausragende Ergebnis des Bereichs findet auch seinen Niederschlag in einer Steigerung des RoE um 14 %-Punkte auf 21 %.

Asset Management

Der Unternehmensbereich Asset Management ist durch starkes Wachstum und die Übernahme der Bankers Trust-Aktivitäten zu einem der weltweit führenden Asset Manager geworden. Die Integration von Bankers Trust hat

insbesondere zu einem Zuwachs des Geschäfts in den USA und in Japan geführt. Zudem führte die positive Marktentwicklung zu deutlich gestiegenen Fondsvolumina. Vor diesem Hintergrund nahm das Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern im Vergleich zum Vorjahr erfreulich um 202 Mio € auf 581 Mio € zu. Der Anstieg des Verwaltungsaufwands ist unter anderem vor dem Hintergrund der Integration von Bankers Trust zu sehen. Mit einer Aufwand/Ertrag-Relation von 59 % nimmt der Bereich hier die führende Position ein.

Global Technology and Services

Die Entwicklung des Unternehmensbereichs Global Technology and Services ist besonders stark durch die Einbeziehung von Bankers Trust geprägt. Zur Betreuung des Geschäfts mit Finanzdienstleistern wurde der neue Geschäftsbereich „Global Institutional Services“ mit den Geschäftsfeldern Custody, Global Cash Management-Financial Institutions, Investor Services sowie Corporate Trust and Agency

Services gegründet. Dieser erwirtschaftete im Wesentlichen die externen Erträge des Unternehmensbereichs. Zudem wurde mit der European Transaction Bank (e.t.b) in 1999 die größte deutsche Transaktionsbank gegründet, die anderen Banken Dienstleistungen anbietet und dadurch verstärkt externe Erträge erzielen wird. Hohe Priorität räumt der Unternehmensbereich Global Technology and Services der Entwicklung und dem Ausbau von Produkten des Zukunftsmarktes Electronic Commerce („E-Commerce“) ein. Im Wesentlichen vor dem Hintergrund dieser Investitionen ist der Rückgang des Ergebnisses aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern gegenüber dem Vorjahreswert um 106 Mio € auf - 16 Mio € zu werten.

Bilanz

Die Bilanzsumme des Konzerns stieg 1999 um 213,3 Mrd € (+ 34,0 %) auf 839,9 Mrd €. Der Volumenzuwachs entfiel ausschließlich auf das erste Halbjahr 1999. Im zweiten Halbjahr ging die Bilanzsumme um 7,7 Mrd € zurück. Die Erstkonsolidierungen, insbesondere Bankers Trust und

Deutsche Bank S.A./N.V., Brüssel, wirkten sich mit rund 82 Mrd € auf die Volumenausweitung aus. Die Zuwachsrate der gewichteten Risikopositionen nach BIZ (Risikoaktiva und Marktrisikopositionen) war mit + 15,1 % deutlich niedriger als die der Bilanzsumme; Asset Backed Securities-Transaktionen haben wir genutzt, um Risikoaktiva zu reduzieren.

Durch Aufstockung der Wertpapierbestände (+ 39,8 Mrd €) sowie durch Zunahme der positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (+ 22,4 Mrd €) nahmen die Handelsaktiva auf 233,0 Mrd € zu.

Das Kreditvolumen (ohne durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte und Wertpapierkassengeschäfte) belief sich auf 284,1 Mrd €. Die Ausweitung um 14,3 % oder 35,6 Mrd € stammt größtenteils aus Krediten an ausländische Unternehmen und Finanzinstitute.

Die Einlagen von Banken erhöhten sich um 23,6 Mrd €, ausschließlich im befristeten Bereich; die täglich fälligen Gelder gingen um 15,9 Mrd € zurück. Die Einlagen von Kunden erreichten 291,0 Mrd €, dies entspricht einer

Zunahme von 61,8 Mrd €, die mit jeweils rund 30 Mrd € auf täglich fällige und befristete Einlagen entfällt.

Von der Refinanzierungsmöglichkeit über Geldmarktpapiere und Schuldverschreibungen haben wir verstärkt Gebrauch gemacht, so dass die verbrieften Verbindlichkeiten um 61,1 Mrd € auf 164,1 Mrd € zunahmen.

Über ausländische Konzerngesellschaften wurden acht Emissionen nachrangiger Wertpapiere im Volumen von 2,4 Mrd € begeben. Einschließlich 5,2 Mrd € aus Erstkonsolidierungen stieg das Nachrangkapital auf insgesamt 15,5 Mrd €.

Der Marktwert der börsennotierten Wertpapierbestände erreichte 60,9 Mrd €, der dagegen stehende Buchwert beläuft sich auf 42,6 Mrd €. Daraus errechnet sich eine Kursreserve von 18,3 Mrd €, (Ende 1998: 19,3 Mrd €).

Eigenkapital

Aus der im April 1999 durchgeführten Kapitalerhöhung sind uns 3,3 Mrd € Eigenmittel zugeflossen. Außerdem verstärkten wir die Eigenkapitalbasis um 1,8 Mrd €

durch Dotierung der Gewinnrücklagen aus dem Jahresüberschuss 1999. Danach beläuft sich das Eigenkapital auf 23,1 Mrd €.

Das Eigenkapital gemäß BIZ wuchs um 5,8 Mrd € auf 35,2 Mrd €. Die Eigenkapitalquote von 12,0 % übertrifft deutlich die Mindestquote von 8 %.

Gewinn- und Verlustrechnung

Konzern Deutsche Bank

ERFOLGSRECHNUNG			
in Mio €	[Notes]	1.1.–31.12. 1999	1.1.–31.12. 1998
Zinsüberschuss	[3], [9], [15]	6 619	5 539
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	[4], [16]	616	835
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge		6 003	4 704
Provisionsüberschuss	[17]	8 084	5 311
Handelsergebnis	[18]	4 761	1 774
Überschuss im Versicherungsgeschäft	[19]	385	336
Ergebnis aus Finanzanlagen	[6], [20]	2 007	1 182
Verwaltungsaufwand	[7], [8], [21]	15 746	10 121
Saldo der Sonstigen Erträge/Aufwendungen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	[8], [22]	– 523	846
Ergebnis vor Aufwand für Restrukturierung und Steuern		4 971	4 032
Restrukturierungsaufwand	[23]	884	–
Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern		4 087	4 032
Ertragsteuern auf das Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	[24]	1 516	2 306
Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit nach Steuern		2 571	1 726
Außerordentliches Ergebnis		–	–
Ertragsteuern auf das Außerordentliche Ergebnis		–	–
Jahresüberschuss		2 571	1 726
GEWINNVERWENDUNG			
in Mio €	[25]	1999	1998
Jahresüberschuss		2 571	1 726
Konzernfremden Gesellschaftern zustehender Gewinn		50	38
Auf konzernfremde Gesellschafter entfallender Verlust		5	2
Einstellung in Gewinnrücklagen		1 820	10
Konzerngewinn		706	1 680
KENNZIFFERN ZUM ERGEBNIS JE AKTIE			
in €	[26]	1999	1998
Ergebnis je Aktie (ohne Goodwill-Abschreibung)		5,05	3,50
Ergebnis je Aktie (inklusive Goodwill-Abschreibung)		4,25	3,17
Bereinigtes Ergebnis je Aktie (ohne Goodwill-Abschreibung)		4,86	3,50
Bereinigtes Ergebnis je Aktie (inkl. Goodwill-Abschreibung)		4,09	3,17

Bilanz

Konzern Deutsche Bank

AKTIVA			
in Mio €	[Notes]	31.12.1999	31.12.1998
Barreserve	[27]	21 879	20 175
Forderungen an Kreditinstitute	[3], [28]	115 453	92 697
Forderungen an Kunden	[3], [29]	352 371	274 825
Risikovorsorge	[4], [32]	- 7 850	- 7 158
Handelsaktiva	[5], [33]	233 000	169 003
Finanzanlagen	[6], [34]	70 206	45 309
Immaterielle Vermögenswerte	[7], [35]	8 536	1 754
Sachanlagen	[8], [36]	9 049	5 560
Kapitalanlagen der Versicherungsgesellschaften	[37]	21 472	16 718
Ertragsteueransprüche	[38]	7 277	2 750
Sonstige Aktiva	[39]	8 472	4 970
Summe der Aktiva		839 865	626 603
PASSIVA			
in Mio €		31.12.1999	31.12.1998
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	[10], [42]	174 655	151 032
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	[10], [43]	291 042	229 208
Verbriefte Verbindlichkeiten	[10], [44]	164 060	102 947
Handelspassiva	[11], [45]	123 268	81 555
Rückstellungen	[12], [46]	31 755	24 598
Ertragsteuerverpflichtungen	[47]	7 852	4 325
Sonstige Passiva	[48]	7 705	7 842
Nachrangkapital	[49]	15 504	7 186
Anteile in Fremdbesitz		877	269
Eigenkapital	[50]	23 147	17 641
Gezeichnetes Kapital		1 573	1 363
Kapitalrücklage		10 438	7 265
Gewinnrücklagen		10 430	7 333
Konzerngewinn	[25]	706	1 680
Summe der Passiva		839 865	626 603

Eigenkapitalveränderungsrechnung

Konzern Deutsche Bank

EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG			
in Mio €	[Note 50]	1999	1998
Eigenkapital des Konzerns zum Ende des Vorjahres		17 641	16 405
Gezeichnetes Kapital			
Erhöhung des Gezeichneten Kapitals der Deutschen Bank AG		+ 210	+ 4
Kapitalrücklage			
Einstellung des Aufgeldes aus der Erhöhung des Gezeichneten Kapitals		+ 3 173	+ 110
Gewinnrücklagen			
Einstellung in Gewinnrücklagen aus dem Jahresüberschuss		+ 1 820	+ 10
Differenz aus der Währungsumrechnung		+ 155	- 127
Sonstige Veränderungen		+ 42	+ 48
Konzerngewinn		+ 706	+ 1 680*
Ausschüttung der Deutschen Bank AG		- 600	- 489
Eigenkapital des Konzerns zum Ende der Periode		23 147	17 641

* einschließlich der von der Hauptversammlung 1999 beschlossenen Gewinnrücklagendotierung von 1 080 Mio €

Kapitalflussrechnung

Konzern Deutsche Bank

CASH FLOW BETRACHTUNG			
in Mio €	[Note 51]	1999	1998
Jahresüberschuss		2 571	1 726
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit			
Abschreibungen, Wertberichtigungen, Zuschreibungen und Veränderungen der Rückstellungen		9 051	4 009
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten		19 500	3 898
Gewinn aus der Veräußerung von Finanzanlagen und Sachanlagen		- 1 787	- 202
Sonstige Anpassungen (per saldo)		- 4 190	- 5 230
Zwischensumme		25 145	4 201
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten aus operativer Geschäftstätigkeit nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile			
Forderungen			
an Kreditinstitute		- 22 137	- 9 654
an Kunden		- 50 325	- 10 645
Wertpapiere des Handelsbestandes		- 12 226	- 42 996
Andere Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit		- 15 338	209
Verbindlichkeiten			
an Kreditinstitute		24 268	43 289
an Kunden		29 622	6 568
Verbriefte Verbindlichkeiten		43 265	24 857
Andere Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit		3 410	2 299
Erhaltene Zinsen und Dividenden		32 135	27 927
Gezahlte Zinsen		- 25 516	- 22 388
Außerordentliche Einzahlungen		1 082	1 652
Außerordentliche Auszahlungen		- 1 605	- 808
Ertragsteuerzahlungen		- 1 467	- 1 153
Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit		30 313	23 358
Einzahlungen aus der Veräußerung von			
Finanzanlagen		30 005	11 865
Sachanlagen		1 598	659
Auszahlungen für den Erwerb von			
Finanzanlagen		- 50 356	- 22 090
Sachanlagen		- 5 972	- 1 709
Effekte aus Veränderungen des Konsolidierungskreises		- 5 271	5
Mittelveränderungen aus sonstiger Investitionstätigkeit (per saldo)		- 4 754	- 2 329
Cash Flow aus Investitionstätigkeit		- 34 750	- 13 599
Einzahlungen aus der Emission von Aktien		3 383	115
Dividendenzahlungen		- 600	- 489
Mittelveränderungen aus Nachrangkapital		3 318	572
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit		6 101	198
Zahlungsmittelbestand (Barreserve) zum Ende der Vorperiode		20 175	10 272
Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit		30 313	23 358
Cash Flow aus Investitionstätigkeit		- 34 750	- 13 599
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit		6 101	198
Effekte aus Wechselkursänderungen		40	- 54
Zahlungsmittelbestand (Barreserve) zum Ende der Periode		21 879	20 175

Erläuterungen (Notes)

Der Konzernabschluss der Deutschen Bank für das Geschäftsjahr 1999 steht in Übereinstimmung mit den zum Bilanzstichtag gültigen International Accounting Standards (IAS) und erfüllt damit die Voraussetzungen des § 292a HGB zur Befreiung von der Aufstellung eines Konzernabschlusses nach deutschem Handelsrecht. Darüber hinaus werden die Publizitätsanforderungen der Europäischen Union erfüllt.

Der vorliegende Konzernabschluss nach IAS wurde erstmalig in Euro aufgestellt. Die veröffentlichten Werte sind zum Zwecke der Übersichtlichkeit grundsätzlich in Millionen Euro (€) ausgewiesen. Alle bestehenden und aktuell gültigen IAS werden angewandt. Wir nehmen keine Vorgriffe auf bereits verabschiedete, noch nicht verbindlich in Kraft getretene Standards vor.

Die Struktur der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns Deutsche Bank im Geschäftsbericht 1999 wurde an globale Usancen angepasst. Die Einbeziehung des Finanzanlageergebnisses in das Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und der gesonderte Ausweis in der Gliede-

rung der Gewinn- und Verlustrechnung entsprechen der zunehmenden Bedeutung des aktiven Managements des Finanzanlagenportfolios einer Bank. In dem Saldo der Sonstigen Erträge/Aufwendungen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit werden die vormals unter Sonstige betriebliche Erträge/Aufwendungen und Übrige Erträge/Aufwendungen ausgewiesenen Posten zusammengefasst. Auf Grund international restriktiver Interpretationen entfällt gegenwärtig eine Zuordnung von Aufwendungen und Erträgen zum Außerordentlichen Ergebnis. Die Vorjahreszahlen wurden an die neue Struktur der Gewinn- und Verlustrechnung angepasst.

Die Abweichungen des Konzernabschlusses nach IAS gegenüber der deutschen Rechnungslegung werden im Einzelnen in der Überleitungserläuterung auf Seite 121 dargelegt.

[1] Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss wurden – neben der Deutschen Bank AG – 94 inländische (1998: 134) und 873 ausländische Unternehmen (1998: 280) einbezogen. Erstmals wurden 28 inländische und

622 ausländische Gesellschaften konsolidiert; 68 inländische und 29 ausländische Unternehmen schieden aus dem Konsolidierungskreis aus.

Der Kreis der in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften wurde insbesondere durch Akquisitionen erweitert. Diese betrafen die Übernahme der Bankers Trust-Gruppe durch den Erwerb der Holding-Gesellschaft Bankers Trust-Corporation, New York. Damit wurden 12 inländische und 557 ausländische Unternehmen der Bankers Trust Gruppe neu konsolidiert.

Darüber hinaus erfolgte Anfang 1999 der Kauf und Einbezug des zwischenzeitlich in Deutsche Bank S.A./N.V. umbenannten Crédit Lyonnais Belgium Finance S.A., Brüssel, einschließlich der Tochtergesellschaften DB Finance (Luxembourg) S.A., Luxemburg, DB Services S.A./N.V., Brüssel, und Atomium plc, Dublin.

Ferner wurde der Konsolidierungskreis um die 1999 erworbene BCH Group plc, Bristol, mit ihrer Tochtergesellschaft BCH Vehicle Management Ltd., Bristol, sowie um die Ende Dezember 1998 erworbene Boullioun Aviation

Services, Inc., Bellevue/USA, einschließlich neun Tochtergesellschaften, erweitert.

Die Deutsche Wohnen AG, Eschborn, einschließlich sechs Tochtergesellschaften, wurde auf Grund eines Beherrschungsvertrages mit der Deutsche Grundbesitz Management GmbH, Eschborn, konsolidiert.

Ebenfalls neu einbezogen wurden folgende Gesellschaften:

- DB (Asia Pacific) Training Centre Pte. Ltd., Singapur,
- DB Immobilien GmbH, Frankfurt am Main,
- DBPB Services S.A., Genf,
- DB Re S.A., Luxemburg,
- DB Vehicle Solutions Ltd., London,
- DB Servicios de Consultoría e Informática, S.A., Barcelona,
- Deutsche Bank S.A., Paris
- Deutsche Holdings (BTI) Ltd., London,
- Deutsche Software (India) Private Ltd., Bangalore,
- European Transaction Bank Aktiengesellschaft, Eschborn,
- RILENO S.p.A., Mailand,
- Servicegesellschaft der Deutschen Bank 24 mbH, Bonn,
- Taunus Corporation, Wilmington/USA,

– Telefon-Servicegesellschaft der Deutschen Bank mbH, Frankfurt am Main, sowie 16 Gesellschaften mit Sitz in Wilmington/USA, deren Geschäftszweck in der Begebung von hybriden Kapitalinstrumenten liegt: Deutsche Bank Capital LLC I, II, III, IV und V und Deutsche Bank Capital Funding LLC I, II und III einschließlich der vorgelagerten gleichnamigen Treuhänder („Trusts“).

Auf die Deutsche Morgan Grenfell Group entfielen drei Zugänge und 18 Abgänge von Unternehmen. In der DB Industrial Holdings Gruppe wurden zwei Gesellschaften neu konsolidiert. Auf die Deutsche Asia Pacific Holdings Group entfielen vier Zugänge und fünf Abgänge und auf die Deutsche Australia Group elf Zugänge und ein Abgang.

Die Deutsche Bank Americas Group erweiterte sich einschließlich der oben genannten Boullion Aviation Services Group um 13 Gesellschaften, ein Unternehmen schied aus. In den Teilkonzern Deutsche Bank Canada, Toronto, wurden zwei Gesellschaften neu einbezogen. Die Versicherungsholding der Deutschen Bank Aktien-

gesellschaft konsolidierte zwei weitere Unternehmen.

Aus dem Teilkonzern Deutsche Immobilien Leasing GmbH, Düsseldorf, schieden 64 Objektgesellschaften aus, nachdem auf Grund veränderter Gesellschafterstruktur die Voraussetzungen für den Einbezug in den Konzernabschluss der Deutschen Bank nicht mehr gegeben waren. Eine Objektgesellschaft wurde neu einbezogen.

Darüber hinaus schieden folgende Gesellschaften aus dem Konsolidierungskreis aus:

- Elektro-Export-Gesellschaft mbH, Nürnberg,
- Süddeutsche Vermögensverwaltung GmbH, Frankfurt am Main,
- Rangegrow, London.

Die KCB-Beteiligungs-Aktiengesellschaft, Duisburg, wurde auf die Alma Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, verschmolzen, die ihrerseits auf die Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main, verschmolzen wurde.

Außerdem erfolgten folgende Verschmelzungen:

- DB Service S/C Ltda., São Paulo, auf Deutsche Bank S.A. – Banco Alemão, São Paulo,

- DB Leasing – Sociedade de Locação Financeira Mobiliária, S.A., Lissabon, auf Deutsche Bank de Investimento, S.A., Lissabon, die in Deutsche Bank (Portugal), S.A., umbenannt wurde,
- Deutsche Bank France S.A., Paris, auf Deutsche Bank AG Filiale Paris.

Die Veränderung des Konsolidierungskreises – hauptsächlich der Einbezug von Bankers Trust – hat wesentliche Positionen der Konzernbilanz wie unten stehend beeinflusst.

Die Goodwill-Beträge aus der Erstkonsolidierung von Bankers Trust in Höhe von 6,8 Mrd € und Deutsche Bank S.A./N.V., Brüssel, in Höhe von 0,2 Mrd € werden über 15 Jahre abgeschrieben.

Die Ergebnisse aus der Geschäftstätigkeit von Bankers Trust sind ab dem Erwerbszeitpunkt (Closing Date 4. Juni 1999) in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns enthalten.

Aufgrund untergeordneter Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wurden insgesamt 557 in- und ausländische verbundene Unternehmen nicht konsolidiert; ihr Anteil an der addierten Konzernbilanzsumme beträgt etwa 0,2%. Weitere 71 Unternehmen sind gemäß IAS 27 nicht konsolidiert, da die Stimmrechtsausübung eingeschränkt ist oder die Anteile mit der Absicht der Veräußerung gehalten werden.

Der Kreis der nach der Equity-Methode bewerteten Gesellschaften

erweiterte sich um folgende Gesellschaften:

- Asia Leasing Ltd., Hamilton,
- Baranka N.V., Rotterdam,
- Cassa di Risparmio di Asti S.p.A., Asti,
- IMLY B.V., Rotterdam,
- Mastheads General Partnership, George Town, Cayman Islands,
- Singapore Aircraft Leasing Enterprise Pte. Ltd., Singapur.

Die Deutsche Financial Capital L.L.C., Greensboro, wird wegen Geringfügigkeit nicht mehr nach der Equity-Methode bewertet.

Danach sind insgesamt 21 Unternehmen nach der Equity-Methode angesetzt worden, wobei deren Abschlüsse unverändert übernommen wurden. 68 assoziierte Unternehmen wurden wegen Geringfügigkeit nicht nach der Equity-Methode bewertet.

Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes ist beim Handelsregister in Frankfurt am Main hinterlegt. Sie kann mit dem Vordruck auf Seite 159 kostenlos angefordert werden.

[2] Konsolidierungsgrundsätze

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt nach der Buchwertmethode. Für die 1999 neu einbezogenen Unter-

AUSWIRKUNG DER VERÄNDERUNG DES KONSOLIDIERUNGSKREISES AUF WESENTLICHE BILANZPOSITIONEN

in Mrd €

Forderungen an Kunden	+ 27
Handelsaktiva	+ 29
Finanzanlagen	+ 12
Sachanlagen	+ 4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	+ 35
Verbriefte Verbindlichkeiten	+ 19
Handelspassiva	+ 17
Nachrangkapital	+ 5
Bilanzsumme	+ 82

nehmen wurden die jeweiligen Erwerbszeitpunkte zu Grunde gelegt. Geschäfts- oder Firmenwerte werden linear abgeschrieben.

Konzerninterne Forderungen und Verbindlichkeiten, Aufwendungen und Erträge sowie Zwischenergebnisse werden eliminiert, soweit sie nicht von untergeordneter Bedeutung sind. Die Abschlüsse der Versicherungsunternehmen werden – mit Ausnahme der Schwankungsrückstellungen – unverändert in den Konzernabschluss übernommen. Aufgrund der Besonderheit des Geschäfts werden konzerninterne Posten der Versicherungsunternehmen grundsätzlich nicht aufgerechnet.

[3] Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden sind mit dem Nominalbetrag oder den Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um Abschreibungen, ausgewiesen. Agio- und Disagiobeträge werden laufzeitbezogen abgegrenzt und unter Zinsen erfasst. Vorfälligkeitsentschädigungen werden über einen Zeitraum von vier Jahren (mittlere Restlaufzeit) vereinnahmt.

Von einer Vereinnahmung von Zinserträgen wird – ungeachtet eines Rechtsanspruchs – dann abgesehen, wenn mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eine Realisierung der Zinserträge nicht zu erwarten ist.

[4] Risikovorsorge

Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle erkennbaren Bonitäts- und Länderrisiken und für latente Ausfallrisiken.

Für Bonitätsrisiken werden nach konzerneinheitlichen Maßstäben Vorsorgen in Höhe des erwarteten Ausfalls gebildet.

Das Transferrisiko aus Krediten an Kreditnehmer in ausländischen Staaten (Länderrisiko) wird auf Basis eines Rating-Systems bewertet, das die jeweilige wirtschaftliche, politische und regionale Situation berücksichtigt.

Dem latenten Ausfallrisiko im Kreditgeschäft wird in Form der Pauschalwertberichtigung Rechnung getragen. Dabei werden die Erfahrungswerte der Konzernunternehmen aus tatsächlich in der Vergangenheit angefallenen Kreditausfällen zu Grunde gelegt.

Der Betrag, mit dem die Risikovorsorge dotiert wird, bestimmt sich nach Einschätzungen hinsichtlich der in der Zukunft zu erwartenden Kreditausfälle, der Wirtschaftslage, der Zusammensetzung, Qualität und Performance der verschiedenen Kreditportfolios sowie weiterer Faktoren. Diese Bewertung umfasst Barinanspruchnahmen und außerbilanzielle Posten, beispielsweise Zins- oder Währungsgeschäfte, Avale und Akkreditive.

[5] Handelsaktiva

Sämtliche Handelsaktivitäten werden in der Bilanz zu Fair Values ausgewiesen. Eine Verrechnung von Handelsaktiva und Handelspassiva (Netting) wird vorgenommen, wenn ein durchsetzbares Recht zur Aufrechnung besteht und die Aufrechnung die Erwartung über die tatsächlichen künftigen Zahlungsströme angemessen widerspiegelt.

[6] Finanzanlagen

Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bilanziert. Assoziierte Unternehmen werden im Konzernabschluss

nach der Equity-Methode bewertet; soweit sie von untergeordneter Bedeutung sind, erfolgt die Bewertung zu Anschaffungskosten. Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen werden Abschreibungen vorgenommen.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie sonstiger Anteilsbesitz – die Anlagezwecken dienen – sind zu Anschaffungskosten, im Falle einer dauernden Wertminderung abzüglich Abschreibungen, bilanziert. Fallen die Gründe weg, die zu einer Abschreibung geführt haben, wird eine Zuschreibung vorgenommen.

[7] Immaterielle Vermögenswerte

Entgeltlich erworbene Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren Anschaffungskosten, gemin-

dert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert.

Selbst erstellte Software wird aktiviert, wenn es wahrscheinlich ist, dass der Bank die wirtschaftlichen Vorteile daraus zufließen und die Herstellungskosten verlässlich bestimmbar sind. Sie wird über die voraussichtliche Nutzungsdauer von 3 bis 5 Jahren linear abgeschrieben.

Geschäfts- oder Firmenwerte aus Unternehmenskäufen werden über 15 Jahre, soweit sie auf erworbene wirtschaftlich selbstständige Unternehmensbereiche entfallen, über 5 Jahre linear abgeschrieben.

Voraussichtlich dauernde Wertminderungen werden mit außerplanmäßigen Abschreibungen berücksichtigt.

[8] Sachanlagen

Sachanlagen werden mit ihren Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen,

bilanziert. Abschreibungen erfolgen linear über die geschätzte Nutzungsdauer der jeweiligen Vermögenswerte.

Bei der Bestimmung der Nutzungsdauer einer Sachanlage werden die physische Lebensdauer, der technische Fortschritt sowie vertragliche und gesetzliche Einschränkungen berücksichtigt.

Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Maßnahmen zur Erhaltung von Sachanlagen werden als Aufwand erfasst, sofern sie sich regelmäßig wiederholen und soweit sie nicht die Wesensart der Sachanlagen verändern.

[7] IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE

Abschreibungsdauer in Jahren

Geschäfts- oder Firmenwerte	5 bzw. 15
Selbst erstellte Software	3–5
Sonstige immaterielle Anlagewerte (Lizenzen und Rechte)	3–6

[8] SACHANLAGEN**Betriebsgewöhnliche
Nutzungsdauer in Jahren**

Grundstücke und Gebäude	25–50
EDV-Anlagen	2–6
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	3–10

[9] Leasing**Der Konzern als Leasingnehmer**

Leasingraten für Gegenstände aus Leasingverträgen, bei denen die mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen beim Leasinggeber verbleiben (Operating Lease), werden beim Leasingnehmer als Mietaufwand behandelt.

**Der Konzern als Leasinggeber ...
... Finance Lease**

Wenn im Wesentlichen alle mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen eines Vermögenswertes an den Leasingnehmer übertragen werden, handelt es sich nach den IAS um Finanzierungsleasing (Finance Lease).

Beim Leasinggeber wird in Höhe der Barwerte der vertraglich vereinbarten Zahlungen und unter Berücksichtigung etwaiger Restwerte eine Forderung gegenüber dem Leasingnehmer ausgewiesen.

... Operating Lease

Leasinggegenstände, die nach IAS-Grundsätzen dem Leasing-

geber zuzuordnen sind (Operating Lease), werden bei diesem unter den Sachanlagen ausgewiesen. Abschreibungen werden nach den für das jeweilige Sachanlagevermögen geltenden Grundsätzen vorgenommen. Leasingraten werden entsprechend der Nutzungsüberlassung vereinnahmt.

[10] Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Rückzahlungs- beziehungsweise Nominalbetrag angesetzt. Abgezinst begebene Schuldverschreibungen und ähnliche Verbindlichkeiten werden zum Barwert ausgewiesen.

[11] Handelspassiva

Sämtliche Handelsaktivitäten werden zu Fair Values bewertet. Handelspassiva enthalten die negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, soweit sie nicht im Rahmen des Netting mit Handelsaktiva verrechnet werden, sowie Short-Positionen.

[12] Rückstellungen**Pensionsverpflichtungen**

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind gemäß versicherungsmathematischen Grundsätzen nach der Projected Unit Credit Method ermittelt. Hierbei werden grundsätzlich jene Sätze für Gehaltsentwicklung, Rentenanpassung und Rechnungszinsfuß zu Grunde gelegt, die den länderspezifischen Gegebenheiten Rechnung tragen. Einige Konzernunternehmen entsprechen den landesüblichen Vorschriften durch Bildung von Versorgungsfonds.

Andere Rückstellungen

Andere Rückstellungen sind in Höhe der ungewissen Verbindlichkeiten beziehungsweise der drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften gebildet.

[13] Latente Steuern

Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt nach dem bilanzbezogenen Temporary-Konzept, das die Wertansätze der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten mit den Wertansätzen vergleicht, die für die Besteuerung des jeweiligen Konzernunternehmens zutreffend sind. Abweichungen in diesen

Wertansätzen führen zu temporären Wertunterschieden, für die – unabhängig vom Zeitpunkt ihrer Auflösung – latente Steueransprüche oder latente Steuerverpflichtungen zu bilden sind. Die Berechnung der latenten Steuern erfolgt nach der Liability-Methode mit den zukünftig anzuwendenden landesspezifischen Steuersätzen. Eine Aufrechnung von latenten Steueransprüchen mit latenten Steuerverpflichtungen wird vorgenommen, wenn die Ertragsteuern von der gleichen Steuerbehörde erhoben werden.

[14] Währungsumrechnung

Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie noch nicht abgewickelte Kassageschäfte werden grundsätzlich zum Kassa-Mittelkurs am Bilanzstichtag umgerechnet, Devisentermingeschäfte zum Terminkurs am Bilanzstichtag.

Im Konzernabschluss sind die Posten der Bilanz sowie die Posten der Gewinn- und Verlustrechnung der ausländischen konsolidierten Unternehmen zu Mittelkursen des jeweiligen Bilanzstichtags in Euro umgerechnet (Stichtagsmethode). Auswirkun-

gen von Wechselkursveränderungen auf wesentliche Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung werden in den Erläuterungen dargelegt. Die Umrechnungsgewinne und -verluste aus der Kapitalkonsolidierung werden mit den Gewinnrücklagen verrechnet. Die Umrechnung der Geschäfts- oder Firmenwerte erfolgt mit dem Kurs zum Zeitpunkt des Erwerbs. Umrechnungsgewinne und -verluste aus der Schulden- sowie aus der Aufwands- und Ertragskonsolidierung werden erfolgsneutral behandelt.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

[15] Zinsüberschuss

[15] ZINSÜBERSCHUSS		
in Mio €	1999	1998
Zinserträge	29 592	26 227
aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	27 742	25 068
aus festverzinslichen Wertpapieren	1 850	1 159
Laufende Erträge	1 502	705
aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	1 221	442
aus Beteiligungen	154	213
aus Anteilen an nach der Equity-Methode bewerteten Unternehmen	96	38
aus Anteilen an verbundenen Unternehmen	31	12
Zinsaufwendungen	24 905	21 827
für Einlagen	17 601	15 956
für Verbriefte Verbindlichkeiten	6 305	5 354
für Nachrangkapital	999	517
Ergebnis aus dem Leasinggeschäft	430	434
Laufende Erträge aus dem Leasinggeschäft	1 112	995
Abschreibungen auf Leasinggegenstände	441	424
Sonstige Aufwendungen aus dem Leasinggeschäft	241	137
Insgesamt	6 619	5 539

[16] Risikovorsorge
im Kreditgeschäft

[16] RISIKOVORSORGE IM KREDITGESCHÄFT		
in Mio €	1999	1998
Zu Lasten GuV gebildete Vorsorgen	2 079	1 983
Zu Gunsten GuV aufgelöste Vorsorgen	1 321	1 167
Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen	50	36
Gewinne (-)/Verluste (+) aus Währungsabsicherung	- 92	+ 55
Insgesamt	616	835

Die im Vorjahr unter den Sonstigen betrieblichen Erträgen/Aufwendungen ausgewiesenen Gewinne/Verluste aus der Währungskursabsicherung für in Euro gebildete Vorsorgen auf Währungsengagements sind unter Anpassung der Vergleichszahl der Risikovorsorge im Kreditgeschäft zugeordnet.

[17] Provisionsüberschuss

[17] PROVISIONSÜBERSCHUSS		
in Mio €	1999	1998
Wertpapiergeschäft	3 320	2 011
Vermögensverwaltung	2 153	1 237
Zahlungsverkehr	700	579
Auslands- und Reisezahlungsmittelgeschäft	336	329
Kreditbearbeitung und Avalgeschäft	676	543
Übrige Bereiche	899	612
Insgesamt	8 084	5 311

Provisionserträgen in Höhe von 9 205 Mio€ (1998: 5 982 Mio€) standen Provisionsaufwendungen von 1 121 Mio€ (1998: 671 Mio€), insbesondere im Wertpapiergeschäft sowie für Vermittlung, gegenüber.

Für Dritte wurden nachstehende Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung erbracht: Depotverwaltung, Vermögensverwaltung, Verwaltung von Treuhandvermögen, Vermittlung von Hypotheken, Versicherungen und Bausparverträgen sowie Mergers & Acquisitions.

[18] Handelsergebnis

[18] HANDELSERGEBNIS*		
in Mio €	1999	1998
Effektenhandel	2 650	958
Zinstitel und zugehörige Derivate	1 161	174
Aktien und zugehörige Derivate	1 489	784
Devisen-, Metall- und Sortenhandel	833	607
Devisenhandel	756	568
Metall- und Sortenhandel	77	39
Sonstige Handelsgeschäfte	1 278	209
OTC-Derivate/Swaps	744	507
Andere Finanzgeschäfte**	534	- 298
Insgesamt	4 761	1 774

* einschließlich den Handelsaktivitäten zuzuordnenden Zins- und Dividenden erträgen, Refinanzierungskosten und Provisionen

** einschließlich 61 Mio € Devisenergebnis aus dem Handel in Emerging Markets-Titeln

In den anderen Finanzgeschäften ist insbesondere der Handel in Emerging Markets-Titeln sowie in Geldmarktpapieren und -derivaten enthalten.

[19] Überschuss im Versicherungsgeschäft

[19] ÜBERSCHUSS IM VERSICHERUNGSGESCHÄFT		
in Mio €	1999	1998
Verdiente Netto-Beiträge	4 352	3 225
Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung	226	194
Erträge aus Kapitalanlagen	2 038	1 493
Sonstige Erträge	73	32*
Erträge insgesamt	6 689	4 944
Aufwendungen für Versicherungsfälle	1 526	1 451
Veränderung versicherungstechnischer Netto-Rückstellungen	3 673	2 178
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	350	245
Aufwendungen für Kapitalanlagen	148	154
Sonstige Aufwendungen	180	158
Aufwendungen insgesamt	5 877	4 186
Überschuss vor Zuführung zur Beitragsrückerstattung	812	758
Aufwendungen für Beitragsrückerstattungen	427	422
Insgesamt	385	336

* nach Anpassung von 181 Mio € Bewertungsgewinnen aus Kapitalanlagen, die ab 1999 unter Erträge aus Kapitalanlagen ausgewiesen werden

Bedingt durch die höheren Erträge aus Kapitalanlagen stieg der Überschuss im Versicherungsgeschäft vor Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung um 54 Mio € (+ 7,1 %) auf 812 Mio €. Dadurch konnte den Versicherungsnehmern über die Aufwendungen für Beitragsrückerstattungen mit 427 Mio € ein um 5 Mio € höherer Betrag als im Vorjahr zugewiesen werden.

[20] Ergebnis aus Finanzanlagen

[20] ERGEBNIS AUS FINANZANLAGEN		
in Mio €	1999	1998
Gewinne/Verluste aus Finanzanlagen	2 062	1 528
Zuschreibungen zu/Abschreibungen auf Finanzanlagen	- 55	- 346
Insgesamt	2 007	1 182

Im Geschäftsjahr 1999 waren im Ergebnis aus Finanzanlagen insbesondere die erzielten Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an der Allianz AG sowie in geringerem Maße aus dem Verkauf von Fonds-Anteilen

enthalten. 1998 schlugen sich insbesondere die aus der Veräußerung der Anteile an der Hapag-Lloyd AG, Hamburg/Bremen, erzielten Gewinne sowie Erträge aus Allianz-Aktien nieder.

[21] Verwaltungsaufwand

[21] VERWALTUNGSaufWAND		
in Mio €	1999	1998
Personalaufwand	9 670	6 196
Löhne und Gehälter	8 020	4 795
Soziale Abgaben	857	614
Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	793	787
Andere Verwaltungsaufwendungen	5 112	3 189
Abschreibungen und Wertberichtigungen	964	736
Betriebs- und Geschäftsausstattung	633	506
Grundstücke und Gebäude	155	96
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	140	111
Andere Vermögensgegenstände	36	23
Insgesamt	15 746	10 121

[22] Saldo der Sonstigen Erträge/Aufwendungen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

[22] SALDO DER SONSTIGEN ERTRÄGE/AUFWENDUNGEN AUS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT		
in Mio €	1999	1998
Sonstige Erträge	1 082	2 179
Sonstige laufende Erträge aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	481	527
Andere Erträge	601	1 652
Sonstige Aufwendungen	1 605	1 333
Sonstige laufende Aufwendungen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	597	296
Abschreibungen auf Geschäfts- und Firmenwerte	473	176
Sonstige Steuern	97	103
Aufwendungen aus Verlustübernahme	3	3
Andere Aufwendungen	435	755
Insgesamt	- 523	846

Nach der engen Interpretation des Außerordentlichen Ergebnisses werden Posten, die von ihrem Umfang und Charakter als Sondereffekte qualifiziert wurden und somit nicht den Sonstigen laufenden Erträgen/Aufwendungen

aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zugeordnet werden, unter Anpassung der Vorjahreszahlen unter den Anderen Erträgen/Anderen Aufwendungen ausgewiesen.

Sonstige laufende Erträge
aus der gewöhnlichen
Geschäftstätigkeit

In den Sonstigen laufenden Erträgen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit waren vor allem Mieterträge aus Grundstücken und Gebäuden sowie Gewinne aus verkauften Sachanlagen enthalten; im Vorjahr darüber hinaus Gewinne aus dem Verkauf der Deutschen Bank Argentina S.A., Buenos Aires.

Andere Erträge

Die Anderen Erträge resultieren insbesondere aus einem einmaligen Gewinn von 576 Mio € aus Hedge-Geschäften zur Währungskursabsicherung des in US-\$ kontrahierten Kaufpreises für Bankers Trust; im Vorjahr schlug sich die Sonderausschüttung der Daimler-Benz AG (inklusive Körperschaftsteuerguthaben) nieder.

Sonstige laufende
Aufwendungen aus der
gewöhnlichen Geschäftstätigkeit

In den Sonstigen laufenden Aufwendungen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit sind unter anderem Zuführungen zu Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste ausgewiesen, die nicht das Kredit- und Wertpapiergeschäft betreffen, sowie Verluste aus Währungskursveränderungen, die das in Währung herausgelegte Dotationskapital unserer Auslandsfilialen betreffen. Darüber hinaus schlagen sich hier auch die Aufwendungen für Hausbewirtschaftung der Deutschen Wohnen AG, Eschborn, die 1999 in den Konsolidierungskreis einbezogen wurde, nieder.

Andere Aufwendungen

Die Anderen Aufwendungen enthalten insbesondere die Kosten im Zusammenhang mit der Umstellung auf den Euro und das Jahr 2000. 1998 war der einmalige Aufwand aus der Anwendung der neuen Rechnungsgrundlagen (Richttafeln 1998) für die Bewertung der Pensionsrückstellung enthalten.

[23] Restrukturierungsaufwand

[23] RESTRUKTURIERUNGSaufWAND

in Mio €	1999	1998
Aufwand für Restrukturierungsmaßnahmen	898	–
Bankers Trust Retention Payments	107	–
Erträge aus der Auflösung von Restrukturierungsrückstellungen	121	–
Insgesamt	884	–

Aufwand für Restrukturierungsmaßnahmen

In diesen Posten gehen 531 Mio € Aufwendungen für Restrukturierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Akquisition von Bankers Trust ein. Dazu kommen Restrukturierungsaufwendungen für die Ausgründung des Retail Banking in Deutschland, insbesondere für die Restrukturierung der Vertriebsplattform, und für in diesem Bereich durchgeführte Sonderprojekte, die sich zusammen auf 258 Mio € belaufen.

Darüber hinaus wurden insbesondere in den Unternehmensbereichen Unternehmen und Immobilien sowie Global Technology and Services für bestimmte Restrukturierungsmaßnahmen Aufwendungen in Höhe von 109 Mio € im Abschluss berücksichtigt.

Bankers Trust Retention Payments

Im Zusammenhang mit der Akquisition von Bankers Trust wurde für bestimmte Mitarbeiter ein Retention Payment Program vereinbart.

Die Ansprüche werden über eine vertraglich festgelegte Mindestbetriebszugehörigkeitsdauer von durchschnittlich 3 Jahren erworben. Der anteilige Betrag für das Geschäftsjahr 1999 beläuft sich auf 107 Mio €.

Erträge aus der Auflösung von Restrukturierungsrückstellungen

Von der im Geschäftsjahr 1997 im Zusammenhang mit dem Plan zur Strategischen Neuausrichtung des Konzerns gebildeten Restrukturierungsrückstellung wurden 121 Mio € in 1999 aufgelöst. Diese Teilauflösung war vorzunehmen, da in den Unternehmensbereichen Globale Unternehmen und Institutionen sowie Global Technology and Services vor dem Hintergrund der Akquisition von Bankers Trust bestimmte Maßnahmen nicht mehr zur Umsetzung kamen und darüber hinaus im Unternehmensbereich Unternehmen und Immobilien einzelne Maßnahmen kostengünstiger umgesetzt werden konnten.

**[24] Ertragsteuern auf das
Ergebnis aus der gewöhnlichen
Geschäftstätigkeit**

**[24] ERTRAGSTEUERN AUF DAS ERGEBNIS AUS DER
GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT**

in Mio €	1999	1998
Tatsächliche Steuern	1 906	2 085
Latente Steuern	- 390	221
Insgesamt	1 516	2 306

Die tatsächlichen Steuern errechneten sich auf Grundlage der steuerlichen Ergebnisse des Geschäftsjahres mit den von den jeweiligen Konzernunternehmen anzuwendenden landesspezifischen Steuersätzen.

In Deutschland wird auf die seit 1999 geltende Körperschaftsteuer von 40 % für einbehaltene Gewinne ein Solidaritätszuschlag von 5,5 % erhoben. Gegenüber dem Vorjahr ermäßigt sich der effektive Körperschaftsteuersatz von bisher 47,475 % auf 42,2 %. Zusammen mit der Gewerbebeertragsteuer von effektiv 10,225 % (1998: 9,237 %) beträgt die Gesamtsteuerbelastung 1999 im Inland 52,4 % (1998: 56,7 %). Soweit im zu versteuernden Einkommen Dividenden- oder andere Beteiligungserträge enthalten sind, die selbst einer Körperschaftsteuerbelastung von 45 % unterliegen haben, beträgt die Körperschaftsteuer weiterhin 45 %. Bei Ausschüttung sieht das deutsche Körperschaftsteuerrecht eine Minderung der zunächst mit 42,2 % belasteten Gewinne auf 31,65 % (30 % Körperschaftsteuer zuzüglich 5,5 % Solidaritätszuschlag) vor. Neben dieser Reduzierung der Körperschaftsteuer, die Bestandteil der Ausschüttung ist, erhält der in Deutschland steuerpflichtige Aktionär darüber hinaus eine auf seine persönliche Steuerschuld anrechenbare Steuergutschrift, die der verbleibenden Steuerbelastung von 31,65 % bei der ausschüttenden Gesellschaft entspricht (Anrechnungsverfahren).

Neubildungen und Auflösungen von temporären Wertunterschieden führten zu einem latenten Steuerertrag von 627 Mio €. Die Änderung von Steuersätzen ermäßigte den Steueraufwand um 127 Mio €.

Die nachfolgende Tabelle stellt die Beziehung zwischen den aus dem Ergebnis vor Steuern abgeleiteten Ertragsteuern und den in der Ergebnisrechnung ausgewiesenen Ertragsteuern für 1999 dar (Überleitungs-

rechnung). Den abgeleiteten Ertragsteuern lag die inländische Gesamtsteuerbelastung von 52,4 % zu Grunde.

in Mio €	1999	1998
Abgeleitete Ertragsteuern aus dem Ergebnis vor Steuern	2 142	2 286
Minderung der inländischen Körperschaftsteuer auf Ausschüttungen	– 204	– 172
Steuersatzdifferenzen auf ausländische Ergebnisse	– 53	92
Nicht abziehbare Aufwendungen	131	78
Steuerbefreite Einnahmen	– 803	– 260
Wertanpassungen der latenten Steueransprüche	197	118
Abschreibungen auf Goodwill	247	127
Übrige	– 141	37
Ausgewiesene Ertragsteuern	1 516	2 306

[25] Gewinnverwendung

Der Hauptversammlung am 9. Juni 2000 wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn der Deutschen Bank AG von 0,7 Mrd € auszuschütten, was einer von 1,12 € auf 1,15 € je Aktie erhöhten Dividende entspricht.

[26] Kennziffern zum Ergebnis je Aktie

In der nach IAS ermittelten Kennziffer „Ergebnis je Aktie“ ist der Jahresüberschuss nach Steuern – nach methodischer Vereinheitlichung im Bankensektor nunmehr abzüglich des auf konzernfremde Gesellschafter entfallenden Ergebnisanteils (unter Anpassung der Vorjahreszahl) – der durchschnittlichen Zahl an Stammaktien gegenübergestellt. Die ergänzend ausgewiesene Kennziffer „Bereinigtes Ergebnis je Aktie“ zeigt den möglichen Verwässerungseffekt, wenn sich aus eingeräumten Bezugsrechten die Zahl der Aktien erhöht hat oder erhöhen kann.

In nachfolgender Übersicht sind die Kennziffern und die ihnen zu Grunde liegende Stückzahl an Aktien dargestellt:

	1999	1998
Ergebnis je Aktie (ohne Goodwill-Abschreibung)	5,05 €	3,50 €
Ergebnis je Aktie (inklusive Goodwill-Abschreibung)	4,25 €	3,17 €
Bereinigtes Ergebnis je Aktie (ohne Goodwill-Abschreibung)	4,86 €	3,50 €
Bereinigtes Ergebnis je Aktie (inklusive Goodwill-Abschreibung)	4,09 €	3,17 €
Durchschnittliche Stückzahl der umlaufenden Aktien	592 894 817	532 428 841
Aktienzahl einschließlich Erhöhungen, die sich aus eingeräumten Bezugsrechten ergeben haben oder ergeben können	616 580 994	532 985 214

Für den in der Hauptversammlung 1998 verabschiedeten Global Equity Plan wird das dafür zu Grunde gelegte „berichtigte Ergebnis je Aktie“ weiterhin nach dem bisherigen Berechnungsmodus ermittelt und erfährt durch die neue Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung materiell keine Veränderung.

Angaben zur Bilanz

[27] Barreserve

[27] BARRESERVE			
in Mio €			
	31.12.1999	31.12.1998	
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	13 404	3 390	
Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	8 475	16 785	
Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitle öffentlicher Stellen	8 346	8 812	
Wechsel	129	7 973	
Insgesamt	21 879	20 175	

[28] Forderungen an Kreditinstitute

[28] FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE				
in Mio €	Inländische Kreditinstitute		Ausländische Kreditinstitute	
	31.12.1999	31.12.1998	31.12.1999	31.12.1998
Täglich fällige Verrechnungen	5 717	3 192	21 544	18 911
Geldanlagen	8 505	5 445	64 328	48 605
Kredite	9 255	8 329	6 104	8 215
Insgesamt	23 477	16 966	91 976	75 731
davon: durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	6 946	3 820	54 085	35 711

[29] Forderungen an Kunden

[29] FORDERUNGEN AN KUNDEN			
in Mio €			
	31.12.1999	31.12.1998	
Inländische Kunden	149 937	148 403	
Unternehmen und Finanzinstitute	57 006	59 560	
Privat- und Geschäftskunden	68 860	65 156	
Öffentliche Haushalte	23 251	23 264	
Sonstige	820	423	
Ausländische Kunden	202 434	126 422	
Unternehmen und Finanzinstitute	181 723	114 719	
Privat- und Geschäftskunden	16 133	6 479	
Öffentliche Haushalte	3 763	4 762	
Sonstige	815	462	
Insgesamt	352 371	274 825	
davon:			
durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	82 840	43 272	
Hypothekendarlehen der Realkreditinstitute	30 140	25 619	
Kommunalkredite	29 594	28 313	
Andere durch Grundpfandrechte gesicherte Forderungen	30 171	27 845	

Kredite an verbundene Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio €	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.1999	31.12.1998	31.12.1999	31.12.1998
Forderungen an Kreditinstitute	165	10	126	275
Forderungen an Kunden	1 885	2 155	1 181	1 377
Kapitalanlagen/Sonstige Aktiva der Versicherungsgesellschaften	6	21	–	–
Rückgriffsforderungen	92	0	85	87
Unwiderrufliche Kreditzusagen	66	10	147	1

[30] Wechselkredite

(soweit nicht unter Forderungen ausgewiesen)

[30] WECHSELKREDITE			
in Mio €	31.12.1999		31.12.1998
Inländische Kunden	111	1 906	
Unternehmen und Finanzinstitute	111	1 769	
Kreditinstitute	–	137	
Ausländische Kunden	19	147	
Unternehmen und Finanzinstitute	19	83	
Kreditinstitute	–	63	
Sonstige	–	1	
Insgesamt	130	2 053	

[31] Kreditvolumen

[31] KREDITVOLUMEN		
in Mio €	31.12.1999	31.12.1998
Forderungen an Kunden*	268 660	229 988
Wechselkredite**	130	2 053
Kredite an Kreditinstitute	15 359	16 544
Insgesamt	284 149	248 585

* ohne durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte und Wertpapierkassageschäfte

** soweit nicht unter Forderungen ausgewiesen, ohne Geldmarktwechsel

Vom Kreditvolumen entfielen 159,0 Mrd € (1998: 158,5 Mrd €) oder 56,0 % auf inländische und 125,1 Mrd € (1998: 90,1 Mrd €) oder 44,0 % auf ausländische Kreditnehmer.

Leasinggeschäft

Im Kreditvolumen waren Mietkauffinanzierungen (Finance Lease) in Höhe von 4 807 Mio € (1998: 3 311 Mio €) enthalten. Die Summe der noch ausstehenden Leasingraten und der nicht garantierten Restwerte (Gross Investment in the Lease) belief sich auf 5 564 Mio € (1998: 3 928 Mio €), der Gesamtbetrag der noch nicht verdienten Zinskomponente auf 1 575 Mio € (1998: 618 Mio €).

[32] Risikovorsorge

Entwicklung der Risikovorsorge

[32] RISIKOVORSORGE								
	Bonitätsrisiken		Länderrisiken		Latente Risiken (Pauschalwert- berichtigung)		Insgesamt	
in Mio €	1999	1998	1999	1998	1999	1998	1999	1998
Stand zum 1.1.	5 917*	5 758	1 034**	752	830***	607	7 781	7 117
Zugänge								
zu Lasten GuV gebildete Vorsorgen	2 020	1 621	59	307	–	55	2 079	1 983
Abgänge								
zweckbestimmte Verwendung	842	691	–	53	–	–	842	744
zu Gunsten GuV aufgelöste Vorsorgen	931	1 012	370	155	20	–	1 321	1 167
Effekte aus Wechsel- kursänderungen	100	– 26	33	0	20	– 5	153	– 31
Stand zum 31.12.	6 264	5 650	756	851	830	657	7 850	7 158

* nach Anpassung von 267 Mio € wegen Änderung des Konsolidierungskreises

** nach Anpassung von 183 Mio € wegen Änderung des Konsolidierungskreises

*** nach Anpassung von 173 Mio € wegen Änderung des Konsolidierungskreises

Aufgliederung des Vorsorgebestandes

in Mio €	31.12.1999	31.12.1998
Forderungen an Kreditinstitute	573	587
Forderungen an Kunden	6 704	5 924
Wechselkredite (soweit nicht unter Forderungen ausgewiesen)	4	5
Sonstige Positionen (Indossamentsverbindlichkeiten, Avale, Akkreditive usw.)	569	642
Insgesamt	7 850	7 158

Im Kreditportfolio waren ertraglos gestellte wertberichtigte Engagements in Höhe von 4,1 Mrd € (1998: 3,1 Mrd €) enthalten.

Kennziffern zur Risikovorsorge

in % des Kreditvolumens	1999	1998
Nettozuführungsquote	0,02	0,02
Ausfallquote	0,30	0,30
Bestandsquote	2,75	2,90

[33] Handelsaktiva

[33] HANDELSAKTIVA		
in Mio €	31.12.1999	31.12.1998
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	123 960	104 913
Geldmarktpapiere	21 816	7 939
Anleihen und Schuldverschreibungen		
von öffentlichen Emittenten	66 364	51 960
von anderen Emittenten	35 780	45 014
davon: eigene Schuldverschreibungen	1 743	2 152
darunter: börsenfähige Werte	123 960	104 913
davon: börsennotiert	95 875	94 334
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	45 703	24 958
Aktien	43 225	24 369
Investmentanteile	1 632	296
Sonstige	846	293
darunter: börsenfähige Werte	45 340	24 817
davon: börsennotiert	42 223	24 505
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	61 351	38 920
Sonstige Handelsbestände	1 986	212
Insgesamt	233 000	169 003

Die aktuellen Wiederbeschaffungskosten der noch nicht abgewickelten Derivategeschäfte aus Handelsaktivitäten betragen zum Jahresende 119,8 Mrd € (1998: 77,9 Mrd €).

Unter Berücksichtigung durchsetzbarer Netting-Vereinbarungen in Höhe von 58,4 Mrd € (1998: 39,0 Mrd €) beliefen sich die Positiven Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten auf 61,4 Mrd € (1998: 38,9 Mrd €).

[34] Finanzanlagen

In der Position Finanzanlagen von 70 206 Mio € (1998: 45 309 Mio €) sind Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und an nach der Equity-Methode bewerteten Unternehmen sowie Sonstige Finanzanlagen zusammengefasst ausgewiesen.

Aufgliederung und Entwicklung

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Aufgliederung und Entwicklung der Finanzanlagen im Einzelnen:

in Mio €	Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen	Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	Sonstige Finanzanlagen		
			Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Sonstiger Anteilsbesitz
Anschaffungskosten					
Stand 1.1.1999	927	830	32 069	10 771	1 505
Zugänge aus Erstkonsolidierung	1 273	552	7 356	481	1 894
Wechselkursänderungen	17	27	2 518	29	9
Zugänge	992	198	31 257	4 682	1 671
Umbuchungen	28	–	–	–	– 28
Abgänge	1 743	74	22 589	2 384	1 400
Stand 31.12.1999	1 494	1 533	50 611	13 579	3 651
Zuschreibungen im Berichtsjahr	15	–	16	165	14
Kumulierte Veränderungen aus der Equity-Bewertung	–	– 132	–	–	–
Abschreibungen					
Stand 1.1.1999	114	–	153	214	122
Wechselkursänderungen	3	–	6	–	–
Laufende Abschreibungen	23	–	72	137	33
Umbuchungen	–	–	–	–	–
Abgänge	39	–	39	7	52
Stand 31.12.1999	101	–	192	344	103
Buchwerte					
Stand 31.12.1998	813	640	31 916	10 557	1 383
Stand 31.12.1999	1 408	1 401	50 435	13 400	3 562
davon:					
börsenfähige Werte	–	–	50 435	5 556	–
börsennotierte Werte	–	–	36 082	4 514	–

Von den Anteilen an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen entfielen 33 Mio € auf Anteile an Kreditinstituten. Die Anteile an at equity bewerteten Kreditinstituten betragen 77 Mio €. In den Sonstigen Finanzanlagen waren Beteiligungen in Höhe von 3 771 Mio € enthalten, darunter 1 231 Mio € an Kreditinstituten.

Die kumulierten Veränderungen aus der Equity-Bewertung beinhalten den Saldo aus anteiligen Gewinnen und Verlusten sowie Ausschüttungen in Höhe von 59 Mio € aus dem Geschäftsjahr 1999.

Es bestanden Konsortialbindungen in Höhe von 0,1 Mio €, die Verfügungsbeschränkungen für den Fall darstellen, in dem die emittierten Wertpapiere nicht am Markt platziert werden können. Über diese Konsortialbindungen hinaus lagen keine weiteren Veräußerungsbeschränkungen oder Beschränkungen bei der Vereinnahmung von Erträgen aus der Veräußerung vor.

Die nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen, die assoziierten Unternehmen, der wesentliche übrige Anteilsbesitz ab 20% und die Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften, bei denen die Beteiligung 5 % der Stimmrechte überschreitet, sind im Verzeichnis des Anteilsbesitzes – im Anschluss an die konsolidierten Unternehmen – im Einzelnen aufgeführt. Hierin sind auch die Angaben hinsichtlich der Gesellschaften integriert, bei denen die Deutsche Bank AG unbeschränkt haftender Gesellschafter ist. Das Anteilsbesitzverzeichnis ist beim Handelsregister in Frankfurt am Main hinterlegt.

Nach der Equity-Methode
bewertete assoziierte Unter-
nehmen im Nichtbankenbereich

Anteil am Kapital in %	31.12.1999
AIH Agrar-Industrie-Holding GmbH ¹	25,0
Asia Leasing Limited	28,0
Baranka N.V.	20,3
Consortia Versicherungs-Beteiligungsgesellschaft mbH	30,0
DBG Osteuropa-Holding GmbH	50,0
DBG Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH	45,0
Deutsche Beteiligungsgesellschaft Fonds III GmbH	33,3
Deutsche Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. Fonds I KG ²	92,5
Deutsche Interhotel Holding GmbH & Co. KG ²	45,6
DMG & Partners Securities Pte. Ltd.	49,0
Energie-Verwaltungs-Gesellschaft mbH	25,0
GROGA Beteiligungsgesellschaft mbH	33,3
ILV Immobilien-Leasing Verwaltungsgesellschaft Düsseldorf mbH	50,0
IMLY B.V. ³	40,0
K & N Kenanga Holdings Bhd.	22,3
Mastheads General Partnership	65,6
Rhein-Neckar Bankbeteiligung GmbH ⁴	49,1
SEBA Beteiligungsgesellschaft mbH	50,0
Singapore Aircraft Leasing Enterprise Pte. Ltd.	35,5

¹ abweichender Stimmrechtsanteil: 4,6 %

² abweichender Stimmrechtsanteil: 45,5 %

³ abweichender Stimmrechtsanteil: 19,9 %

⁴ abweichender Stimmrechtsanteil: 50,0 %

Wertpapieranlagebestände

in Mio €	31.12.1999	31.12.1998
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	50 435	31 916
Geldmarktpapiere	9 293	2 501
Anleihen und Schuldverschreibungen		
von öffentlichen Emittenten	18 022	9 257
von anderen Emittenten	23 120	20 158
davon: eigene Schuldverschreibungen	9 875	3 309
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	13 400	10 557
Aktien	6 804	4 601
Investmentanteile	6 372	5 889
Sonstige	224	67
Insgesamt	63 835	42 473

Angaben zu Kursreserven

Der Marktwert der börsennotierten Wertpapiere (einschließlich der über Vorschaltgesellschaften gehaltenen Bestände) belief sich auf insgesamt 60,9 Mrd €. Dieser Betrag ergab sich aus den Marktwerten der Anteile an Unternehmen im Nichtbankenbereich von 22,0 Mrd € (siehe nachfolgende Tabelle), des übrigen Anteilsbesitzes von 2,8 Mrd € – im Wesentlichen unter 5 % – sowie der Schuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere von 36,1 Mrd €. Diesen Marktwerten standen Buchwerte von 36,1 Mrd € für Schuldverschreibungen und 6,2 Mrd € für Aktien sowie 0,3 Mrd € für Vorschaltgesellschaften gegenüber, so dass sich hieraus eine Kursreserve von 18,3 Mrd € (1998: 19,3 Mrd €) errechnete.

Wesentlicher Anteilsbesitz im Nichtbankenbereich ...

Vom Konzern Deutsche Bank gehaltene Anteile an Unternehmen im Nichtbankenbereich sind mit einer auf die Deutsche Bank durchgerechneten Anteilsquote von 5 % am Grundkapital der Gesellschaften als wesentlich zu bezeichnen. Es ergaben sich im Einzelnen die folgenden Marktwerte:

... börsennotierte Gesellschaften

	Anteil am Kapital in %	Marktwert 31.12.1999 in Mio €
Allianz AG*	7,0	5 675
BHS tabletop AG	28,9	7
Continental AG	7,9	197
DaimlerChrysler AG	11,9	9 219
Deutsche Participations AG Unternehmensbeteiligungsgesellschaft	15,0	49
Deutz AG	26,8	100
Heidelberger Zement AG	8,7	404
Philipp Holzmann AG	15,1	30
Leonische Drahtwerke AG	6,3	11
Linde AG	10,0	655
Metallgesellschaft AG	9,3	345
Motor-Columbus AG	9,9	93
Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG	9,6	4 342
Nürnberger Participations-AG**	26,4	300
Phoenix AG	10,0	19
Südzucker AG (Anteil am stimmberechtigten Kapital 12,9%)	10,1	192
VEW AG	6,2	318
Vossloh AG**	8,4	18
WMF Württembergische Metallwarenfabrik AG** (Anteil am stimmberechtigten Kapital 14,6%)	9,7	21
Insgesamt		21 995

... nicht börsennotierte
Gesellschaften

Clean Car AG	43,8
DIVACO AG & Co. KG (Anteil am stimmberechtigten Kapital 19,4%)	38,9
Gerling-Konzern Versicherungs-Beteiligungs-AG (Anteil am stimmberechtigten Kapital 24,9%)	30,0
Mannesmann Arcor AG & Co. KG	8,2
Tele Columbus GmbH	100,0

* inklusive im Handelsbestand gehaltener Anteile

** teilweise Kapitalanlagen von Versicherungsgesellschaften

Bei dem vorstehenden Anteilsbesitz verfolgen wir ausschließlich finanzielle Ziele und nehmen keinen Einfluss auf operative Entscheidungen. Aus diesem Grund sind die Anteile generell mit Anschaffungskosten bewertet.

**[35] Immaterielle
Vermögenswerte**

[35] IMMATERIELLE VERMÖGENSWERTE

in Mio €	Goodwill	Selbst erstellte Software	Sonstige Immaterielle Vermögenswerte
Anschaffungs-/ Herstellungskosten			
Stand 1.1.1999	2 203	562	33
Zugänge aus Erstkonsolidierung	7 122	–	69
Effekte aus Wechselkursänderungen	–	16	1
Zugänge	–	144	80
Umbuchungen	–	–	–
Abgänge	–	–	38
Stand 31.12.1999	9 325	722	145
Zuschreibungen im Berichtsjahr	–	–	0
Abschreibungen			
Stand 1.1.1999	756	279	8
Effekte aus Wechselkursänderungen	–	7	1
Laufende Abschreibungen	473	120	20
Außerordentliche Wertminderungen	–	–	0
Umbuchungen	–	–	–
Abgänge	–	–	8
Stand 31.12.1999	1 229	406	21
Buchwerte			
Stand 31.12.1998	1 447	283	24
Stand 31.12.1999	8 096	316	124

In den Zugängen des Goodwill aus Erstkonsolidierung waren insbesondere 6 759 Mio € aus dem Erwerb von Bankers Trust sowie 161 Mio € aus dem Kauf des zwischenzeitlich in Deutsche Bank S.A./N.V. umbenannten Crédit Lyonnais Belgium S.A., Brüssel, enthalten.

[36] Sachanlagen

[36] SACHANLAGEN

in Mio €	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Leasing- anlagen
Anschaffungs-/ Herstellungskosten			
Stand 1.1.1999	2 938	3 225	2 438
Zugänge aus Erstkonsolidierung	2 305	425	1 256
Effekte aus Wechselkursänderungen	41	147	182
Zugänge	130	878	978
Umbuchungen	–	–	–
Abgänge	586	469	950
Stand 31.12.1999	4 828	4 206	3 904
Zuschreibungen im Berichtsjahr	–	–	–
Abschreibungen			
Stand 1.1.1999	524	1 646	871
Effekte aus Wechselkursänderungen	1	64	0
Laufende Abschreibungen	152	626	441
Außerordentliche Wertminderungen	3	13	–
Umbuchungen	–	–	–
Abgänge	28	103	321
Stand 31.12.1999	652	2 246	991
Buchwerte			
Stand 31.12.1998	2 414	1 579*	1 567
Stand 31.12.1999	4 176	1 960	2 913

* 283 Mio € selbst erstellte Software, umgegliedert in Immaterielle Vermögenswerte

Grundstücke und Gebäude mit einem Buchwert von insgesamt 2 275 Mio € (1998: 1 700 Mio €) wurden im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzt.

Erträge aus der Vermietung von Sachanlagen beliefen sich im Geschäftsjahr auf 199 Mio € (1998: 59 Mio €).

Für Sachanlagen wurden Anzahlungen in Höhe von 43 Mio € (1998: 16 Mio €) geleistet.

Die künftig zu erhaltenden Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Leasingverhältnissen (Operating Lease) beliefen sich auf 2 122 Mio €.

[37] Kapitalanlagen der Versicherungsgesellschaften

Die Kapitalanlagen der Versicherungsgesellschaften gliederten sich wie folgt:

[37] KAPITALANLAGEN DER VERSICHERUNGSGESELLSCHAFTEN

in Mio €	Bilanzwert 31.12.1998	Zugänge	Um- buchungen	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanzwert 31.12.1999
Grundstücke und Gebäude	685	23	–	4	–	18	686
Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	132	46	–	31	–	–	147
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4 273	2 394	37	1 793	89	5	4 995
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1 230	4 477	–	4 120	1	12	1 576
Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen	7 035	1 906	–	1 095	–	–	7 846
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	1 581	985	–	296	0	0	2 270
Einlagen bei Kreditinstituten	265	659	–	538	–	–	386
Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Versicherungsnehmern	1 530	2 010	–	837	444	2	3 145
Sonstige	489	58	– 37	26	–	–	484
Insgesamt	17 220	12 558		8 740	534	37	21 535
Aufrechnungen	– 456						– 63
Kapitalanlagen nach Aufrechnung	16 764*						21 472

* nach Anpassung von 46 Mio € Wechselkursänderungen

In den Kapitalanlagen der Versicherungsgesellschaften waren Anlagen bei konsolidierten verbundenen Unternehmen in Höhe von 1 195 Mio € (1998: 825 Mio €, einschließlich aufgerechneter Namensschuldverschreibungen in Höhe von 432 Mio €) enthalten. Die Aufrechnungen 1999 betrafen ausschließlich die im Rahmen der Kapitalkonsolidierung zu berücksichtigenden Anteile an konsolidierten Unternehmen.

[38] Ertragsteueransprüche

[38] ERTRAGSTEUERANSPRÜCHE

in Mio €	31.12.1999	31.12.1998
Tatsächliche Steuern	1 896	1 300
Latente Steuern	5 381	1 450
Insgesamt	7 277	2 750

Die latenten Steueransprüche ergaben sich nach vorzunehmender Aufrechnung mit den entsprechenden latenten Steuerverpflichtungen.

Vor Saldierung verteilen sich die latenten Steueransprüche auf folgende Bilanzpositionen und Sachverhalte:

in Mio €	31.12.1999	31.12.1998
Finanzanlagen	606	156
Sachanlagen	513	240
Finanzierungsleasing	1 250	1 478
Sonstige Aktiva	1 495	88
Steuerliche Verlustvorträge	942	548
Risikovorsorge	361	180
Pensionsrückstellungen	694	725
Sonstige Rückstellungen	425	392
Handelsaktiva/-passiva	2 013	168
Sonstige Passiva	80	264
Latente Steueransprüche (brutto)	8 379	4 239

Für zeitlich unbefristete steuerliche Verlustvorträge in Höhe von 978 Mio € (1998: 215 Mio €) und für noch nicht genutzte steuerliche Vergünstigungen von 442 Mio € wurden keine latenten Steuern angesetzt, da nicht hinreichend sicher ist, dass zukünftig Erträge zur Nutzung dieses Steuerpotenzials zur Verfügung stehen. Neue Erkenntnisse in zukünftigen Geschäftsjahren können eine Anpassung der latenten Steueransprüche erfordern.

[39] Sonstige Aktiva

[39] SONSTIGE AKTIVA		
in Mio €	31.12.1999	31.12.1998
Sonstige Vermögensgegenstände	4 926	2 511
Sonstige Aktiva der Versicherungsgesellschaften	1 137	950
Rechnungsabgrenzungsposten	2 409	1 509
Insgesamt	8 472	4 970

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände enthalten unter anderem Options- und Swap-Prämien, soweit sie nicht auf Handelsgeschäfte entfallen, Schecks, fällige Schuldverschreibungen sowie zum Einzug erhaltene Papiere.

Sonstige Aktiva der Versicherungsgesellschaften

In den Sonstigen Aktiva der Versicherungsgesellschaften sind vor allem Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft, laufende Guthaben bei Kreditinstituten sowie Zins- und Mietforderungen enthalten.

[40] Nachrangige Vermögensgegenstände

[40] NACHRANGIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE		
in Mio €	31.12.1999	31.12.1998
Forderungen an Kreditinstitute	61	5
Forderungen an Kunden	389	329
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	558	220
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	76	14
Kapitalanlagen der Versicherungsgesellschaften	538	555
Insgesamt	1 622	1 123

[41] Pensionsgeschäfte

Zum 31.12.1999 betrug der Buchwert der in der Bilanz ausgewiesenen und in Pension gegebenen Vermögensgegenstände 23 619 Mio € (1998: 31 802 Mio €).

[42] Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

[42] VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN				
zum 31.12. in Mio €	Inländische Kreditinstitute		Ausländische Kreditinstitute	
	1999	1998*	1999	1998*
Täglich fällig	8 480	4 638	36 406	56 149
Mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	16 220	20 533	113 549	69 712
Insgesamt	24 700	25 171	149 955	125 861

* Vergleichszahlen angepasst wegen Umgliederung der Short-Positionen in Handelspassiva

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten enthielten begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe in Höhe von 989 Mio € (1998: 911 Mio €), begebene Öffentliche Namenspfandbriefe in Höhe von 614 Mio € (1998: 629 Mio €) sowie durch Wertpapiere unterlegte Gelder in Höhe von 49 665 Mio €.

[43] Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Spareinlagen und Bauspareinlagen

zum 31.12. in Mio €	Spareinlagen				Bauspareinlagen	
	mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		1999	1998
	1999	1998	1999	1998		
Inländische Kunden	7 218	7 173	12 256	12 881	2 375	2 105
Unternehmen und Finanzinstitute	10	11	16	18	–	45
Privat- und Geschäftskunden	7 174	7 130	12 132	12 732	2 375	2 038
Öffentliche Haushalte	3	3	4	6	–	19
Sonstige	31	29	104	125	–	3
Ausländische Kunden	3 763	964	1 269	1 373	–	20
Unternehmen und Finanzinstitute	6	0	1	1	–	0
Privat- und Geschäftskunden	3 749	963	1 266	1 367	–	20
Öffentliche Haushalte	1	0	0	0	–	–
Sonstige	7	1	2	5	–	–
Insgesamt	10 981	8 137	13 525	14 254	2 375	2 125

Andere Verbindlichkeiten

zum 31.12. in Mio €	Andere Verbindlichkeiten			
	täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	
	1999	1998*	1999	1998
Inländische Kunden	33 864	30 286	46 237	43 410
Unternehmen und Finanzinstitute	18 776	16 785	32 821	29 088
Privat- und Geschäftskunden	14 279	12 757	11 883	12 302
Öffentliche Haushalte	309	283	750	790
Sonstige	500	461	783	1 230
Ausländische Kunden	82 872	56 805	101 188	74 191
Unternehmen und Finanzinstitute	74 032	50 605	84 418	62 675
Privat- und Geschäftskunden	8 053	5 267	10 062	7 007
Öffentliche Haushalte	619	743	6 346	4 336
Sonstige	168	190	362	173
Insgesamt	116 736	87 091	147 425	117 601

* Vergleichszahlen angepasst wegen Umgliederung der Short-Positionen in Handelspassiva

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden waren 7 959 Mio € begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe (1998: 8 051 Mio €), 4 536 Mio € begebene Öffentliche Namenspfandbriefe (1998: 5 422 Mio €) sowie 57 653 Mio € durch Wertpapiere unterlegte Gelder enthalten.

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

zum 31.12. in Mio €	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	1999	1998	1999	1998
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	185	23	114	492
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	418	392	836	790
Sonstige Passiva der Versicherungsgesellschaften	1	11	–	–
Eventualverbindlichkeiten	173	45	20	21

[44] Verbriefte Verbindlichkeiten

[44] VERBRIEFTE VERBINDLICHKEITEN			
in Mio €	31.12.1999		31.12.1998
Begebene Schuldverschreibungen	88 004		64 239
Begebene Geldmarktpapiere	64 319		32 640
Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	2 404		764
Sonstige	9 333		5 304
Insgesamt	164 060		102 947
davon:			
Hypothekenpfandbriefe	9 915		9 464
Öffentliche Pfandbriefe	29 557		25 584

[45] Handelspassiva

Die Handelspassiva enthielten die Negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, soweit sie nicht im Rahmen des Netting mit Positiven Marktwerten aus Handelsaktiva verrechnet wurden, in Höhe von 65 675 Mio € (1998: 40 750 Mio €) sowie Short-Positionen in Höhe von 57 593 Mio € (1998: 40 805 Mio €).

[46] Rückstellungen

[46] RÜCKSTELLUNGEN

in Mio €	31.12.1999	31.12.1998
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4 174	3 855
Versicherungstechnische Rückstellungen	20 361	16 434
Restrukturierungsrückstellung	974	546
Sonstige Rückstellungen	6 246	3 763
Insgesamt	31 755	24 598

Pensionsverpflichtungen

Die Gesellschaften des Konzerns Deutsche Bank gewähren dem Großteil ihrer Mitarbeiter Leistungen der betrieblichen Altersversorgung. Die Pensionspläne sind teils beitrags-, überwiegend jedoch leistungsdefiniert. Beide Arten von Plänen sind gehaltsabhängig. Die nach den leistungsdefinierten Pensionsplänen vorgesehenen Leistungen hängen darüber hinaus in aller Regel von der Dauer der Konzernzugehörigkeit ab.

Die Versorgungsleistungen der Mitarbeiter werden bei den inländischen Gesellschaften überwiegend intern, bei den ausländischen extern – teils über Fonds – finanziert. In externen Fonds vorhandenes Vermögen (Planvermögen) wird mit dem Marktwert (Fair Value) bewertet.

Die leistungsdefinierten Pensionspläne werden im Jahresabschluss nach folgenden Grundsätzen berücksichtigt:

Der Verpflichtungsumfang wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen bestimmt, wie sie in IAS 19 (revised 1998) des International Accounting Standards Committee (IASC) festgelegt sind. Danach ist das so genannte laufende Einmalprämienverfahren (Projected Unit Credit Method) zur Bewertung der Verpflichtungen und zur Ermittlung der Aufwendungen anzuwenden. Der Sollwert der Pensionsverpflichtung ist der Barwert der zum Bewertungsstichtag erworbenen Pensionsansprüche (Present Value of the Defined Benefit Obligation).

Die Höhe der Rückstellung des aktuellen Geschäftsjahres ergibt sich aus der Rückstellung des Vorjahres zuzüglich des zum Beginn des Geschäftsjahres ermittelten Pensionsaufwands abzüglich der baren Belastungen des aktuellen Geschäftsjahres.

Im Zusammenhang mit den Pensionsplänen entstehende Gewinne beziehungsweise Verluste beruhen unter anderem auf nicht planmäßigem

Risikoverlauf (Abweichung der tatsächlichen von den erwarteten Invaliditäts- oder Todesfällen), Änderung der Berechnungsparameter (insbesondere Rechnungszinsfuß, Anwartschafts- und Rentendynamik) sowie unerwarteten Vermögensgewinnen beziehungsweise -verlusten beim Planvermögen. Diese Gewinne beziehungsweise Verluste werden so lange nicht erfolgswirksam berücksichtigt, bis die aufgelaufenen beziehungsweise ungetilgten Beträge 10 % des Maximums aus dem Sollwert der Pensionsverpflichtungen und dem Planvermögen übersteigen (Korridorverfahren).

Hieraus resultiert folgender Finanzierungsstatus:

Finanzierungsstatus

in Mio €	
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (4 174 Mio €) abzüglich aktivierter Überdotierung des Planvermögens (540 Mio €) zum 31.12.1999	3 634
Noch nicht amortisierter Gewinn (-)/Verlust (+)	- 308
Marktwert des Planvermögens	+ 2 292
Sollwert der Pensionsverpflichtungen zum 31.12.1999	5 618

Das Planvermögen hat sich dabei wie folgt entwickelt:

Entwicklung des Planvermögens

in Mio €	
Marktwert des Planvermögens zum 1.1.1999	794
Zugänge des Planvermögens aus Erstkonsolidierungen	+ 1 051
Wechselkursveränderungen	+ 131
Tatsächliche Erträge aus Planvermögen	+ 319
Zuwendungen zum Planvermögen	+ 57
Gezahlte Versorgungsleistungen aus dem Planvermögen	- 59
Auswirkungen von Abfindungen beziehungsweise Übertragungen	- 1
Marktwert des Planvermögens zum 31.12.1999	2 292

Entwicklung der Pensionsrückstellungen

Die Entwicklung der Rückstellungen für die leistungsdefinierten Pensionspläne und der in der Gewinn- und Verlustrechnung erfassten Aufwendungen und Erträge im Geschäftsjahr ist in folgender Übersicht dargestellt:

in Mio €	
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen zum 1.1.1999	3 855
Zugänge der Rückstellungen für Pensionen (103 Mio €) abzüglich aktivierter Überdotierung des Planvermögens (447 Mio €) aus Erstkonsolidierungen	- 344
Effekte aus Wechselkursänderungen	- 3
Laufender Dienstzeitaufwand für die im Geschäftsjahr erworbenen Pensionsansprüche	+ 241
Zinsaufwand	+ 277
Erwarteter Ertrag aus Planvermögen	- 188
Auswirkungen von Abfindungen beziehungsweise Übertragungen	+ 4
Versorgungsleistungen des Unternehmens	- 151
Zuwendungen zum Planvermögen	- 57
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (4 174 Mio €) abzüglich aktivierter Überdotierung des Planvermögens (540 Mio €) zum 31.12.1999	3 634

Bei der versicherungsmathematischen Bewertung der Verpflichtungen wurden Parameter verwendet, die den jeweiligen lokalen ökonomischen Bedingungen der Konzernunternehmen entsprechen.

Maßgebliche Bandbreiten

Rechnungszinsfuß	4,5% bis 7,8%
Anwartschafts-/Gehaltsdynamik	2,5% bis 5,0%
Rentendynamik	bis 2,8%

Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden jeweils aktuelle versicherungsmathematisch abgeleitete Wahrscheinlichkeiten verwendet. Ferner wurden Fluktuationswahrscheinlichkeiten in Abhängigkeit von Alter und Dienstjahren berücksichtigt.

Die Aufwendungen für die beitragsdefinierten Pensionspläne betragen im Geschäftsjahr 99 Mio €.

Versicherungstechnische Rückstellungen

in Mio €	31.12.1999	31.12.1998
Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung*	3 735	869
Andere versicherungstechnische Rückstellungen		
Deckungsrückstellung	14 623	13 929
Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	216	207
Rückstellung für Beitragsrückerstattung	1 143	1 076
Übrige Rückstellungen	644	353
Insgesamt	20 361	16 434

* soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird

Die Versicherungstechnischen Rückstellungen stellen die Verpflichtungen des Versicherungsunternehmens gegenüber Versicherungsnehmern und Anspruchsberechtigten dar und sind durch Kapitalanlagen auf der Aktivseite der Bilanz zu unterlegen.

Restrukturierungsrückstellung

Die Restrukturierungsrückstellung entwickelte sich im Geschäftsjahr 1999, gegliedert nach Maßnahmenprogrammen, wie folgt:

in Mio €	Strategische Neuausrichtung des Konzerns	Integration Bankers Trust	Andere Restrukturierungsprogramme	Insgesamt
Stand zum 1.1.1999	553*	–	–	553
Zuführung im Berichtsjahr	59	1 161	234	1 454
Zweckbestimmte Verwendung für				
Personalmaßnahmen	136	620	–	756
Infrastrukturmaßnahmen	61	95	–	156
Auflösung	121	–	–	121
Stand zum 31.12.1999	294	446	234	974

* nach Anpassung von 7 Mio € Effekten aus Wechselkursänderungen

Die Personalmaßnahmen umfassen Beendigungen von Arbeitsverhältnissen mittels Aufhebungsverträgen, Vorruhestandsvereinbarungen und Altersteilzeitverträgen.

Strategische Neuausrichtung des Konzerns

Unter Infrastrukturmaßnahmen fallen insbesondere Abmiet- und Rückbaukosten wegen aufgegebenen Geschäftsräume sowie Abschreibungen auf Hard- und Software, für die nach Restrukturierung von Prozessen beziehungsweise Aufgabe der jeweiligen Bereiche keine Verwendung mehr besteht.

Im Konzernabschluss 1997 wurde für das Programm zur Strategischen Neuausrichtung des Konzerns für die bis zum Ende des Jahres 2000 umzusetzenden Maßnahmen ein Betrag von 915 Mio €, davon 0,7 Mrd € für Personalmaßnahmen und 0,2 Mrd € für Infrastrukturmaßnahmen, zurückgestellt.

Von diesem Betrag wurden im Geschäftsjahr 1998 bereits rund 369 Mio € zweckbestimmt verwendet. Danach standen unter Berücksichtigung von 7 Mio € Effekten aus Wechselkursänderungen für die Jahre 1999 und 2000 noch 553 Mio € für die Umsetzung der noch ausstehenden Maßnahmen zur Verfügung.

Im Geschäftsjahr 1999 waren Zuführungen in Höhe von 59 Mio € aufgrund festgestellter zusätzlicher Kosten zur Umsetzung der seinerzeit geplanten Maßnahmen im Zusammenhang mit der Restrukturierung insbesondere im Unternehmensbereich Privat- und Geschäftskunden notwendig. Diese Kosten konnten bei der ursprünglichen Rückstellungsbildung noch nicht berücksichtigt werden, da die Höhe dieser Kosten zu diesem Zeitpunkt noch nicht konkret und zuverlässig genug bestimmt werden konnte.

Integration von Bankers Trust

Durch die Erstkonsolidierung von Bankers Trust stiegen die Restrukturierungsrückstellungen um 630 Mio €, die Goodwill-wirksam berücksichtigt wurden. Darüber hinaus wurden 531 Mio € aufwandswirksam für Restrukturierungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Akquisition von Bankers Trust neu gebildet. Von dem Gesamtbetrag von 1,2 Mrd € sind 0,9 Mrd € für Personalmaßnahmen vorgesehen und 0,3 Mrd € für Infrastrukturmaßnahmen berücksichtigt.

Mit der Umsetzung der Maßnahmen wurde bereits im zweiten Halbjahr 1999 begonnen; 715 Mio € wurden ihrer zweckbestimmten

Verwendung zugeführt. Der verbleibende Betrag von 446 Mio € ist für die noch bis zum Ende des Jahres 2000 umzusetzenden Maßnahmen zurückgestellt.

Andere Restrukturierungsprogramme

Unter diesem Posten sind insbesondere die Restrukturierungsrückstellungen für die Restrukturierung der Vertriebsplattform im Rahmen der Ausgründung des Retail Banking sowie bestimmte Restrukturierungsmaßnahmen im Bereich Global Technology and Services und im Bereich Unternehmen und Immobilien zusammengefasst. Die Umsetzung dieser Programme ist für das Jahr 2000 vorgesehen.

Sonstige Rückstellungen

Der Anstieg der Sonstigen Rückstellungen ist im Wesentlichen auf höhere, noch nicht gezahlte erfolgsabhängige Vergütungen zurückzuführen. Darüber hinaus sind in dieser Position weitere Rückstellungen für Leistungen im Personalbereich sowie für Prozessrisiken enthalten.

[47] Ertragsteuerverpflichtungen

Die Steuerverpflichtungen für tatsächliche Steuern betreffen gegenwärtige Nachzahlungen gegenüber Öffentlichen Haushalten. Nach Aufrechnung mit entsprechenden latenten Steueransprüchen wurden die latenten Steuerverpflichtungen mit 4344 Mio € ausgewiesen.

Steuerverpflichtungen

Die latenten Steuern sind zukünftige Steuerbelastungen, die sich – vor Saldierung – aus der Auflösung von Wertunterschieden in den folgenden Bilanzposten ergaben:

in Mio €	31.12.1999	31.12.1998
Finanzierungsleasing	1 578	1 640
Handelsaktiva/-passiva	1 008	1 291
Finanzanlagen	383	330
Sachanlagen	528	495
Sonstige Passiva	3 845	885
Latente Steuerverpflichtungen (brutto)	7 342	4 641

Auf einbehaltene Gewinne der Tochtergesellschaften in Höhe von 1 327 Mio € (1998: 1 463 Mio €) sind latente Steuerverpflichtungen nicht

ermittelt worden, da dies mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand verbunden gewesen wäre.

in Mio €	31.12.1999	31.12.1998
Tatsächliche Steuern	3 508	2 473
Latente Steuern	4 344	1 852
Insgesamt	7 852	4 325

[48] Sonstige Passiva

[48] SONSTIGE PASSIVA		
in Mio €	31.12.1999	31.12.1998
Rechnungsabgrenzungsposten	2 146	2 544
Sonstige Verbindlichkeiten	3 745	4 041
Sonstige Passiva der Versicherungsgesellschaften	1 814	1 257
Insgesamt	7 705	7 842

Sonstige Verbindlichkeiten

Sonstige Verbindlichkeiten enthalten unter anderem abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsanteile für das Nachrangkapital sowie abzuführende Steuern. Der im Zusammenhang mit dem Leasinggeschäft stehende Teil der Sonstigen Verbindlichkeiten belief sich auf 36 Mio € (1998: 61 Mio €).

Sonstige Passiva der Versicherungsgesellschaften

In den Sonstigen Passiva der Versicherungsgesellschaften sind vor allem Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern enthalten.

[49] Nachrangkapital

[49] NACHRANGKAPITAL		
in Mio €	31.12.1999	31.12.1998
Nachrangige Verbindlichkeiten	11 028	5 194
Genussrechtskapital	1 380	1 380
Einlagen stiller Gesellschafter	713	612
Hybride Kapitalinstrumente	2 383	–
Insgesamt	15 504	7 186

Wesentliche Nachrangige
Verbindlichkeiten

Betrag	Emittent/Art	Zinssatz	Fälligkeit
DM 600 000 000,-	Deutsche Bank AG Inhaber- Teilschuldverschreibungen (Serie 2) von 1990 mit Optionsschein	8,00%	11.4.2000
DM 600 000 000,-	Deutsche Finance (Netherlands) B.V., Amsterdam, Anleihe von 1992	8,04%	6.2.2002
DM 500 000 000,-	Deutsche Finance (Netherlands) B.V., Amsterdam, Anleihe von 1992	8,165%	6.5.2002
DM 2 000 000 000,-	Deutsche Finance (Netherlands) B.V., Amsterdam, Anleihe von 1993	7,54%	10.2.2003
US-\$ 1 100 000 000,-	Deutsche Bank Financial Inc., Dover/USA, „Yankee“-Bond von 1996	6,70%	13.12.2006
US-\$ 550 000 000,-	Deutsche Bank Financial Inc., Dover/USA, Medium Term Note von 1999	7,50%	25.4.2009
US-\$ 300 000 000,-	BT Institutional Capital Trust A, Wilmington/USA, Floating Rate Note	8,09%	1.12.2026

Für die obigen Nachrangigen Mittelaufnahmen besteht in keinem Fall eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung durch die Emittenten. Im Falle der Liquidation, des Konkurses, des Vergleichs oder eines sonstigen Verfahrens zur Vermeidung des Konkurses gehen die Forderungen und Zinsansprüche aus diesen Verbindlichkeiten den Forderungen aller Gläubiger der Emittenten, die nicht ebenfalls nachrangig sind, nach. Diese Bedingungen gelten auch für die nicht einzeln aufgeführten Nachrangigen Mittelaufnahmen.

Die Zinsaufwendungen für die gesamten Nachrangigen Verbindlichkeiten betragen 746 Mio € (1998: 356 Mio €). Hierin enthaltene abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 238 Mio € (1998: 173 Mio €) sind unter den Sonstigen Verbindlichkeiten innerhalb der Position der Sonstigen Passiva ausgewiesen.

Genussrechtskapital

Das begebene Genussrechtskapital setzt sich aus den nachfolgenden Emissionen zusammen:

- 1,2 Mrd DM Inhaber-Optionsgenussscheine von 1991, deren Laufzeit am 31.12.2002 endet. Die Rückzahlung erfolgt, vorbehaltlich der Bestimmungen über die Teilnahme am Verlust, am 30.6.2003. Der Genussschein gewährt eine dem Gewinnanteil der Aktionäre vorgehende jährliche Ausschüttung von 9 % des Nennbetrags.
- 1,5 Mrd DM Inhaber-Optionsgenussscheine von 1992, deren Laufzeit am 31.12.2003 endet. Die Rückzahlung erfolgt, vorbehaltlich der Bestimmungen über die Teilnahme am Verlust, am 30.6.2004. Der Genussschein gewährt eine dem Gewinnanteil der Aktionäre vorgehende jährliche Ausschüttung von 8,75 % des Nennbetrags.

Zinsen auf das Genussrechtskapital für 1999 in Höhe von insgesamt 122 Mio € (1998: 122 Mio €) sind unter den Sonstigen Verbindlichkeiten (Sonstige Passiva) ausgewiesen.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 17.5.1999 ermächtigt, bis zum 30.4.2004 einmalig oder mehrmals Options- beziehungsweise Wandelgenussscheine, Optionsschuldverschreibungen und Wandelschuldverschreibungen bis zu insgesamt 2,5 Mrd € auszugeben; hierfür steht ein bedingtes Kapital von 80 000 000 € zur Verfügung.

Daneben hat die Hauptversammlung am 20.5.1997 den Vorstand ermächtigt, bis zum 30.4.2002 einmalig oder mehrmals Options- beziehungsweise Wandelgenussscheine, Optionsschuldverschreibungen und Wandelschuldverschreibungen bis zu insgesamt 3 Mrd DM auszugeben; hierfür steht ein bedingtes Kapital von 153 600 000 € zur Verfügung.

Einlagen stiller Gesellschafter

Die Stille Einlage bei der Deutschen Bank Luxembourg S.A. besteht aus zwei Tranchen mit einem Gesamtvolumen von 715 Mio US-\$:

- 340 Mio US-\$ mit einer dem Gewinnanteil der Aktionäre vorgehenden nicht kumulativen jährlichen Gewinnbeteiligung von 6,825 % des Nennbetrags. Die Rückzahlung erfolgt, vorbehaltlich der Bestimmungen über die Teilnahme am Verlust, am 28.12.2007.

- 375 Mio US-\$ mit variabler Gewinnbeteiligung, basierend auf dem 12-Monats-Libor, zuzüglich 0,80 %, bezogen auf den Nennbetrag. Die nicht kumulative Gewinnbeteiligung geht dem Gewinnanteil der Aktionäre vor; die Rückzahlung erfolgt, vorbehaltlich der Bestimmungen über die Teilnahme am Verlust, am 28.12.2007.

Die Zinsaufwendungen für die Stille Einlage insgesamt beliefen sich auf umgerechnet 38 Mio € (1998: 39 Mio €); hierin enthaltene abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 0,5 Mio € sind unter den Sonstigen Verbindlichkeiten (Sonstige Passiva) ausgewiesen.

Hybride Kapitalinstrumente

Über Konzerngesellschaften in Wilmington/USA wurden acht Emissionen innovativer Kapitalinstrumente (Trust Preferred Securities) mit einem Nominalvolumen von insgesamt 1 693 Mio US-\$, 500 Mio € und 20 Mrd Yen begeben, die zum Kernkapital der Gruppe zählen. Es handelt sich um nicht kumulative Wertpapiere mit festen und variablen Zinssätzen und unbegrenzter Laufzeit, wobei der jeweiligen Emittentin nach Ablauf individueller Fristen (zwischen 5 und 30 Jahren) ein Kündigungsrecht eingeräumt ist. Wird von dem Kündigungsrecht nicht Gebrauch gemacht, ist für bestimmte Emissionen ein Zinszuschlag vorgesehen.

Die Zinsaufwendungen für diese innovativen Kapitalinstrumente beliefen sich auf insgesamt umgerechnet 93 Mio €. Die darin enthaltenen abgegrenzten und noch nicht fälligen Zinsen in Höhe von 0,2 Mio € sind unter den Sonstigen Verbindlichkeiten (Sonstige Passiva) ausgewiesen.

[50] Eigenkapital

Entwicklung des Gezeichneten, Genehmigten und Bedingten Kapitals

Die Tabelle zeigt die Entwicklung des Gezeichneten, Genehmigten sowie Bedingten Kapitals:

in €	Gezeichnetes Kapital	Genehmigtes Kapital	Genehmigtes Kapital unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre	Bedingtes Kapital
Stand 31.12.1998	1 362 555 063,58	434 598 099,02	11 916 764,24	230 081 346,54
Ausgabe von Belegschaftsaktien	4 864 189,44		- 4 864 189,44	
Erhöhung gemäß Hauptversammlungsbeschlüsse vom 17.5.1999		300 000 000,—		120 000 000,—
Kapitalerhöhung 1999	203 129 188,12	- 203 129 188,12		
Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	2 168 410,06			
Anpassung des Bedingten Kapitals gem. § 218 AktG				318 653,46
Stand 31.12.1999	1 572 716 851,20	531 468 910,90	7 052 574,80	350 400 000,—

Das Gezeichnete Kapital ist eingeteilt in Stückaktien. Die am Anfang des Berichtsjahres im Umlauf befindlichen 532 985 214 Aktien haben sich 1999 durch die Kapitalerhöhung im April (Stück 79 457 232 Aktien) beziehungsweise durch Ausgabe von 1 900 074 Belegschaftsaktien im November auf 614 342 520 Aktien per 31.12.1999 erhöht. 1999 betrug die durchschnittliche Zahl umlaufender Aktien 586 115 042 Stück (1998: 532 428 841 Stück). Der durch Umstellung des Gezeichneten Kapitals auf Euro entstandene krumme Eurobetrag für den rechnerischen Wert je Stückaktie wurde durch eine Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln geglättet; danach entfällt auf jede Stückaktie ein Anteil am Grundkapital von 2,56 €.

Ermächtigungen der Hauptversammlung

Die Hauptversammlung hat dem Vorstand insgesamt vier unterschiedlich ausgestaltete Ermächtigungen erteilt, das Grundkapital mit Zustimmung

des Aufsichtsrats durch die Ausgabe neuer Aktien zu erhöhen (genehmigte Kapitalia), und zwar

- bis zum 30. April 2002 gegen Geldeinlagen um bis zu insgesamt 255 645 940,60 € unter Einräumung eines Bezugsrechts an die Aktionäre (HV-Beschluss vom 20.5.1997); von dieser Ermächtigung wurde in Höhe von 152 000 000 € durch Ausgabe von 59 457 232 Stückaktien Gebrauch gemacht, so dass dieses genehmigte Kapital nunmehr nur noch 103 645 940,60 € beträgt;
- bis zum 30. April 2003 gegen Geld- oder Sacheinlagen um bis zu insgesamt 127 822 970,30 €, wobei den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen ist; das Bezugsrecht kann jedoch ausgeschlossen werden, wenn eine Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zwecke des Erwerbs von Unternehmen oder von Beteiligungen an Unternehmen erfolgt (HV-Beschluss vom 20.5.1998);
- bis zum 30. April 2004 gegen Geldeinlagen um weitere 50 000 000 €; das grundsätzlich bestehende Bezugsrecht der Aktionäre kann ausgeschlossen werden, wenn der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabepreises nicht wesentlich unterschreitet (HV-Beschluss vom 17.5.1999);
- bis zum 30. April 2004 gegen Geldeinlagen um bis zu insgesamt 250 000 000 € (HV-Beschluss vom 17.5.1999).

In allen Fällen kann das Bezugsrecht für Spitzenbeträge sowie zur Gewährung von Bezugsrechten an Inhaber ausgegebener Optionsscheine oder Wandelschuldverschreibungen ausgeschlossen werden.

Darüber hinaus enthält die Satzung noch drei Ermächtigungen zur Ausgabe von Aktien beziehungsweise Optionen an Mitarbeiter der Deutschen Bank.

Das mit Hauptversammlungsbeschluss vom 28. Mai 1996 eingeräumte, noch in Höhe von 7 052 574,80 € valutierende Genehmigte Kapital, bei dem das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen ist, ist für die Ausgabe von Belegschaftsaktien vorgesehen.

Aufgrund einer Ermächtigung vom 17. Mai 1999 kann der Vorstand neben Belegschaftsaktien allen Arbeitnehmern der Gesellschaft und der mit ihr verbundenen Unternehmen unübertragbare Optionen zum Bezug von Aktien nach im Einzelnen festgelegten Bedingungen gewähren. Hierzu wurde das Grundkapital um 40 000 000 €, eingeteilt in bis zu 15 625 000 Stückaktien, bedingt erhöht.

Darüber hinaus kann der Vorstand auf der Grundlage der Ermächtigung vom 20. Mai 1998 bis zum 10. Mai 2003 verzinsliche Wandelschuldverschreibungen an Führungskräfte ausgeben. In diesem Zusammenhang wurde das Kapital um 76 800 000 € bedingt erhöht. Die Ermächtigung wurde 1999 in einer zweiten Tranche durch Ausgabe einer 3%-Namens-Wandelanleihe (Endfälligkeit 2002) mit einem Gesamtnennbetrag von 28 424 000,- DM teilweise ausgenutzt. Die Anleihegläubiger haben das Recht, ihre Wandelschuldverschreibungen in neue Stückaktien der Deutschen Bank AG umzutauschen. Je Schuldverschreibung im Nennbetrag von 1 000,- DM werden 200 Aktien gewährt. Im Falle der Ausübung des Wandlungsrechts ist für den Erwerb einer Aktie eine Barzahlung in Höhe des Betrags zu leisten, um den der Wandlungspreis den entsprechenden Nennbetrag der zu wandelnden Schuldverschreibung übersteigt. Der Wandlungspreis wird nach bereits heute festgelegten Kriterien unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Geschäftsjahre 1999 bis 2001 errechnet.

Eigene Aktien

Am Jahresende 1999 hatten die Deutsche Bank AG beziehungsweise mit ihr verbundene Unternehmen keine Deutsche Bank-Aktien im Bestand. Der Deutschen Bank AG und den mit ihr verbundenen Unternehmen waren 1 718 461 Stück Deutsche Bank-Aktien am 31.12.1999 als Kreditsicherheit verpfändet (1998: 3 996 047 Stück); das sind 0,28 % (1998: 0,75 %) des Grundkapitals.

Bankaufsichtsrechtliches Eigenkapital und Kapitalquoten

Das auf der Grundlage von IAS berechnete bankaufsichtsrechtliche Eigenkapital gemäß BIZ in Höhe von 35 172 Mio € (1998: 29 343 Mio €) setzte sich aus 17 338 Mio € Kernkapital, 17 338 Mio € Ergänzungskapital sowie 496 Mio € anrechenbaren Drittrangmitteln zusammen. Bezogen auf

292 621 Mio € Risikopositionen (1998: 254 192 Mio €) ergeben sich danach eine BIZ-Eigenkapitalquote von 12,0 % (1998: 11,5 %) und eine Kernkapitalquote von 5,9 % (1998: 6,3 %).

Kern- und Ergänzungskapital

Im Einzelnen stellen sich die Komponenten des Kern- und Ergänzungskapitals nach bankaufsichtsrechtlichem Konsolidierungskreis am Jahresende 1999 wie folgt dar:

in Mio € Kernkapital	31.12.1999	Ergänzungskapital	31.12.1999
Gezeichnetes Kapital	1 573	Nicht realisierte Reserven in notierten Wertpapieren (zu 45 % angerechnet)	7 323
Kapitalrücklage	10 438	Pauschalwertberichtigungen	830
Gewinnrücklagen einschließlich Konzerngewinn (ohne Fremdan- teile am Gewinn)	11 136	Kumulative Vorzugspapiere, Genussrechtskapital	3 180
Anteile in Fremdbesitz	877	Nachrangige Verbindlichkeiten, sofern nach BIZ anrechenbar	6 955
Hybride Kapitalinstrumente	2 383		
Einlagen stiller Gesellschafter	713		
Abzugsposten*	– 9 782		
Insgesamt	17 338	Insgesamt	(18 288)
		anrechenbar maximal in Höhe des Kernkapitals	17 338
		überschüssiges Ergänzungskapital	950
		davon anrechenbar als Drittangmittel für die Unterlegung von Marktrisikopositionen	496

* im Wesentlichen noch nicht abgeschriebener Goodwill, vorgesehene Dividende, Anpassungen wegen bankaufsichtsrechtlich abweichenden Konsolidierungskreises, in den Anteilen in Fremdbesitz enthaltene kumulative Vorzugspapiere

Zum bankaufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreis zählen alle Kredit-, Finanzdienstleistungs- und Finanzunternehmen sowie Unternehmen mit bankbezogenen Hilfsdiensten des Konzerns Deutsche Bank; nicht enthalten sind unter anderem Versicherungsunternehmen, Kapitalanlagegesellschaften sowie Unternehmen außerhalb des Finanzsektors.

[51] Stand und Entwicklung der Zahlungsmittel

Angaben zur Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung stellt neben Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung und Notes einen weiteren Pflichtbestandteil eines Konzernabschlusses nach IAS dar. Sie gibt Auskunft über Stand und Entwicklung der Zahlungsmittel des Konzerns, getrennt nach den Bereichen „operative Geschäftstätigkeit“, „Investitionstätigkeit“ und „Finanzierungstätigkeit“. Bei der Erstellung sind neben dem branchenübergreifenden Standard, IAS 7, auch die aus dem bankspezifischen Deutschen Rechnungslegungs Standard, DRS 2-10, resultierenden Angabepflichten berücksichtigt.

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand umfasst in enger Abgrenzung den Kassenbestand, die Guthaben bei Zentralnotenbanken sowie die Schuldtitel Öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind.

Die Zuordnung von Zahlungsströmen zur operativen Geschäftstätigkeit erfolgt in Anlehnung an die Abgrenzung des Ergebnisses aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Der Cash Flow aus Investitionstätigkeit resultiert im Wesentlichen aus den Ein- und Auszahlungen aus der Veräußerung beziehungsweise dem Erwerb von Finanzanlagen und Sachanlagen. Bei der Ermittlung des Mittelflusses aus der Finanzierungstätigkeit wird ausschließlich die Beziehung zu den Eigenkapitalgebern berücksichtigt. Die Beziehung zu den Fremdkapitalgebern gehört zum operativen Geschäft der Bank und wird entsprechend im Rahmen der Ermittlung des Cash Flows aus operativer Geschäftstätigkeit dargestellt.

Die Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten enthält die Positiven und Negativen Marktwerte aus derivativen Instrumenten, die Nettozuführungen zu den latenten Steuern, die Veränderung der Steuererstattungsansprüche sowie die konzernfremden Gesellschaftern zustehenden Gewinne (netto).

Zum Erwerb von Anteilen an vollkonsolidierten Unternehmen sowie wirtschaftlich selbstständiger Unternehmen wurden im laufenden Geschäftsjahr netto 5 272 Mio € (1998: 248 Mio €) aufgewandt. Es handelt sich dabei insbesondere um die Akquisition der Bankers Trust Corporation,

New York, und des zwischenzeitlich in Deutsche Bank S.A./N.V. umbenannten Crédit Lyonnais Belgium S.A., Brüssel. Aus der Veräußerung von Anteilen an vollkonsolidierten Unternehmen flossen 1 Mio € zu. Durch Veränderungen des Konsolidierungskreises, insbesondere durch Bankers Trust, hat sich der Zahlungsmittelbestand um 3 746 Mio € erhöht.

Die wesentlichen Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten von erworbenen vollkonsolidierten Unternehmen setzen sich insgesamt wie folgt zusammen (nach Konsolidierung):

in Mrd €

Forderungen an Kunden	27
Handelsaktiva	29
Finanzanlagen	12
Sachanlagen	4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	35
Verbriefte Verbindlichkeiten	19
Handelsspassiva	17
Nachrangkapital	5
Bilanzsumme	82

Liquiditätsunwirksame Investitions- und Finanzierungstätigkeiten lagen nicht vor.

Sonstige Angaben

[52] Segmentberichterstattung Grundsätze der Segmentberichterstattung

Die Segmentberichterstattung umfasst neben zentralen Eckdaten des Geschäfts die Erfolgsrechnung des Konzerns nach Unternehmensbereichen. Als Basis dient das interne Berichtssystem „Unternehmensbereichsrechnung“, dem im Rahmen der divisionalen Führungsorganisation der Bank zentrale Bedeutung als Planungs-, Steuerungs- und Kontrollinstrument zukommt. Die Segmentabgrenzung erfolgt nach Business-Segmenten einerseits und nach Regionen andererseits.

Das Kriterium für die Segmentierung in Unternehmensbereiche ist die gültige Organisationsstruktur des Konzerns Deutsche Bank nach Integration von Bankers Trust. Dabei werden die Segmente so dargestellt, als ob sie rechtlich eigenständige Einheiten mit eigenem Kapital wären. In der Spalte „Sonstige/Überleitung/Konsolidierung“ werden Ergebnisbestandteile ausgewiesen, für die kein direkter Bezug zu den Segmenten besteht. Infolge der ständigen Weiterentwicklung der angewandten Methoden sind im vierten Quartal des Berichtsjahres weitere Ertrags- und Aufwandspositionen den Segmenten verursachungsgerecht zugeordnet worden. Des Weiteren umfasst diese Spalte die Überleitung der Ergebniskomponenten der Segmente auf die entsprechenden Komponenten des Gesamtkonzerns. Überleitungen ergeben sich, wenn für die Zwecke der internen Steuerung kalkulatorische Größen einbezogen werden müssen. Strukturellen Änderungen und methodischen Verfeinerungen wird sowohl in der Berichterstattung über das laufende Geschäftsjahr als auch in den Vorjahresvergleichen Rechnung getragen.

Segmentberichterstattung nach Unternehmensbereichen

Die ausgewiesenen Erträge umfassen im Wesentlichen den Zinsüberschuss, den Provisionsüberschuss, das Handelsergebnis, den Überschuss im Versicherungsgeschäft sowie das Finanzanlageergebnis. Um die Segmente wie rechtlich eigenständige Einheiten mit eigenem Kapital darzustellen, wird zudem die kalkulatorische Verzinsung des auf die Segmente zugeordneten Kapitals einbezogen.

Die Risikovorsorgen beinhalten neben den Nettoneubildungen für Bonitätsrisiken auch die Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen, die Länderwertberichtigungen sowie die Pauschalwertberichtigungen.

Kriterium für die Zuordnung des Verwaltungsaufwands ist das Verantwortungsprinzip. Indirekte Kosten resultieren aus intern erbrachten Leistungen und werden nach dem Verursachungsprinzip beim Leistungserbringer als Kostenentlastung und beim Leistungsempfänger als Kostenbelastung berücksichtigt. Direkte und indirekte Kosten zusammen bilden den Verwaltungsaufwand.

Der Restrukturierungsaufwand wird einschließlich der Bankers Trust Retention Payments ausgewiesen.

Im Berichtsjahr haben wir unser Konzept zur wertorientierten Steuerung weiterentwickelt. Zentrale Größe bildet der Return on Equity (RoE), der das Ergebnis vor Steuern ins Verhältnis zu dem durchschnittlichen IAS-Buchkapital setzt. Dieses wird den Segmenten auf Basis des Ökonomischen Kapitals und somit unter Berücksichtigung der Risikosituation der einzelnen Segmente eindeutig zugeordnet. Damit wird die Anschlussfähigkeit von segmentbezogenen Angaben zu Risiko, Kapital und Kapitalrendite an die entsprechenden Konzerngrößen erreicht. Zusätzlich erlaubt dieses Konzept eine Gegenüberstellung von RoE und dem vom Kapitalmarkt abgeleiteten Kapitalkostensatz (15 %). Übersteigt der RoE eines Segments die Kapitalkosten, wird ein Wertbeitrag geschaffen, ansonsten wird Wert vernichtet. Zur Förderung von nachhaltig Wert steigerndem Entscheidungsverhalten in den Segmenten und zur transparenteren Darstellung der zukünftigen Wertentwicklungspotenziale wird bei der Berechnung des Wertbeitrags das Ergebnis vor Steuern um die Goodwill-Abschreibung bereinigt. Analog hierzu wird auch die oben beschriebene Kennziffer RoE sowie die Kennziffer Aufwand/Ertrag-Relation zusätzlich ohne Berücksichtigung dieser Komponente ausgewiesen. Die bisher pro Segment ausgewiesene RAROC-Kennziffer setzte das operative Ergebnis nach Standardrisikokosten ins Verhältnis zu dem Ökonomischen Kapital. Im Vergleich mit dem RoE-Konzept ist zu berücksichtigen, dass dieses weitere Ergebniskomponenten einbezieht und das gegenüber dem Ökonomischen Kapital höhere IAS-Buchkapital in Ansatz bringt.

SEGMENTBERICHTERSTATTUNG NACH UNTERNEHMENSBEREICHEN

in Mio €	Privat- und Geschäfts- kunden	Unter- nehmen und Immo- bilien	Globale Unter- nehmen und Insti- tutionen	Asset Manage- ment	Global Tech- nology and Services	Corporate Center	Sonstige/ Über- leitung/ Konsoli- dierung	Insgesamt Konzern
Erträge								
1999	4 807	3 126	9 596	1 519	897	61	1 850	21 856
1998	4 303	2 707	4 761	953	337	103	978	14 142
Risikovorsorge								
1999	- 94	- 200	- 3	0	0	0	- 319	- 616
1998	- 142	- 231	- 153	0	0	0	- 309	- 835
Verwaltungsaufwand								
1999	- 4 082	- 1 813	- 6 892	- 809	- 837	- 533	- 780	- 15 746
1998	- 3 479	- 1 604	- 3 777	- 501	- 213	- 188	- 359	- 10 121
Saldo der Sonstigen Erträge/Aufwendungen								
1999	- 149	- 164	18	- 87	- 32	- 36	- 73	- 523
1998	- 106	- 69	- 311	- 73	- 34	- 111	1 550	846
darin: Abschreibung auf Goodwill								
1999	- 45	- 61	- 254	- 78	- 30	0	- 5	- 473
1998	- 22	- 52	- 50	- 49	- 3	0	0	- 176
Ergebnis vor Aufwand für Restrukturierung und Steuern								
1999	482	949	2 719	623	28	- 508	678	4 971
1998	576	803	520	379	90	- 196	1 860	4 032
Restrukturierungsaufwand								
1999	- 281	- 22	- 494	- 42	- 44	0	- 1	- 884
1998	0	0	0	0	0	0	0	0
Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern								
1999	201	927	2 225	581	- 16	- 508	677	4 087
1998	576	803	520	379	90	- 196	1 860	4 032
Kapital in Mio €								
1999	2 030	5 595	10 445	332	454		408	19 264
1998	2 169	5 108	7 599	316	374		377	15 943
RoE in % (ohne Goodwill-Abschreibung)								
1999	12	18	24	198	3			23
1998	28	17	7	135	25			26
RoE in % (inklusive Goodwill-Abschreibung)								
1999	10	17	21	175	- 3			21
1998	27	16	7	120	24			25
Wertbeitrag in Mio €								
1999	- 59	149	911	609	- 53		112	1 669
1998	273	89	- 570	381	37		1 607	1 817
Aufwand/Ertrag-Relation in % (ohne Goodwill-Abschreibung)								
1999	87	61	70	54	94			74
1998	83	61	85	55	73			69
Aufwand/Ertrag-Relation in % (inklusive Goodwill-Abschreibung)								
1999	88	63	73	59	97			76
1998	84	62	86	60	74			70
Risikopositionen in Mio €								
31.12.1999	44 058	88 982	132 917	2 002	3 929	534	20 199	292 621
31.12.1998	37 863	91 548	99 441	1 837	19	6 071	17 413	254 192
Segmentvermögen in Mio €								
31.12.1999	69 170	135 647	582 164	6 235	9 137	8 006	- 47 179	763 180
Segmentverbindlichkeiten in Mio €								
31.12.1999	74 391	127 091	593 760	5 558	14 036	8 006	- 54 313	768 529

Die Kennziffer Aufwand/Ertrag-Relation, die den Ressourcen-Input (Verwaltungsaufwand und Sonstigen Aufwand) ins Verhältnis zum Ressourcen-Output (Erträge und Sonstige Erträge) setzt, bildet einen Maßstab zur Bewertung insbesondere der Kosteneffizienz der Segmente.

Die Risikopositionen umfassen die Risikoaktiva einschließlich Marktrisikoäquivalent nach den Basler Mindeststandards (BIZ-Regeln).

Das von einem Segment oder dem Corporate Center bei deren Geschäftstätigkeiten eingesetzte oder unmittelbar zugeordnete Segmentvermögen umfasst die Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden, die Handelsaktiva sowie die Finanzanlagen. Die aus den Geschäftstätigkeiten eines Segments oder dem Corporate Center resultierenden oder unmittelbar zugeordneten Segmentverbindlichkeiten umfassen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten gegenüber Kunden, Verbriefte Verbindlichkeiten, Nachrangkapital sowie Handelspassiva.

Segmentberichterstattung nach geografischen Bereichen

Die folgende Zurechnung in der Segmentberichterstattung nach geografischen Bereichen richtet sich jeweils nach dem Sitz des Konzernunternehmens beziehungsweise der Niederlassung:

SEGMENTBERICHTERSTATTUNG NACH GEOGRAFISCHEN BEREICHEN

in Mio €	Bilanzsumme		Kreditvolumen		Verbindlichkeiten*		Erträge aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	
	31.12. 1999	31.12. 1998	31.12. 1999	31.12. 1998	31.12. 1999	31.12. 1998	1999	1998
Deutschland	348 191	293 323	164 818	163 795	262 048	220 942	11 205	11 928
Europa (ohne Deutschland)	324 983	271 554	81 136	58 823	270 147	208 335	5 460	3 055
Asien/Pazifik/Afrika	107 319	82 209	14 589	12 506	78 486	64 336	1 991	1 088
Nordamerika	283 368	136 334	48 282	29 719	222 746	126 341	5 784	1 475
Südamerika	12 321	11 376	10 695	10 246	10 508	10 677	289	92
Konsolidierungsposten	- 236 317	- 168 193	- 35 371	- 26 504	- 214 178	- 147 444	- 1 791	- 1 317
Insgesamt	839 865	626 603	284 149	248 585	629 757	483 187	22 938	16 321

* gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie Verbriefte Verbindlichkeiten

Die geografischen Bereiche werden jeweils auf konsolidierter Basis dargestellt. Der ausgewiesene Konsolidierungsposten enthält danach die regionenübergreifenden konzerninternen Posten.

Die Erträge aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit umfassen den Zinsüberschuss, den Provisionsüberschuss, das Handelsergebnis, den Überschuss im Versicherungsgeschäft, das Ergebnis aus Finanzanlagen sowie die Sonstigen Erträge aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

[53] Fair Value der Finanzinstrumente

[53] FAIR VALUE DER FINANZINSTRUMENTE

in Mrd €	31.12.1999		31.12.1998	
	Fair Value	Buchwert	Fair Value	Buchwert
Aktiva				
Barreserve	21,9	21,9	20,2	20,2
Forderungen an Kreditinstitute	114,8	114,9	92,6	92,1
zugehörige Derivate	0	–	– 0,1	–
Forderungen an Kunden	347,7	345,7	277,2	268,9
zugehörige Derivate	0	–	– 0,3	–
Handelsaktiva	233,0	233,0	169,0	169,0
Finanzanlagen	63,4	62,2	41,0	38,9
zugehörige Derivate	– 0,6	–	– 1,2	–
Passiva				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	174,8	174,7	151,3	151,0
zugehörige Derivate	– 0,1	–	0	–
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	291,5	291,0	230,8	229,2
zugehörige Derivate	– 0,3	–	– 0,5	–
Verbriefte Verbindlichkeiten	162,3	164,1	106,2	102,9
zugehörige Derivate	0,6	–	– 0,2	–
Handelspassiva	123,3	123,3	81,6	81,6
Nachrangkapital	15,7	15,5	7,6	7,2
Sonstige Positionen				
Eventualverbindlichkeiten	36,9	36,9	30,2	30,2
Kreditzusagen und Platzierungsverpflichtungen	107,5	107,5	61,4	61,4
nicht zuzuordnende Derivate	0,4	–	– 1,1	–

Der Fair Value unbefristeter und kurzfristiger Forderungen und Verbindlichkeiten mit Laufzeiten beziehungsweise Zinsbindungsfristen von bis zu

180 Tagen wurde je nach Produkt und Marktgegebenheit entweder mit dem Buchwert angesetzt oder nach dem Barwertverfahren ermittelt.

Die angegebenen Werte entsprechen nach unserer Auffassung den Beträgen, zu denen die Finanzinstrumente am Bilanzstichtag zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Parteien fairerweise gehandelt werden könnten. Im Einzelnen sind wir bei der Ermittlung der Werte wie folgt vorgegangen:

Soweit Marktpreise verfügbar waren, haben wir auf diese zurückgegriffen. Dies war im Wesentlichen bei an Börsen und auf funktionsfähigen Märkten gehandelten Wertpapieren und Derivaten der Fall. Für die übrigen Finanzinstrumente haben wir interne Bewertungsmodelle, insbesondere das Barwertverfahren, herangezogen. Der Anteilsbesitz im Nichtbankbereich sowie die Aktiva und Passiva der Versicherungsgesellschaften wurden nicht berücksichtigt.

Zum 31.12.1999 beläuft sich der aggregierte Unterschied zwischen dem Fair Value und dem Buchwert der Finanzinstrumente auf 3,7 Mrd € (1998: 3,3 Mrd €). Die Entwicklung dieser Größe im Zeitablauf hängt von Bewegungen der in die Bewertung einfließenden Marktparameter sowie den Zu- und Abgängen von Finanzinstrumenten ab.

[54] Fremdwährung

[54] FREMDWÄHRUNG

in Mio €	31.12.1999	31.12.1998
Fremdwährungsaktiva	414 400	363 500
davon US-\$	276 900	161 400
Fremdwährungspassiva (ohne Eigenmittel)	452 300	378 400
davon US-\$	303 600	178 700
Veränderung der Bilanzsumme aufgrund von Paritätsverschiebungen fremder Währungen*	+ 33 500	- 9 100
davon wegen US-\$	+ 24 700	- 8 100

* ausgehend von der Aktivseite

Wechselkursänderungen in
wesentlichen Positionen der
Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio €	Effekte aus Wechselkursänderungen		Bereinigte Änderungen	
				in %
Zinsüberschuss	+ 128		+ 952	+ 16,8
Provisionsüberschuss	+ 378		+ 2 395	+ 42,1
Handelsergebnis	+ 397		+ 2 590	+ 119,3
Ergebnis aus Finanzanlagen	+ 6		+ 819	+ 68,9
Verwaltungsaufwand	+ 921		+ 4 704	+ 42,6
Ergebnis vor Aufwand für Restrukturierung und Steuern	- 24		+ 963	+ 24,0

[55] Restlaufzeitengliederung

[55] RESTLAUFZEITENGLIEDERUNG								
in Mio €	bis 3 Monate		> 3 Monate – 1 Jahr		> 1 Jahr – 5 Jahre		über 5 Jahre	
	31.12.1999	31.12.1998	31.12.1999	31.12.1998	31.12.1999	31.12.1998	31.12.1999	31.12.1998
Forderungen								
Forderungen an Kunden	180 922	127 909	34 446	26 820	62 219	53 253	74 784	66 843
Befristete Forderungen an Kreditinstitute								
Kredite	2 645	2 461	2 218	1 809	3 465	4 111	6 464	5 969
Geldanlagen	43 879	43 589	7 995	5 962	601	11	0	41
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wert- papiere der Finanzanlagen	9 294	2 530	9 540	3 973	17 648	12 392	13 953	13 021
Insgesamt	236 740	176 489	54 199	38 564	83 933	69 767	95 201	85 874
Verbindlichkeiten								
Befristete Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	96 433	71 160	16 541	7 251	7 131	2 456	9 664	9 378
Spareinlagen und Bauspareinlagen	16 855	13 151	5 081	6 702	4 478	4 249	467	414
Andere befristete Verbindlich- keiten gegenüber Kunden	107 789	72 763	16 680	24 800	9 331	8 810	13 625	11 228
Verbriefte Verbindlichkeiten	53 848	30 515	25 792	16 021	53 844	32 320	30 576	24 091
Nachrangkapital	128	0	512	0	5 132	3 921	9 732	3 265
Insgesamt	275 053	187 589	64 606	54 774	79 916	51 756	64 064	48 376

[56] Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

[56] EVENTUALVERBINDLICHKEITEN UND ANDERE VERPFLICHTUNGEN

in Mio €	31.12.1999	31.12.1998
Eventualverbindlichkeiten	36 925	30 249
aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	2	1 506
aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	36 923	28 743
Andere Verpflichtungen	183 447	132 337
Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	837	495
Unwiderrufliche Kreditzusagen	106 670	60 959
Aufgerechnete Repo-Geschäfte	49 350	37 617
Lieferverpflichtungen aus Wertpapierleihen	14 917	29 770
Sonstige Verpflichtungen	11 673	3 496
Insgesamt	220 372	162 586

Platzierungs- und Übernahme- verpflichtungen

Die nicht in Anspruch genommenen Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen betragen 837 Mio €. In Anspruch genommen waren Ende 1999 290 Mio €.

Unwiderrufliche Kreditzusagen

Von den unwiderruflichen Kreditzusagen betreffen 97 130 Mio € Zusagen für Buch- und Wechselkredite an Nichtbanken.

Aufgerechnete Repo-Geschäfte

Aufgrund durchsetzbarer Rechte zur Aufrechnung (Master Netting Agreement) waren Repo-Geschäfte in Höhe von 49350 Mio € gegeneinander aufzurechnen.

Sonstige Verpflichtungen

Die jährlichen Zahlungsverpflichtungen aus Miet- und Pachtverträgen sowie aus Leasingverträgen betragen 753 Mio € bei einer Restlaufzeit bis zu 62 Jahren. Von diesen Verpflichtungen bestehen 471 Mio € gegenüber verbundenen Unternehmen.

Einzahlungsverpflichtungen aus nicht voll eingezahlten Aktien, GmbH-Anteilen und sonstigen Anteilen beliefen sich Ende 1999 auf 467 Mio €, Sonstige Verpflichtungen zu Kapitaleinzahlungen auf 47 Mio €. Mithaftungen gemäß § 24 GmbH-Gesetz bestanden in Höhe von 30 Mio €. Soweit weitere Mithaftungen bestehen, ist die Bonität der Mitgesellschafter in allen Fällen zweifelsfrei.

Aus der Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, bestehen eine Nachschusspflicht bis zu 66 Mio € und eine quotale Eventualhaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer, dem Bundesverband deutscher Banken e.V., Köln, angehörender Gesellschafter.

Die Nachschusspflichten auf sonstige Anteile beliefen sich am 31.12.1999 auf insgesamt 4 Mio €.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds hat die Deutsche Bank AG sich verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V., Köln, von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zu Gunsten von im Mehrheitsbesitz der Deutschen Bank stehenden Kreditinstituten anfallen.

Im Rahmen der Geschäftstätigkeit waren Sicherheitsleistungen aufgrund gesetzlicher Regelungen von 7 922 Mio € erforderlich.

Verpflichtungen aus Geschäften an Terminbörsen sowie gegenüber Clearing-Stellen, für die Wertpapiere als Sicherheit hinterlegt wurden, beliefen sich zum 31.12.1999 auf 2 319 Mio €.

Die DWS Investment Management S.A., Luxemburg, hat für einige von ihr verwaltete Fonds für abgegrenzte Zeiträume Wertentwicklungsgarantien abgegeben.

Mit der Platzierung von Immobilienobjekten haben verschiedene Konzernunternehmen den Erwerbern unwiderrufliche befristete Andienungsrechte (Übernahmeangebote) eingeräumt. Soweit nach dem derzeitigen Kenntnisstand der Wert eines Andienungsrechts über dem substantiellen Gegenwert lag, wurden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Im Zusammenhang mit der Weiterveräußerung des Handelshauses Klöckner & Co. AG, Duisburg, bestehen Eventualhaftungen in Höhe von insgesamt 65 Mio €.

[57] Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Für die nachfolgenden Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände im angegebenen Wert übertragen:

in Mio €	31.12.1999	31.12.1998
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	21 657	7 057
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	10 700	3 508
Verbriefte Verbindlichkeiten	278	–
Eventualverbindlichkeiten	22	49
Insgesamt	32 657	10 614

Die als Sicherheit übertragenen Vermögensgegenstände gliederten sich wie folgt:

in Mio €	31.12.1999	31.12.1998
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind	1 460	–
Forderungen an Kreditinstitute	346	84
Forderungen an Kunden	7 881	6 348
Handelsaktiva	19 968	3 426
Finanzanlagen	3 002	756
Insgesamt	32 657	10 614

[58] Patronatserklärung*

Die Deutsche Bank AG trägt für die folgenden Gesellschaften, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen können:

[58] PATRONATSERKLÄRUNG

ALD AutoLeasing D GmbH, Hamburg	Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg	Deutsche Futures London Limited, London (früher: Deutsche Morgan Grenfell Futures Limited)
DWS Investment S.A., Luxemburg (früher: DB Investment Management S.A.)	Deutsche Bank (Malaysia) Berhad, Kuala Lumpur	Deutsche Futures Singapore Pte Ltd., Singapur (früher: Deutsche Morgan Grenfell Futures Pte Ltd.)
DB Investments (GB) Limited, London	Deutsche Bank OOO, Moskau	Deutsche Grundbesitz-Investmentgesellschaft mbH, Frankfurt am Main
Deutsche Asset Management International GmbH, Frankfurt am Main (früher: Deutsche Asset Management GmbH)	Deutsche Bank Polska S.A., Warschau	Deutsche Grundbesitz Management GmbH, Eschborn
Deutsche Asset Management Investmentgesellschaft mbH vormals DEGEF Deutsche Gesellschaft für Fondsverwaltung mbH, Frankfurt am Main	Deutsche Bank Rt., Budapest	Deutsche Morgan Grenfell Group plc, London
Deutsche Australia Limited, Melbourne	Deutsche Bank S.A., Buenos Aires	Deutsche Securities Limited, Hongkong (früher: Deutsche Morgan Grenfell Capital Markets Limited)
Deutsche Bank Americas Holding Corp., Dover/USA (früher: Deutsche Bank North America Holding Corp.)	Deutsche Bank S.A., Paris	Deutsche Securities Asia Limited, Hongkong
Deutsche Bank Bauspar-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main	Deutsche Bank S.A. – Banco Alemão, São Paulo	DWS Investment GmbH, Frankfurt am Main (früher: DWS Deutsche Gesellschaft für Wertpapiersparen mbH)
Deutsche Bank Canada, Toronto	Deutsche Bank S.A./N.V., Antwerpen (Geschäftssitz Brüssel)	EUROHYPO Aktiengesellschaft Europäische Hypothekenbank der Deutschen Bank, Frankfurt am Main (früher: Frankfurter Hypothekenbank Centralboden Aktiengesellschaft)
Deutsche Bank (C.I.) Limited, Guernsey	Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft, Saarbrücken	Schiffshypothekenbank zu Lübeck Aktiengesellschaft, Hamburg
Deutsche Bank de Bary N.V., Amsterdam	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española, Barcelona	Süddeutsche Bank GmbH, Frankfurt am Main
Deutsche Bank (Portugal), S.A., Lissabon (früher: Deutsche Bank de Investimento, S.A.)	Deutsche Bank Società per Azioni, Mailand	Versicherungsholding der Deutschen Bank Aktiengesellschaft, Berlin und Bonn
Deutsche Bank Finance N.V., Curaçao	Deutsche Bank (Suisse) S.A., Genf	
Deutsche Bank Financial Inc., Dover/USA	Deutsche Bank Trust Aktiengesellschaft Private Banking, Frankfurt am Main	
Deutsche Bank Lübeck Aktiengesellschaft vormals Handelsbank, Lübeck	Deutsche – Equities S.A., Paris (früher: Deutsche Morgan Grenfell – Equities S.A.)	
	Deutsche Finance (Netherlands) B.V., Amsterdam	
	Deutsche Asset Management Europe GmbH, Frankfurt am Main (früher: Deutsche Fonds Holding GmbH)	

* Gesellschaften, mit denen ein Ergebnisabführungsvertrag besteht, sind im Verzeichnis des Anteilsbesitzes gekennzeichnet.

[59] Treuhandgeschäfte**[59] TREUHANDGESCHÄFTE**

Treuhandvermögen in Mio €	31.12.1999	31.12.1998
Forderungen an Kreditinstitute	1 006	393
Forderungen an Kunden	1 033	861
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1	–
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	197	184
Beteiligungen	886	849
Sachanlagen	78	–
Insgesamt	3 201	2 287

Treuhandverbindlichkeiten in Mio €	31.12.1999	31.12.1998
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	78	902
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3 123	1 385
Insgesamt	3 201	2 287

**[60] Mitarbeiterinnen
und Mitarbeiter**

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter (arbeitswirksam) betrug insgesamt 78 229 (1998: 67 578), darunter befanden sich 33 667 (1998: 29 456) Mitarbeiterinnen. Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der geleisteten Arbeitszeit anteilig enthalten. Im Ausland waren im Durchschnitt 35 586 (1998: 25 647) Mitarbeiter tätig. Durch den erstmaligen Einbezug von Bankers Trust erhöhte sich die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter (arbeitswirksam) um 5 679.

**[61] Bezüge des Vorstands
und des Aufsichtsrats sowie
gewährte Kredite**

Im Jahr 1999 beliefen sich die Gesamtbezüge des Vorstands auf 39 128 246,30 €. An frühere Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG oder deren Hinterbliebene wurden 15 566 389,29 € gezahlt. Der Aufsichtsrat erhielt neben einer festen Vergütung von 174 580,- € eine dividendenabhängige Vergütung in Höhe von 1 508 000,- €.

Für die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen sind insgesamt 79 907 018,- € zurückgestellt.

Zum Jahresende 1999 beliefen sich die gewährten Vorschüsse und Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse für Vorstandsmitglieder auf 5 477 162,23 € und für Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bank AG auf 1 260 122,75 €.

[62] Vorstand im Berichtsjahr

[62] VORSTAND

Josef Ackermann

Carl L. von Boehm-Bezing

Rolf-E. Breuer (Sprecher)

Michael Dobson

Thomas R. Fischer

Tessen von Heydebreck

Jürgen Krumnow (bis 31.10.1999)

Hermann-Josef Lamberti (seit 1.10.1999)

Ronaldo H. Schmitz

[63] Mandate

Eine Aufstellung der Mandate im In- und Ausland enthält das Verzeichnis der Mandate.

Überleitungserläuterung

Abweichende Methoden im Konzernabschluss:

IAS im Vergleich zum HGB

Nach IAS wird – im Unterschied zur deutschen Rechnungslegung – dem Gläubigerschutzgedanken eher durch aussagefähige Informationen entsprochen als durch vorsichtsgeprägte Ansatz- und Bewertungsregeln. Aus der unterschiedlichen Zielsetzung der IAS resultieren in folgenden Fällen abweichende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden oder ein unterschiedlicher Ausweis innerhalb des Konzernabschlusses:

Forderungen

aus dem Leasinggeschäft

Leasinggegenstände, die nach IAS-Grundsätzen dem Leasingnehmer zuzurechnen sind (Finanzierungsleasing), erscheinen im Konzernabschluss unter der Position Forderungen – statt unter den Sachanlagen –, sofern der Konzern als Leasinggeber auftritt und die Kriterien für Finanzierungsleasing erfüllt sind. Steuerliche Gesichtspunkte finden hierbei keine Berücksichtigung.

Netting von Forderungen und Verbindlichkeiten

Forderungen und Verbindlichkeiten

mit demselben Fälligkeitstag, die in derselben oder einer frei konvertierbaren Währung und mit demselben Kontrahenten abgeschlossen werden, werden miteinander verrechnet, sofern die in den IAS festgelegten Voraussetzungen zum Netting erfüllt sind. Dazu gehört insbesondere das Vorliegen eines durchsetzbaren Rechts zur Aufrechnung. Darüber hinaus muss die Aufrechnung die Erwartung über die tatsächlichen künftigen Zahlungsströme angemessen widerspiegeln. Netting wird im Wesentlichen bei Forderungen und Verbindlichkeiten aus Repo-Geschäften vorgenommen, wenn der Konzern sowohl als Pensionsgeber wie auch als Pensionsnehmer auftritt.

Risikovorsorge

Die Risikovorsorge wird entsprechend internationaler Usancen offen auf der Aktivseite als eigenständige Position nach den Forderungen ausgewiesen. Dadurch wird der Einblick in die Risikovorsorge verbessert.

Handelsaktiva

Sämtliche Handelsaktivitäten werden in der Bilanz zu Fair Values

ausgewiesen. Dies führt zur Berücksichtigung von nach deutschem Recht als unrealisierte Gewinne qualifizierten Ergebnisbestandteilen. Die Position Handelsaktiva enthält im Wesentlichen die zu Marktwerten bilanzierten Wertpapierhandelsbestände und die Positiven Marktwerte aus am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Derivategeschäften.

Netting bei Handelsaktivitäten

Eine Verrechnung von Handelsaktiva und Handelspassiva (Netting) wird vorgenommen, wenn ein durchsetzbares Recht zur Aufrechnung besteht und die Aufrechnung die Erwartung über die tatsächlichen künftigen Zahlungsströme angemessen widerspiegelt.

Wertpapierleihe

Entsprechend dem wirtschaftlichen Gehalt der Geschäfte wird bei der Wertpapierleihe das Wertpapier weiterhin im Wertpapierbestand bilanziert, wenn der Konzern als Verleiher auftritt. Dagegen wäre nach HGB eine Forderung einzubuchen. Dies gilt analog für die Fälle, in denen der Konzern als Leiher auftritt. Nach HGB wäre hier eine Verbindlichkeit auszuweisen.

Finanzanlagen

Die Finanzanlagen umfassen auch diejenigen Wertpapiere, die nach HGB der Liquiditätsreserve zugeordnet sind, ebenso Anteile an (nicht konsolidierten) verbundenen Unternehmen, Anteile an assoziierten Unternehmen und Beteiligungen.

Immaterielle Vermögenswerte

Selbst erstellte Software wird aktiviert, wenn es wahrscheinlich ist, dass der Bank die wirtschaftlichen Vorteile daraus zufließen und die Herstellungskosten verlässlich bestimmbar sind.

Sachanlagen

Steuerliche Wertansätze finden im IAS-Abschluss keine Berücksichtigung. Dies führt dazu, dass Sachanlagen gegenüber einem Abschluss nach HGB in der Regel mit einem höheren Wert bilanziert werden.

Handelspassiva

Handelspassiva enthalten die Negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, soweit sie nicht im Rahmen des Netting mit Positiven Marktwerten aus derivativen Finanzinstrumenten

verrechnet wurden. Nach HGB wären hierfür Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften zu bilden, es sei denn, dass diese Verluste durch die Bildung von Bewertungseinheiten im Sinne einer kompensatorischen Bewertung ausgeglichen werden.

Die ebenfalls unter den Handelspassiva ausgewiesenen Short-Positionen wären nach HGB unter Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten beziehungsweise Kunden zu zeigen.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Bei der versicherungsmathematischen Berechnung der Pensionsrückstellungen wird die prognostizierte Gehaltsentwicklung berücksichtigt. Anpassungen der laufenden Pensionszahlungen werden periodisiert und nicht sofort in voller Höhe abgesetzt. Darüber hinaus werden Marktzinssätze zu Grunde gelegt.

Latente Steuern

Latente Steuern werden nach dem bilanzbezogenen Temporary-Konzept gebildet. Danach werden

die Wertansätze der einzelnen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der Bilanz mit den für steuerliche Zwecke maßgebenden Werten verglichen. Abweichungen in diesen Wertansätzen begründen als temporäre Wertunterschiede – unabhängig vom Zeitpunkt ihrer Auflösung – latente Steueransprüche oder latente Steuerverpflichtungen. Dagegen sind nach HGB Steuerabgrenzungen nur zulässig als Folge von zeitlich befristeten Unterschieden zwischen dem handelsrechtlichen Ergebnis und dem nach steuerrechtlichen Vorschriften zu ermittelnden Gewinn.

Anteile in Fremdbesitz

Anteile in Fremdbesitz werden auf der Passivseite außerhalb des Eigenkapitals in einer gesonderten Position gezeigt.

Treuhandgeschäfte

Entsprechend ihrem wirtschaftlichen Gehalt werden Treuhandgeschäfte, die die Bank im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung durchführt, nicht in der Bilanz ausgewiesen.

Risikobericht

Risikomanagement als Kernkompetenz

Die Fähigkeit eines Kreditinstituts, Risiken umfassend zu messen, zu überwachen und zu steuern, entwickelt sich zu einem entscheidenden Parameter der strategischen Positionierung einer Bank. Dies ist vor dem Hintergrund eines zunehmenden, global ausgerichteten Wettbewerbs unter internationalen Banken und technischen Fortschritts zu sehen, der über sinkende Transaktionskosten die Rolle der Finanzintermediäre in vielen Bereichen grundlegenden Veränderungen unterwirft.

Diesem verstärkten Wettbewerbsdruck sind die Kreditinstitute sowohl beim Absatz ihrer Produkte ausgesetzt als auch bei der Beschaffung des knappen Gutes Kapital.

Die Deutsche Bank hat das Risikomanagement zu einer Kernkompetenz entwickelt, um den Einsatz des von den Aktionären bereitgestellten Kapitals zu optimieren.

Arten von Risiken

Bei den Risiken, denen die Deutsche Bank ausgesetzt ist, kann zwischen speziellen bankbetrieb-

lichen Risiken und den Risiken aus allgemeiner unternehmerischer Tätigkeit unterschieden werden. Zusätzlich bestehen versicherungstechnische Risiken bei den Versicherungsgesellschaften des Konzerns.

Bankbetriebliche Risiken

Bankbetriebliche Risiken werden bewusst zur Ertragserzielung eingegangen. Dabei werden Markt-, Kredit- und Liquiditätsrisiken unterschieden.

Das Marktrisiko liegt in der Unsicherheit über Änderungen in den Marktpreisen (Zinsen, Aktienkurse, Wechselkurse, Güterpreise), die sich auf die Ergebnisentwicklung auswirken.

Das Kreditrisiko besteht in der Gefahr, dass Kunden ihren vertraglich zugesicherten Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Bank nicht nachkommen. Es stellt für die Deutsche Bank das bedeutendste Einzelrisiko dar und umfasst folgende Risikotypen:

- Ausfallrisiko: der teilweise oder vollständige Ausfall von vertraglich zugesicherten Zahlungen eines Kunden.
- Länderrisiko: das Risiko, dass Kunden oder Vertragspartner

ihre Zahlungsverpflichtungen aufgrund von staatlich eingeleiteten Maßnahmen (zum Beispiel Transferbeschränkungen) oder länderspezifischen ökonomischen Faktoren (zum Beispiel durch Währungsabwertung) nicht mehr erfüllen können.

- Abwicklungsrisiko: das Risiko, das bei der gegenseitigen Abwicklung von Leistungsverpflichtungen auftritt, wenn diese nicht oder nicht termingerecht erfüllt werden.

Das Liquiditätsrisiko bezeichnet die Möglichkeit, dass Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit nicht zeitgerecht und in erforderlichem Umfang erfüllt werden können. Es umfasst auch potenzielle Verluste aus der erzwungenen Aufnahme von Geldern zu überhöhten Zinssätzen oder der Anlage überschüssiger Mittel zu unter Marktniveau liegenden Sätzen.

Versicherungstechnische Risiken

Als typische versicherungstechnische Risiken werden angesehen, dass zufallsbedingt höhere Leistungen als erwartet zu erbringen sind (Zusatzrisiko), sowie das Risiko, dass sich Rahmenbedin-

gungen oder Verhaltensweisen der Versicherten im Zeitablauf ändern und dass solche Änderungen nicht rechtzeitig erkannt und durch Anpassungen der Beiträge oder der Versicherungsbedingungen ausgeglichen werden (Änderungsrisiko).

Allgemeine unternehmerische Risiken

Mit dem Bankgeschäft untrennbar verbunden sind operationale Risiken und das allgemeine Geschäftsrisiko.

Unter operationalen Risiken wird die Möglichkeit des Eintritts von Verlusten verstanden infolge unvorhersehbarer Ereignisse, im Wesentlichen Betriebsunterbrechungen, inadäquate Kontrollen oder Versagen von Kontrollen oder Systemen im Zusammenhang mit Mitarbeitern, Dritten, Vertragsverhältnissen, Technologie und Sachvermögen (physisch oder elektronisch).

Das allgemeine Geschäftsrisiko bezeichnet die Unsicherheit der Ergebnisentwicklung aufgrund von geänderten Rahmenbedingungen wie Marktumfeld, Kundenverhalten und technologischen Entwicklungen. Seit 1999 wird das

Geschäftsrisiko als eine eigenständige Risikokategorie behandelt.

Grundstruktur des Risikomanagements

Die Formulierung und Durchsetzung der Risikopolitik obliegt dem Konzernvorstand. Er gibt den Rahmen für das Risikomanagement vor. Übersicht [A] fasst die wichtigsten Aufgaben des Risikomanagements der Deutschen Bank und die dafür zuständigen Bereiche zusammen. Die Darstellung veranschaulicht den Aufbau des Risikomanagements im Konzern:

– Innerhalb ihres Geschäftsauf-

trags und im Rahmen vorgegebener Limits gehen die Unternehmensbereiche unter Ertragsgesichtspunkten Risiken ein.

- Zugeschnitten auf die divisionale Gliederung des Konzerns, aber disziplinarisch unabhängig vom Management der Unternehmensbereiche, unterstützen Risikomanagementeinheiten den Konzernvorstand bei der Überwachung und Steuerung der Risiken (etwa bei der Limitvergabe).
- Das sowohl von den Unternehmensbereichen als auch vom Risikomanagement unabhängige Controlling trägt

[A] AUFGABENZUORDNUNG IM RISIKOMANAGEMENT

Risikomessung und Reporting:	Controlling
Regelmäßige Lieferung qualitätsgesicherter und zeitnaher Informationen über das Risikoprofil des Konzerns	
Limitsetzung:	Risikomanagement
Entwicklung eines konsistenten Limitsystems, das die Risikotragfähigkeit der Bank widerspiegelt	
Entwicklung einheitlicher Methoden und Verfahren	
Risikoübernahme:	Unternehmensbereiche
Initiierung von Transaktionen und Eingehen von Positionen (zum Beispiel durch Kreditgewährung, Handel)	
Optimierung des Risiko-Ertrag-Verhältnisses	
Exposure Management:	Risikomanagement
Aktivitäten im Falle von Limitüberschreitungen	
Wenn nötig, Initiierung risikoreduzierender Maßnahmen	
Qualitätssicherung:	Controlling, Risikomanagement
Qualitätsanalyse der statistischen Messtechniken (Backtesting)	
Regelmäßige Analyse des Risikoprozesses	

die Verantwortung für die Risikotransparenz sowie die Qualitätssicherung der Risikodaten.

Ab Februar 2000: Neue integrierte Risikomanagement-Struktur

Ab Februar 2000 wurden im Bereich Risikomanagement organisatorische Änderungen wirksam. Zwei wesentliche Neuerungen sind hervorzuheben:

- Der Konzernvorstand delegiert die Durchsetzung der Risikopolitik an ein neu geschaffenes Group Risk Board unter der Leitung des Chief Risk Officer des Konzerns (Mitglied des Konzernvorstands).
- Die unabhängigen Risikomanagementeinheiten der Unternehmensbereiche (Kredit-, Markt-, operationale Risiken) werden in einem einheitlichen Risikomanagement zusammengefasst. Die Verantwortlichen für diese Bereiche sind im Group Risk Board vertreten.

Diese Maßnahmen verschaffen der Deutschen Bank Organisationsstrukturen, die geeignet sind, sämtliche Risiken integriert auf Konzernebene zu überwachen und zu steuern.

Instrumente des Risikomanagements

Das Risikomanagement des Konzerns verfügt über ein umfangreiches Instrumentarium zur Überwachung und Steuerung der Risiken. Dieses umfasst auf die Besonderheiten der jeweiligen Risikokategorie zugeschnittene Instrumente. Weiterhin gehören dazu Instrumente, die für ein integriertes Risikomanagement erforderlich sind.

Quantitative Risiko-steuerungsinstrumente

Wichtigster Bestandteil des Instrumentariums sind die quantitativen Kenngrößen. Dabei ist zwischen internen und für Zwecke der Bankaufsicht zu ermittelnden Größen zu unterscheiden.

Auf der Grundlage dieser Steuerungsgrößen vergibt der Konzernvorstand Risikolimits an die einzelnen Unternehmensbereiche zur Begrenzung und Steuerung der Risiken.

Interne Risiko-steuerungsgrößen

Die im Konzern verwandten internen Größen umfassen:

- Kenngrößen zur Darstellung von Einzelrisiken.
- Kenngrößen zur Messung des Gesamtrisikos unter Berücksichtigung der Abhängigkeiten zwischen den Einzelrisiken. Diese Kenngrößen beruhen auf inferenzstatistischen Verfahren; es handelt sich um Prognosebeziehungswise Schätzgrößen, die aus der Analyse von Vergangenheitsdaten abgeleitet werden.
- Aus Szenarioanalysen abgeleitete Größen, die Krisensituationen simulieren (zum Beispiel Event-Risiko-Szenarien).

Ökonomisches Kapital

Zentrale interne Steuerungsgröße ist das Ökonomische Kapital. Es stellt aggregierte Risiken unter Berücksichtigung der Diversifikationseffekte dar und gibt die Höhe des Eigenkapitals an, das notwendig ist, um auch unerwartete Verluste mit sehr hoher Sicherheit aufzufangen. Die Deutsche Bank ermittelt das Ökonomische Kapital

für Ausfall-, Markt- und Geschäftsrisiken.

Es bemisst sich als der geschätzte Verlust, der mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit pro Jahr nicht überschritten wird. Dieses Konfidenzniveau ist in der Deutschen Bank auf 99,98 % festgelegt und entspricht damit höchsten Anforderungen.

Ökonomisches Kapital für Marktrisiken: Value-at-Risk

Zur Ermittlung des Ökonomischen Kapitals für Marktrisiken wird der Value-at-Risk-Ansatz als spezielle Methode eingesetzt. Der Value-at-Risk misst den möglichen zukünftigen Verlust (gemessen am Marktwert) eines Portfolios, der unter normalen Marktbedingungen innerhalb einer bestimmten Frist (in der Deutschen Bank ein Tag Haltedauer) und mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit (in der Deutschen Bank 99 %) nicht überschritten wird. Der Value-at-Risk des Gesamtportfolios beschreibt das aggregierte Marktrisiko der Bank. Das Ökonomische Kapital für Marktrisiken wird aus dem Value-at-Risk abgeleitet.

Von der Bankaufsicht vorgeschriebene Kenngrößen

Zur Beurteilung der Risikotragfähigkeit der Bank durch die Aufsichtsbehörden sind im Wesentlichen folgende Kenngrößen zu ermitteln:

Risikoposition

Unter der Risikoposition sind die nach bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften ermittelten, von der Bank eingegangenen Risiken zu verstehen. Die Risikoposition setzt sich zusammen aus den Risikoaktiva, die insbesondere Adressenausfallrisiken umfassen, und den Anrechnungsbeträgen der Marktrisikoposition (Zins-, Währungs-, Aktien- und Rohwarenpreisrisiken). Die Risikoposition der Bank ist entsprechend den aufsichtsrechtlichen Vorgaben mit Eigenmitteln zu unterlegen.

Der Deutschen Bank wurde die Genehmigung erteilt, die Marktrisikoposition als Komponente der Risikoposition mit dem Value-at-Risk-Konzept zu errechnen.

Eigenmittel

Die zur Unterlegung der Risikoposition nutzbaren bankaufsichts-

rechtlich anerkannten Kapitalkomponenten (Eigenmittel) setzen sich aus Kernkapital (Tier I), Ergänzungskapital (Tier II) und Drittrangmitteln (Tier III) zusammen. Der Zusammenhang zwischen dem bilanziellen Eigenkapital und den aufsichtsrechtlichen Kapitalkomponenten wird auf Seite 105 dargestellt.

Interne und bankaufsichtsrechtliche Kapitalunterlegung

Die bankaufsichtsrechtlichen und die internen Risikomessverfahren führen zu unterschiedlichen Vorgaben an die Mindesthöhe der Kapitalunterlegung. Dies liegt beispielsweise daran, dass die Vorschriften der Bankenaufsicht bei Ausfallrisiken keine Diversifikationseffekte berücksichtigen.

Das tatsächlich vorhandene bilanzielle Eigenkapital hat mindestens das Ökonomische Kapital abzudecken, enthält darüber hinaus aber auch einen Puffer für nicht im Ökonomischen Kapital erfasste Risiken und zur Wahrnehmung geschäftlicher Wachstumspotenziale. Aufsichtsrechtlich sind bestimmte vorgegebene Eigenmittelquoten zu erfüllen.

Angaben zu den Risikoarten

Die folgenden Abschnitte enthalten nähere Angaben zu den einzelnen Risikoarten.

Marktrisiko

In der Deutschen Bank sind die Handelsbereiche des Unternehmensbereichs Globale Unternehmen und Institutionen sowie Treasury im Rahmen der Bilanz- und Liquiditätssteuerung autorisiert, Marktrisiken einzugehen. Zur Steuerung der eingegangenen Risiken legt das Risikomanagement Limits auf der Basis des Value-at-Risk und der Eventrisiko-Szenarien fest.

Value-at-Risk der Handelsbereiche des Unternehmensbereichs Globale Unternehmen und Institutionen

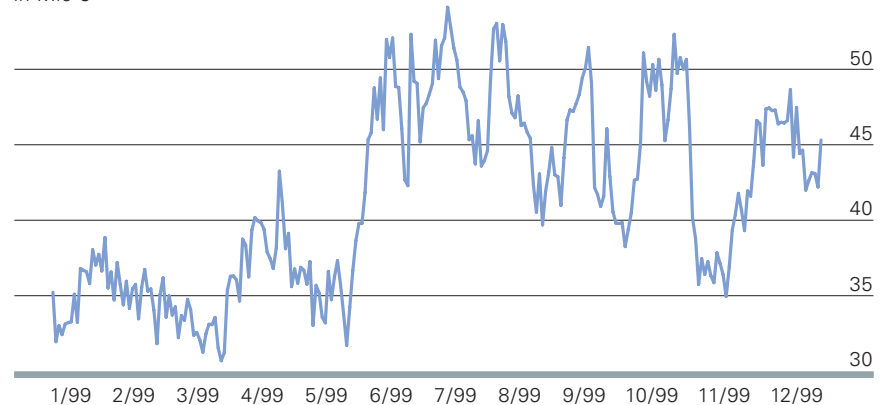
Der Value-at-Risk der Handelsbereiche des Unternehmensbereichs (Konfidenzniveau von 99 %, 1 Tag Haltedauer) belief sich per 31.12.1999 auf 45,31 Mio €. Die Graphik zeigt den Verlauf des täglichen Value-at-Risk im Geschäftsjahr 1999.

Der Verlauf des täglichen Value-at-Risk in den ersten fünf

Monaten des Jahres 1999 war durch eine relativ geringe Volatilität gekennzeichnet. Mit der Integration von Bankers Trust hat sich das Marktrisiko – gemessen am Value-at-Risk – um durchschnittlich 10 Mio € erhöht.

Gegliedert nach den auch für das bankaufsichtsrechtliche Meldewesen maßgeblichen Risikoklassen, stellt sich das Marktrisiko der Handelsbereiche des Unternehmensbereichs wie in Tabelle [B] gezeigt dar. Die minimalen und

Täglicher Value-at-Risk 1999, 1 Tag Haltedauer
in Mio €



[B] VALUE-AT-RISK DER HANDELSBEREICHE NACH RISIKOKLASSEN

in Mio €	Value-at-Risk*	Zinsrisiko insgesamt	Aktienkursrisiko insgesamt	Rohwarenpreisrisiko	Fremdwährungsrisiko
Value-at-Risk per 31.12.1999	45,31	41,09	17,83	1,35	6,73
Minimaler Value-at-Risk 1999	30,69	27,50	9,00	0,58	2,69
Maximaler Value-at-Risk 1999	54,11	48,44	27,56	3,77	25,86
Durchschnittlicher Value-at-Risk 1999	41,44	37,57	14,47	1,89	8,69

* alle Angaben für 1 Tag Haltedauer und 99 % Konfidenzniveau; unter Einbeziehung historischer Korrelationen

maximalen Value-at-Risk-Werte verdeutlichen die Bandbreite, innerhalb derer sich der Wert im Geschäftsjahr 1999 bewegte.

Der Value-at-Risk für Zins- und Aktienkursrisiken setzt sich jeweils aus zwei Komponenten zusammen. Das allgemeine Risiko beschreibt Wertänderungen aufgrund von allgemeinen Marktbewegungen, während das spezifische Risiko auf

emittentenbezogene Gründe zurückzuführen ist.

Der durchschnittliche Value-at-Risk für Zinsrisiken setzt sich zusammen aus 28,54 Mio € allgemeinem und 24,16 Mio € spezifischem Risiko. Die Durchschnittswerte für das allgemeine Aktienkursrisiko betragen 10,74 Mio €, für das spezifische Aktienkursrisiko 9,66 Mio €.

Tabelle [C] stellt den Value-at-Risk für die einzelnen Handelsbereiche in dem Unternehmensbereich Globale Unternehmen und Institutionen dar.

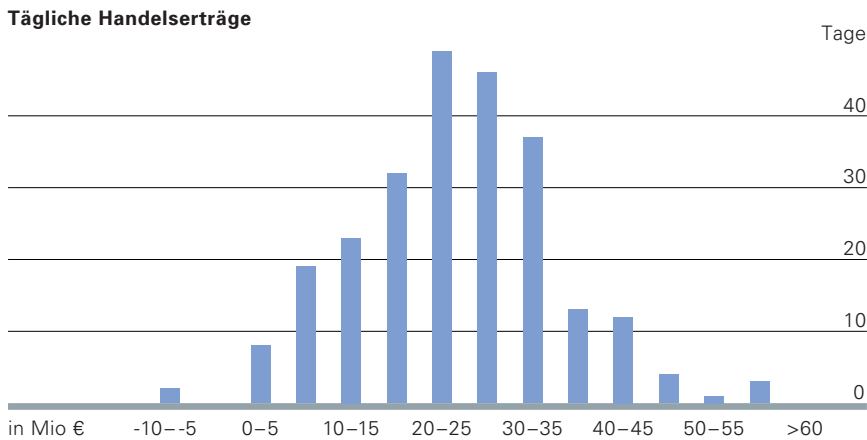
[C] VALUE-AT-RISK DER HANDELSBEREICHE

in Mio € Handelsbereiche	Value-at-Risk zum		Minimaler Value-at-Risk		Maximaler Value-at-Risk		Durchschnittlicher Value-at-Risk	
	31.12.99	31.12.98	1999	1998	1999	1998	1999	1998
Fixed Income*	–	21,36	–	5,36	–	21,62	–	14,01
Investment Grade Credit*	12,79	–	8,53	–	16,11	–	11,83	–
Governments*	8,87	–	8,87	–	19,42	–	13,78	–
Municipals*	0,44	–	0,44	–	7,20	–	2,97	–
Global Asset Securitization*	9,59	–	9,07	–	18,32	–	12,19	–
High Yield*	5,02	–	2,70	–	6,92	–	5,14	–
Loans/Loans Syndication*	6,43	–	0,34	–	8,54	–	5,07	–
Money Market	12,81	5,20	4,09	1,67	15,35	5,88	7,67	3,23
Debt Capital Markets	0,54	1,20	0,54	0,36	5,22	3,21	2,01	1,47
OTC-Derivatives	12,57	16,91	8,54	7,97	26,31	18,45	12,43	12,61
Foreign Exchange	5,77	10,04	2,35	2,38	8,94	10,15	5,27	5,38
Commodities	1,35	1,41	0,58	0,55	3,77	2,20	1,88	1,38
Proprietary Trading	3,44	1,26	0,46	0,80	3,72	7,76	2,75	3,51
Emerging Markets	17,75	14,31	10,48	5,38	29,94	15,53	17,74	10,42
Emerging Markets**								
Proprietary Trading	–	6,76	–	3,72	–	18,22	–	9,03
Equities	16,66	10,65	8,85	5,38	27,42	15,53	13,99	10,42
Übrige*	6,39	–	3,15	–	8,19	–	4,86	–
Insgesamt***	45,31	37,17	30,69	21,68	54,11	40,49	41,44	30,51

* Angaben zu Investment Grade Credit, Global Asset Securitization, Governments, High Yield, Loans/Loan Syndication, Municipals und Übrige umfassen den Zeitraum ab 4. Juni 1999; Angaben zu Fixed Income den Zeitraum bis 4. Juni 1999. Grund ist eine Neustrukturierung der Bereiche im Rahmen der Bankers Trust-Integration.

** Der Bereich wurde im Januar 1999 aufgelöst. Verbleibende Positionen wurden in die übrigen Bereiche, insbesondere Emerging Markets, übertragen.

*** unter Einbeziehung historischer Korrelationen



Stresstests simulieren extreme Marktbewegungen

Während der täglich ermittelte Value-at-Risk Prognosen für maximale Verluste bei normalen Marktbewegungen liefert, werden extreme Marktbewegungen durch wöchentliche Stresstests simuliert, in denen eine Bewertung der Handelsportfolios unter extremen Marktszenarien stattfindet, die vom Value-at-Risk nicht erfasst werden.

Eventrisiko-Szenarien ergänzen Risikoanalyse

Vor allem bei der Bewertung der Portfolios in Emerging Markets kommt der Analyse von länderspezifischen Event-Risiken eine große Bedeutung zu. Auf Basis von regelmäßigen Event-Risiko-Ratings werden Einbrüche in den Aktien-, Zins- und Devisenmärkten verschiedener Länder simuliert. Die Event-Risiko-Ratings werden

Backtesting zur Überprüfung der Modellprognosen

Die Aussagekraft des auf historischen Marktbewegungen basierenden Value-at-Risk-Ansatzes wird durch entsprechende Verfahren (Backtesting) gesichert. Dabei werden die täglichen Gewinne und Verluste mit den anhand des Value-at-Risk-Verfahrens prognostizierten Werten verglichen.

Die Graphik zeigt die Häufigkeitsverteilung der dem Backtesting zu Grunde gelegten täglichen Handelserträge 1999. An 99 % der Handelstage konnte ein positiver Handelsertrag erzielt werden. Es kam 1999 an keinem der Handelstage zu Verlusten, die den Value-at-Risk für diesen Tag überschritten. Daran zeigt sich,

dass das Value-at-Risk-Modell der Deutschen Bank die Marktrisiken nicht unterschätzt hat.

Value-at-Risk des Konzerns

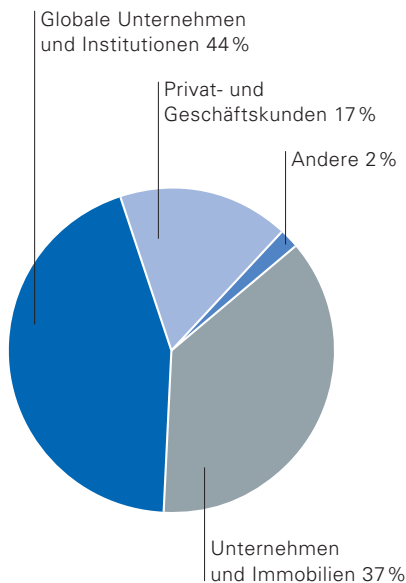
Der Value-at-Risk des Konzerns setzt sich aus den Marktrisiken der Handelsbereiche von Globale Unternehmen und Institutionen sowie den Zins- und Fremdwährungsrisiken der Nichthandelsbereiche zusammen. Er wird in Tabelle [D] gezeigt.

[D] VALUE-AT-RISK DES KONZERNS

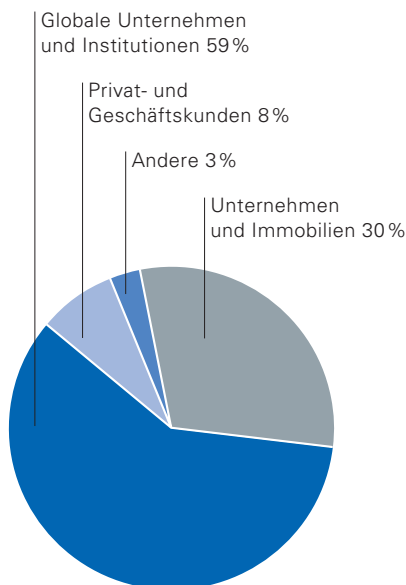
in Mio €	Value-at-Risk*
Value-at-Risk per 31.12.1999	61,25
Minimaler Value-at-Risk 1999	33,84
Maximaler Value-at-Risk 1999	61,25
Durchschnittlicher Value-at-Risk 1999	47,81

* 1 Tag Haltedauer, 99 % Konfidenzniveau; ohne Posten, die nach § 5 (1) Satz 2 Grundsatz I außer Ansatz bleiben

**Kreditrisikoexposition 1999
nach Unternehmensbereichen
– Standardrisikokosten***



– Ökonomisches Kapital*



* ohne Länderrisiken und Abwicklungsriskiken

wöchentlich überprüft und geben die Anfälligkeit eines Landes für kurzfristige Finanzmarktkrisen an. Dabei unterscheiden sich die Event-Risiko-Ratings von den längerfristigen Länder-Ratings zur Einschätzung der Kreditrisiken durch eine höhere Frequenz und den kurzfristigeren Betrachtungshorizont (1 bis 3 Monate). Die Ratings können Werte auf einer Skala von 1 (niedrigstes Risiko) bis 10 (höchstes Risiko) annehmen. Das jeweilige Rating bestimmt die anzuwendenden Szenarien. Eine Herabstufung der Ländereinschätzung führt über die Limitsteuerung zu einer Reduktion der eingegangenen Positionen.

Kreditrisiko

Alle Unternehmensbereiche der Deutschen Bank gehen Kreditrisiken ein. Künftig wird das Kreditrisiko des Konzerns über das Group Risk Board und die für das Risikomanagement in den Unternehmensbereichen Verantwortlichen gesteuert.

Wesentliche Prinzipien sind:

- Die Risikoakzeptanz der Bank für Kreditrisiken wird vom Group Risk Board definiert und vom Konzernvorstand genehmigt.

Der Aufsichtsrat überwacht regelmäßig das Risikoprofil der Bank.

- Die Risikoakzeptanz der Bank für Kreditrisiken wird durch Kreditrichtlinien der Unternehmensbereiche und die Kreditstrategie für die wesentlichen Branchen im operativen Geschäft über entsprechende Limitsetzung umgesetzt.
- Produkt- oder kundenspezifische Leitlinien bilden das Fundament zur geschäftsnahen Ausgestaltung der Methoden und Prozesse im Kreditrisikomanagement des Konzerns.
- Innerhalb der Kreditgrundsätze und -richtlinien werden Einzelkreditentscheidungen in den divisionalen Krediteinheiten und ab einer bestimmten Höhe von dem Konzernvorstand getroffen.

Kreditrisikoposition

Die Deutsche Bank bestimmt ihr Gesamtkreditrisiko über die Standardrisikokosten und das Ökonomische Kapital. Die Standardrisikokosten sind Risikoprämien für das Kreditgeschäft und ergeben sich aus den auf Basis von historischen Erfahrungswerten innerhalb eines Jahres zu erwartenden

tenden Verlusten durch Kreditausfälle. Die Standardrisikokosten werden bei der Konditionengestaltung auf Einzelgeschäftsebene wie im Rahmen der Gesamtbanksteuerung herangezogen.

Die Standardrisikokosten für das Konzern-Kreditexposure beliefen sich 1999 auf 1,0 Mrd €. Dies ist Teil des Betrags, den die Bank als Risikoprämie (im Konzern durchschnittlich 0,22 % des Kreditäquivalents) idealerweise über die Zinsmarge erwirtschaften sollte.

Das Ökonomische Kapital für Kreditrisiken betrug 11,3 Mrd €. Die Eigenkapitalbindung, ausgedrückt als Anteil des Ökonomischen Kapitals am Kreditäquivalent, liegt bei 2,4 %.

Per Jahresende 1999 verteilte sich das Kreditrisiko entsprechend der Graphik von Seite 130 auf die Unternehmensbereiche.

Die Anteile der Unternehmensbereiche an den Standardrisikokosten und am Ökonomischen Kapital leiten sich aus den Anteilen am Gesamtexposure und dem unterschiedlichen Risikogehalt des Geschäfts ab.

[E] KREDITRISIKO NACH UNTERNEHMENSBEREICHEN

in % des Kreditäquivalents	Standardrisikokosten*	Ökonomisches Kapital*
	1999	1999
Privat- und Geschäftskunden	0,33	1,7
Unternehmen und Immobilien	0,27	2,4
Globale Unternehmen und Institutionen	0,18	2,6
Konzern	0,22	2,4

* Aufgrund einer Anpassung der Berechnungsmethoden wurde auf eine Angabe der Vorjahreswerte verzichtet.

Tabelle [E] informiert nach Unternehmensbereichen über den prozentualen Anteil der Standardrisikokosten und des Ökonomischen Kapitals am Kreditäquivalent.

Das durch die Übernahme von Bankers Trust gestiegene Kreditrisikoexposure trug dazu bei, die Diversifikation des Gesamtportfolios zu verbessern, was insbesondere den Quoten der stark inländisch geprägten Portfolios zugute kam.

Tabelle [F] vermittelt einen Überblick zum Risikoprofil nach Branchen und deren relativem Risikogehalt.

Die Aufgliederung macht deutlich, dass rund die Hälfte unseres Kreditexposures ein vergleichsweise geringes Risiko (Anteil des Ökonomischen Kapitals am Kreditäquivalent unter 2 %) aufweist.

[F] KREDITRISIKO NACH BRANCHEN

Branche*	Anteil am Kreditäquivalent des Konzerns	Standardrisikokosten in % des Kreditäquivalents	Ökonomisches Kapital in % des Kreditäquivalents
	in %		
Kredit- und Versicherungsgewerbe	27	0,07	1,6
Verarbeitendes Gewerbe	13	0,35	3,8
Private Haushalte	10	0,20	1,0
Öffentliche Verwaltungen, Sozialversicherungen	13	0,03	1,1
Handel	5	0,46	4,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	11	0,34	3,0
Übrige in Summe	21	0,35	3,3

* Branchen mit einem Anteil von > 5 % am Kreditäquivalent sind einzeln ausgewiesen.

[G] VERTEILUNG DES KREDITÄQUIVALENTS NACH BONITÄTSKLASSEN

Bonitätsklassen oder Äquivalent (Standard & Poor's Rating)	Anteil am Kreditäquivalent des Konzerns in %
AAA – AA	31,4
A	19,3
BBB	26,3
BB	18,1
B	4,3
CCC und schlechter	0,6

Tabelle [G] zeigt die Struktur des intern gerateten Kreditrisiko-exposures nach Bonitätsklassen.

Entwicklung der Länderrisiken

Der noch vor Ausbruch der Asienkrise begonnene Abbau von Risiken aus dem Geschäft mit Kunden in Emerging Markets-Ländern wurde im 1. Halbjahr 1999 – auch vor dem Hintergrund der krisenhaften Entwicklungen in Russland 1998 und Brasilien im Januar 1999 – weiter fortgesetzt. Bereits im Vorfeld der Übernahme hatte Bankers Trust sein nicht unerhebliches Engagement in Emerging Markets deutlich reduziert; dieser Abbau wurde auch nach der Übernahme entschlossen fortgeführt. Dank dieser Strategie konnte das Bankers Trust Exposure bis auf wenige Ausnahmen bereits zum Stichtag Ende Juni in

die bestehende Limitstruktur der Deutschen Bank integriert werden. Während Bankers Trust in Lateinamerika eine Zunahme der Risiken vorwiegend im kommerziellen Geschäft aufwies, lag die Erhöhung in Asien schwergewichtig im Derivategeschäft.

Abschließend zeigt Tabelle [H] die Verteilung des Kreditäquivalents nach geografischen Regionen, bezogen auf das Sitzland der Kreditnehmer.

[H] REGIONALE VERTEILUNG DES KREDITÄQUIVALENTS

Anteil am Kreditäquivalent des Konzerns in %

Osteuropa	1,2
Westeuropa	66,2
Afrika	0,4
Asien/Pazifik*	8,0
Nordamerika	18,7
Mittel- und Südamerika	1,5
Sonstige**	4,0

* einschließlich Australien, Japan, Neuseeland

** zum Beispiel supranationale Einrichtungen

Ausfallrisiken aus derivativen Geschäften

Bei Derivategeschäften bestehen Kreditrisiken, da der Ausfall einer Gegenpartei zu Wiederbeschaffungskosten führen kann, um eine vergleichbare Position einzugehen.

... nach Branchengruppen

Tabelle [I] zeigt die Verteilung des kreditrisikobehafteten Geschäfts des Konzerns in Handelsaktivitäten mit OTC-Derivaten auf ausgewählte Branchengruppen.

[I] HANDELSAKTIVITÄTEN IN OTC-DERIVATEN NACH AUSGEWÄHLTEN BRANCHEN

Branchengruppen: Positive Marktwerte nach Netting in Mrd €	OTC-Derivate*	
	31.12.1999	31.12.1998
Kredit- und Versicherungsgewerbe	52,05	35,21
Verarbeitendes Gewerbe	2,51	0,54
Private Haushalte	0,14	0,01
Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherungen	1,94	0,70
Handel	0,53	0,15
Grundstücks- und Wohnungswesen	1,11	0,04
Dienstleistungen und Sonstige**	3,07	2,26
	61,35	38,91

* auf Basis kontrahentenbezogenen Nettings bei durchsetzbarer Vereinbarung

** überwiegend für Unternehmen

... nach aufsichtsrechtlichen Kontrahentengruppen

Die entsprechende Aufteilung in die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Kategorien ergibt das in Tabelle [J] gezeigte Bild.

[J] HANDELSAKTIVITÄTEN IN OTC-DERIVATEN NACH KONTRAHENTENGRUPPEN

Kontrahentengruppen: Positive Marktwerte nach Netting in Mrd €	31.12.1999	31.12.1998
OECD Zentralregierungen*	1,89	0,67
OECD Kreditinstitute*	39,05	20,50
OECD Finanzdienstleistungsinstitute*	6,70	1,94
Sonstige (zum Beispiel Unternehmen und Privatpersonen)	9,93	14,67
Nicht-OECD Zentralregierungen	0,04	0,00
Nicht-OECD Kreditinstitute	1,82	0,87
Nicht-OECD Finanzdienstleistungsinstitute	1,92	0,26
	61,35	38,91

* OECD: 1998 Zone A-Länder nach deutschem Bankenaufsichtsrecht ohne Mexiko, Polen und Südkorea

OTC-Derivate nach Bonitätsklassen

Die Aufteilung der Handelsaktivitäten, die dem OTC Derivateportfolio zugehören, nach Bonitätsklassen (inklusive Netting) ermöglicht einen tiefer gehenden Einblick in die Kontrahentenstruktur und wird in Tabelle [K] gezeigt.

Gemessen an den Nettowiederbeschaffungskosten (Positive Marktwerte nach Netting) entfallen 74 % (1998: 81 %) auf die Bonitätsklassen AAA, AA, A.

Die Tabelle [L] auf Seite 136/137 zeigt je Produktbereich die auf die Handelsaktivitäten entfallenden, am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Derivategeschäfte sowie Durchschnittswerte für das gesamte Berichtsjahr.

Wie auch in den Vorjahren kam es aufgrund der weiteren Expansion der Investment Banking-Aktivitäten zu einer Ausweitung des Derivategeschäfts. Die Wiederbeschaffungswerte (Positive Marktwerte) im Derivategeschäft betragen 119,75 Mrd € (1998: 77,9 Mrd €). Nach Berücksichtigung durchsetzbarer Netting-Vereinbarungen ergeben sich Netto-Wiederbeschaffungskosten in Höhe von 61,35 Mrd € (1998: 38,91 Mrd €).

Daneben bestehen Handelsaktivitäten in Kreditderivaten, die

jedoch zum Bilanzstichtag noch keine materiell relevante Größenordnung erreicht haben (Positive Marktwerte in Höhe von 30 Mio €).

Außerhalb der Handelsaktivitäten werden Derivategeschäfte auch für das Management der Risiken im Anlagebuch verwendet.

Liquiditätsrisiko

Die Liquiditätssteuerung und das Management des Liquiditätsrisikos obliegt Group Treasury.

Das Liquiditätsmanagement in der Deutschen Bank wird ausgerichtet an den wichtigsten Handelswährungen innerhalb des Konzerns. Die lokale Liquidität in einzelnen Währungen wird in den dezentralen Treasury-Einheiten gesteuert. Zur Sicherung der Liquidität in diesen Währungen

[K] HANDELSAKTIVITÄTEN IN OTC-DERIVATEN NACH BONITÄTSKLASSEN

Bonitätsklassen oder Äquivalent (Standard & Poor's Rating) per 31.12.1999 in Mio €	Nominalvolumina			Insgesamt	Positive Marktwerte nach Netting	In % des Nominalbetrags
	bis 1 Jahr	1–5 Jahre	über 5 Jahre			
AAA	149 393	161 853	123 134	434 380	10 539	2,43
AA	85 226	56 480	60 160	201 866	1 975	0,98
A	2 982 023	1 451 095	936 702	5 369 820	32 723	0,61
BBB	612 416	395 555	127 744	1 135 715	8 082	0,71
Non-Investment Grade	160 602	82 977	64 521	308 100	4 594	1,49
Sonstige	97 632	33 534	19 875	151 041	3 438	2,28
Total	4 087 292	2 181 494	1 332 136	7 600 922	61 351	0,81

unterhält die Bank in Frankfurt, New York und Tokio umfangreiche liquide Wertpapierbestände.

Die Methode zur Liquiditätsrisikosteuerung beinhaltet die Erfassung aller zukünftig zu erwartenden vertraglichen Cash Flows aus bestehendem Geschäft, und zwar taggenau und pro Währung. Auch unsichere, das heißt von Marktumständen oder Kontrahentenentscheidungen abhängige Cash Flows werden unter Einsatz statistischer Verfahren geschätzt.

Weitere wichtige Bestandteile eines integrierten Liquiditätsrisikomanagements sind die Überwachung der unbesichert aufgenommenen Mittel (Unsecured Funding) sowie die Abschätzung des im Bedarfsfall möglichen Zuwachses an kurzfristiger Liquidität aus Verkauf beziehungsweise Beleihung von Vermögenswerten (Balance Sheet Liquidity); mit der Umsetzung in ein Berichtssystem wurde begonnen.

Geschäftsrisiko

Der Konzernvorstand steuert das Geschäftsrisiko übergeordnet durch die strategische Ausrichtung der Bank. Die einzelnen Unternehmensbereiche sind im Rahmen

ihres Auftrags für die operative Steuerung zuständig. Dabei ist die entscheidende Basis für ein effektives Kosten- und Ertragsmanagement das interne Management-Informationssystem des Konzerns.

Operationale Risiken

Die Bewertung und das Management operativer Risiken in der Deutschen Bank liegen in der Verantwortung der Unternehmensbereiche. Sie sind die Risikoträger und sie entscheiden, in welcher Form und in welchem Ausmaß sie Risiken akzeptieren oder abbauen. Über das bereits existierende tägliche Management operativer Risiken hinaus hat die Deutsche Bank in Zusammenarbeit mit anderen Instituten die Arbeit aufgenommen, ein Rahmenwerk für operationale Risiken zu definieren. Dieses Rahmenwerk soll sicherstellen, dass operationale Risiken global und institutsübergreifend nach gleichen Grundsätzen und Maßstäben bewertet werden. Darüber hinaus wurden allgemeingültige Standards definiert, die bei der Einführung neuer Produkte beachtet werden müssen.

Jahr 2000 (Year 2000 Readiness Disclosure)

Ein operationales Risiko der besonderen Art bestand in dem Jahr-2000-Problem. Den Übergang in das neue Jahrtausend haben alle Gesellschaften des Konzerns Deutsche Bank erfolgreich bewältigt. Nennenswerte Störungen im Geschäftsbetrieb als Folge des Jahr-2000-Problems sind weder zum Jahreswechsel noch während des Schaltmonats aufgetreten. Damit waren die intensiven Umstellungsarbeiten, die im Rahmen eines bereits 1996 aufgesetzten globalen Projekts durchgeführt wurden und in das seit Juni 1999 auch Bankers Trust einbezogen war, erfolgreich. Die Gesamtkosten des konzernweiten Jahr-2000-Projekts, an dem in der Spitze über 1 500 Mitarbeiter beschäftigt waren, betragen 511,29 Mio €.

Das Jahr-2000-Problem wurde durch die Verwendung zweistelliger Jahresdatenfelder in verschiedensten Computeranwendungen verursacht, die eine datenverarbeitungstechnische Unterscheidung zwischen Jahrhunderten nicht möglich machte. Darüber hinaus ist das Jahr 2000 ein besonderes

[L] HANDELSAKTIVITÄTEN IN DERIVATEN

in Mio €	Nominalbetrag nach Restlaufzeit			Insgesamt
	bis 1 Jahr	1–5 Jahre	über 5 Jahre	
Zinsbezogene Geschäfte				
OTC-Produkte				
FRA	697 316	54 232	0	751 548
Zins-Swaps (gleiche Währung)	1 752 459	1 624 005	1 160 528	4 536 992
Zinsoptionen-Käufe	130 054	290 104	70 405	490 563
Zinsoptionen-Verkäufe	138 883	315 477	98 561	552 921
Sonstige Zinsgeschäfte	19 048	21	10	19 079
Zwischensumme	2 737 760	2 283 839	1 329 504	6 351 103
Börsengehandelte Produkte				
Zins-Futures	1 889 447	361 350	93 641	2 344 438
Zinsoptionen-Käufe	171 417	18 934	0	190 351
Zinsoptionen-Verkäufe	149 117	18 924	0	168 041
Zwischensumme	4 947 741	2 683 047	1 423 145	9 053 933
Währungsbezogene Geschäfte				
OTC-Produkte				
Devisentermingeschäfte	1 271 326	30 585	447	1 302 358
Cross-Currency-Swaps	50 187	109 985	81 918	242 090
Devisenoptionen-Käufe	82 138	8 182	7 036	97 356
Devisenoptionen-Verkäufe	81 843	7 199	533	89 575
Sonstige Devisengeschäfte				
Zwischensumme	1 485 494	155 951	89 934	1 731 379
Börsengehandelte Produkte				
Devisen-Futures	7 280	35	0	7 315
Devisenoptionen-Käufe	7 767	0	0	7 767
Devisenoptionen-Verkäufe	6 730	0	0	6 730
Zwischensumme	1 507 271	155 986	89 934	1 753 191
Aktien-/Index-bezogene Geschäfte				
OTC-Produkte				
Aktien-/Index-Swaps	26 632	10 134	2 156	38 922
Aktien-/Index-Optionen-Käufe	31 987	28 086	1 530	61 603
Aktien-/Index-Optionen-Verkäufe	18 553	25 757	2 719	47 029
Sonstige Aktien-/Index-Geschäfte				
Zwischensumme	77 172	63 977	6 405	147 554
Börsengehandelte Produkte				
Aktien-/Index-Futures	37 177	175	0	37 352
Aktien-/Index-Optionen-Käufe	459	31	0	490
Aktien-/Index-Optionen-Verkäufe	462	17	0	479
Zwischensumme	115 270	64 200	6 405	185 875
Sonstige Geschäfte				
OTC-Produkte				
Edelmetallgeschäfte (einschl. Gold)	21 781	21 828	7 317	50 926
Commodities	4 365	4 332	788	9 485
Zwischensumme	26 146	26 160	8 105	60 411
Börsengehandelte Produkte				
Futures	9 450	1 922	0	11 372
Optionen-Käufe	650	306	0	956
Optionen-Verkäufe	1 892	249	0	2 141
Zwischensumme	38 138	28 637	8 105	74 880
Summe ohne Börsengehandelte Produkte	4 326 572	2 529 927	1 433 948	8 290 447
Gesamtsumme				
Positive Marktwerte nach bankenaufsichtsrechtlich anerkannten Netting-Vereinbarungen				

* Marktwerte wurden nur für OTC-Derivate angegeben.

Positive Marktwerte*	Negative Marktwerte*	Netto- marktwerte*	Durchschnittliche Werte der letzten 12 Monate		
			Nominalvolumen	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
365	356	9	641 891	396	381
52 598	58 076	- 5 478	3 208 549	47 413	50 227
7 885		7 885	352 432	6 126	
	8 147	- 8 147	400 604		10 829
61	30	31	114 793	190	58
60 909	66 609	- 5 700	4 718 269	54 125	61 495
			1 225 609		
			27 560		
			819 768		
60 909	66 609	- 5 700	6 791 206	54 125	61 495
26 595	26 288	307	988 853	21 659	21 803
12 867	12 031	836	167 808	8 758	8 010
3 067		3 067	107 488	2 824	
	1 842	- 1 842	103 954		1 877
			136	4	1
42 529	40 161	2 368	1 368 239	33 245	31 691
			1 573		
			2 133		
			185 437		
42 529	40 161	2 368	1 557 382	33 245	31 691
3 473	4 177	- 704	32 820	2 204	1 997
11 864		11 864	49 450	7 417	
	12 160	- 12 160	56 223		7 398
			441	6	58
15 337	16 337	- 1 000	138 934	9 627	9 453
			18 969		
			1 114		
			41 879		
15 337	16 337	- 1 000	200 896	9 627	9 453
201	153	48	35 343	888	819
775	815	- 40	14 102	534	621
976	968	8	49 445	1 422	1 440
			2 973		
			5 117		
			1 805		
976	968	8	59 340	1 422	1 440
119 751	124 075	- 4 324	6 274 887	98 419	104 079
61 351					

Schaltjahr, das in vielen Computeranwendungen nicht als solches berücksichtigt wurde. Damit bestand das Risiko, dass es ohne Umstellung der einzelnen Programme beim Übergang in das Jahr 2000 beziehungsweise während des Schaltmonats zu Fehlern, Datenverlusten oder Systemzusammenbrüchen hätte kommen können, die insbesondere bei Banken wegen der starken Vernetzung der Finanzdienstleistungsunternehmen sowie der Schlüsselstellung der Kreditwirtschaft erhebliche Auswirkungen gehabt hätten.

Versicherungstechnische Risiken der Versicherungsgesellschaften des Konzerns

Um den versicherungstechnischen Risiken zu begegnen, existieren ausreichende Regularien. Dazu gehören in der Personenversicherung die Verwendung abgesicherter biometrischer Rechnungsgrundlagen mit statistisch ausreichenden Sicherheitsmargen, genaue Richtlinien zur Annahme von Risiken, deren Einhaltung laufend überwacht wird, sowie der Risikoausgleich im Kollektiv

durch Diversifikation innerhalb des Versicherungsbestands.

In der Schadenversicherung werden laufend die in das Portfolio übernommenen Risiken und deren Verlauf beobachtet. Erkenntnisse aus Veränderungen in der Schadenentwicklung und den Markttrends fließen in die Risikoeinschätzung und Tarifierung ein.

Bei allen Versicherungsunternehmen erfolgt eine Dotierung der versicherungstechnischen Rückstellungen nach dem Vorsichtsprinzip. Außerdem wird das eigene Risiko durch Weitergabe von Risiken an ausgewählte Rückversicherungsgesellschaften begrenzt.

Gesamtrisikoposition

Zur Ermittlung der Gesamtrisikoposition werden die Werte des Ökonomischen Kapitals aller Risikoarten addiert, das heißt, es wird von der konservativen Annahme ausgegangen, dass in allen Risikoarten die Verluste gleichzeitig eintreten.

Das Ökonomische Kapital des Konzerns belief sich zum 31.12.1999 unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten auf insgesamt 15,16 Mrd €

(1998: 12,39 Mrd €). Darin sind das Länder-, das Liquiditäts-, das operationale Risiko und das Risiko der Versicherungen noch nicht enthalten.

Eigenkapital und Risikoposition nach Aufsichtsrecht

Aus der Perspektive der Bankaufsicht stellt sich die Risikoposition (Risikoaktiva einschließlich Marktrisikoäquivalent) gemäß Tabelle [M] dar, wobei die Berechnung nach der deutschen Umsetzung der Basler Mindeststandards (BIZ-Regeln) erfolgt.

[M] RISIKOPOSITION NACH BIZ

in Mio €	31.12.1998	31.3.1999	30.6.1999	30.9.1999	31.12.1999
Risikoaktiva	240 910	257 339	295 799	285 316	283 945
Marktrisikooäquivalent	13 282	18 738	13 310	9 100	8 676
Insgesamt	254 192	276 077	309 109	294 416	292 621

Eigenmittel

Die Eigenmittel nach BIZ setzen sich entsprechend Tabelle [N] zusammen.

Mit einer Eigenkapitalquote von 12,0 % liegt die Deutsche Bank deutlich über der von der BIZ geforderten Mindestquote von 8 %.

[N] EIGENMITTEL NACH BIZ

in Mio €	31.12.1998	31.3.1999	30.6.1999	30.9.1999	31.12.1999
Kernkapital (Tier I)	15 979	16 016	16 554	16 509	17 338
Ergänzungskapital (Tier II)	13 364	13 377	16 554	16 509	17 338
Nutzbare Drittrangmittel (Tier III)	0	0	760	520	496
Anrechenbares Eigenkapital insgesamt	29 343	29 393	33 868	33 538	35 172
Kernkapitalquote (einschl. Marktrisiken)	6,3%	5,8%	5,4%	5,6%	5,9%
BIZ-Eigenkapitalquote	11,5%	10,6%	11,0%	11,4%	12,0%

Ausblick

Für das Jahr 2000 zeichnet sich weltweit eine Konvergenz des Wirtschaftswachstums auf hohem Niveau ab. Anders als in den von den Krisen in Asien, Russland und Lateinamerika geprägten Vorjahren wird es keine große Region mehr mit gravierenden Wachstumsproblemen geben. Während in den USA der beeindruckende Aufschwung in sein zehntes Jahr geht, kommt die Wirtschaft in den meisten anderen Teilen der Welt zunehmend in Fahrt, wobei der Konjunkturmotor in Japan im internationalen Vergleich nur verhalten läuft. Das Euro-Gebiet und insbesondere auch die deutsche Wirtschaft profitieren von der weltweit steigenden Nachfrage und dem niedrigen Kurs des Euro. Angesichts erhöhter Rohstoffpreise und steigender Auslastung der Produktionskapazitäten wird die bislang niedrige Inflationsrate höher ausfallen als 1999. Die Europäische Zentralbank dürfte der Gefährdung des Preis- und Kostenklimas durch die Anhe-

bung der Geldmarktzinsen entgegenwirken.

Das günstige Konjunktur- bild und die größeren Preisrisiken haben die Kapitalmarktzinsen bereits deutlich ansteigen lassen; der weitere Zinsanstieg im Laufe von 2000 sollte begrenzt sein. Nachdem die Zinsdifferenzen der verschiedenen Staatsanleihen im Euro-Währungsraum deutlich geschrumpft sind, treten bei den Anleihen zunehmend die Aspekte Bonität und Liquidität in den Vordergrund. Für die Anleger gewinnen Pfandbriefe, Unternehmensanleihen und Emerging-Markets-Anleihen bei der Portfolio-Diversifizierung mehr und mehr an Bedeutung. Am Markt für Unternehmensanleihen, der 1999 selbst optimistische Prognosen übertroffen hat, ist weiterhin ein dynamisches Wachstum zu erwarten.

Die Aktienmärkte haben das Jahr 1999 vielerorts mit kräftigen Kursavancen und neuen Höchstständen beendet. Vor allem an den Börsen im Euro-Gebiet deutet ungeachtet der veränderten Zinslandschaft

vieles auf eine moderate Fortsetzung des Aufwärtstrends hin. Der Konjunkturaufschwung, verbunden mit steigender Kapazitätsauslastung, dürfte hier für anhaltende Gewinnzuwächse sorgen. Zusätzliche Phantasie resultiert aus Übernahmen, Fusionen und Umstrukturierungsprogrammen, die auch zukünftig zur Effizienzsteigerung in den Unternehmen unerlässlich bleiben. Fundamentale Unterstützung erhalten die Märkte von der zunehmenden Bedeutung der Aktie für die Altersvorsorge und der wachsenden Aktienkultur in Europa, die sich in Deutschland insbesondere in der Erfolgsgeschichte des „Neuen Marktes“ manifestiert; er wird auch 2000 wieder viele Unternehmen anziehen.

Der Beginn des Geschäftsjahres 2000 war für die Deutsche Bank erfreulich. Alle Unternehmensbereiche haben bislang die Vorjahreswerte übertroffen. Für das Ergebnis vor Steuern des Jahres 2000 erwarten wir vor dem Hintergrund eines kräftigen Wachstums des Bruttoinlandspro-

dukts in den wichtigsten Märkten sowie eines nur moderat ansteigenden Inflations- und Zinsniveaus sowohl für den Konzern als auch für die Mehrzahl der Unternehmensbereiche eine weitere Verbesserung gegenüber dem guten Geschäftsjahr 1999. Die Deutsche Bank hat mit allen Unternehmensbereichen die Chancen des E-Business ergriffen, verbreitert darüber hinaus aber auch ihre traditionellen Geschäftsaktivitäten.

Ereignisse nach Ablauf des Geschäftsjahres

Anfang März 2000 wurde die geplante Fusion der Deutschen Bank mit der Dresdner Bank der Öffentlichkeit bekannt gegeben. Beide Banken sollen auf eine neue Gesellschaft mit dem Namen Deutsche Bank verschmolzen werden. Durch den Zusammenschluss entsteht die führende Bank Europas. Die außerordentlichen Hauptversammlungen, die über die Fusion entscheiden sollen, werden voraussichtlich im November stattfinden; als Stichtag für die Fusion ist der 30. Juni/1. Juli 2000 vorgesehen. Mit den für die Genehmigung zuständigen Behörden sind Gespräche aufgenommen worden; an dem Integrationskonzept wird mit Hochdruck gearbeitet.

Danach soll die neue Deutsche Bank sich auf fünf Tätigkeitsgebiete fokussieren: Privat- und Geschäftskunden, Firmenkunden und Immobilien, Globale Unternehmen und Institutionen, Asset Management sowie Global Technology and

Services. Für das Management des industriellen Beteiligungsportfolios soll ein eigener Bereich geschaffen werden.

Das Retail Banking der beiden Häuser soll nach der Verschmelzung in der Bank 24 zusammengeführt werden. Die Allianz wird an dieser Gesellschaft minderheitlich beteiligt sein. Die Bank 24 soll innerhalb der nächsten drei Jahre an die Börse gebracht werden. Danach wird der Anteil der Allianz mindestens 32 % sowie der Anteil der neuen Deutschen Bank 10 % betragen. Die restlichen Anteile sollen über die Börse einem breiten Publikum angeboten werden und in Streubesitz liegen.

Die neue Deutsche Bank wird in Deutschland Marktführer im Privat- und Firmenkundengeschäft und weltweit an dritter Stelle im Private Banking stehen. Das Geschäft mit vermögenden Privatkunden bildet künftig einen Schwerpunkt der Aktivitäten. Es entsteht die führende europäische Investment Bank, die sich mit den besten Investment Banken

weltweit messen kann. Im Asset Management und im Custody-Geschäft erreicht die neue Bank durch den Zusammenschluss bereits weltweit Position vier. Die Fusion bringt mithin einen signifikanten Zugewinn an Marktanteilen.

Der Zusammenschluss wird aus heutiger Sicht Synergieeffekte in Höhe von etwa 2,9 Mrd € pro Jahr bringen. Davon entfallen auf Einsparungen im Bereich Informationstechnologie etwa 950 Mio € (33 %), auf die Geschäftsfelder rund 1 360 Mio € (48 %), auf das Corporate Center knapp 220 Mio € (8 %). Weitere Synergien werden etwa 330 Mio € betragen. Sie ergeben sich beispielsweise in der Werbung, in Beratungskosten sowie im Beschaffungs- und Flächenmanagement. Den jährlichen Synergieeffekten stehen einmalige Kosten für die Umstrukturierung von etwa 3 Mrd € gegenüber.

Für die Kernkapitalquote wird für das Jahr 2001 ein Wert von mehr als 6 % angestrebt, für die Gesamtkapitalquote von mehr als 11 %.

Die Unternehmenswertrelation zwischen Deutscher Bank und Dresdner Bank spiegelt die bisherigen Marktbewertungen wider und bildet die Grundlage des festzusetzenden Umtauschverhältnisses. Das endgültige Umtauschverhältnis für die ehemaligen Aktionäre der Deutschen und der Dresdner Bank wird von den Vorständen aufgrund eines von Wirtschaftsprüfern erstellten Bewertungsgutachtens festgelegt.

Durch die gesteigerte Ertragskraft, die deutlich verbreiterte Kapitalbasis und die addierten Reserven in den Industriebeteiligungen wird die strategische Handlungsfähigkeit im weltweiten Konsolidierungsprozess weiter ausgebaut. Basierend auf der hohen Kompatibilität der Unternehmensstrukturen und der Fokussierung der Kernkompetenzen in Wholesale- und Investment Banking sowie im Asset Management und Private Banking entsteht die europäische Bank mit globaler Reichweite und starker Wettbewerbsposition.

Erklärung des Vorstands

Der Vorstand der Deutschen Bank AG ist für den Konzernabschluss verantwortlich. Dieser wurde nach den International Accounting Standards erstellt und erfüllt damit die Voraussetzungen des § 292a HGB zur Befreiung von der Aufstellung eines Konzernabschlusses nach deutschem Handelsrecht. Darüber hinaus werden die Publizitätsanforderungen der Europäischen Union erfüllt.

Die Verantwortung für eine zutreffende Rechnungslegung erfordert ein effizientes internes Steuerungs- und Kontrollsystem und eine funktionsfähige Revision. Das interne Kontrollsystem der Deutschen

Bank basiert auf schriftlichen Vorgaben zur Aufbau- und Ablauforganisation, einem ausgebauten Risikocontrolling für Adressenausfall- und Marktrisiken sowie der Beachtung der Funktionstrennung. Es bezieht sämtliche Geschäftsvorfälle, Vermögenswerte und die Führung der Bücher ein. Die Revision der Deutschen Bank erfolgt entsprechend den umfangreichen Prüfungsplänen, die alle Bereiche des Konzerns abdecken und auch die Einhaltung der organisatorischen Vorgaben einschließen.

Die KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungs-

gesellschaft hat den Konzernabschluss unter Beachtung der International Standards on Auditing geprüft und einen entsprechenden Bestätigungsvermerk erteilt. Die KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft sowie die Revision der Deutschen Bank hatten ungehinderten Zugang zu sämtlichen Unterlagen, die sie im Rahmen ihrer Prüfungen für die Beurteilung des Konzernabschlusses sowie die Einschätzung der Angemessenheit des internen Kontrollsystems benötigen.

Frankfurt am Main, 21. März 2000
Deutsche Bank AG



Josef Ackermann



Carl L. von Boehm-Bezing



Rolf-E. Breuer



Michael Dobson



Thomas R. Fischer



Tessen von Heydebreck



Hermann-Josef Lamberti



Ronaldo H. Schmitz

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Konzernabschluss der Deutschen Bank AG zum 31. Dezember 1999 geprüft. Der Konzernabschluss umfasst die in den Standards des International Accounting Standards Committee (IASC) geforderten Unterlagen sowie weitere nach europäischem Recht geforderte Angaben. Aufstellung und Inhalt des Konzernabschlusses liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung zu beurteilen, ob der Konzernabschluss den International Accounting Standards (IAS) entspricht.

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der Interna-

tional Standards on Auditing der International Federation of Accountants (IFAC) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob der Konzernabschluss frei von wesentlichen Mängeln ist. Im Rahmen der Prüfung werden Nachweise für die Wertansätze und Angaben in dem Konzernabschluss auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und wesentlicher Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses. Wir sind der Auffassung, dass

unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auch die Voraussetzungen für eine Befreiung der Gesellschaft von der Aufstellung eines Konzernabschlusses nach deutschem Recht sind erfüllt. Nach unserer Überzeugung stellt der Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen die Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 1999 sowie die Ertragslage und die Zahlungsströme des abgelaufenen Geschäftsjahres angemessen dar und entspricht den Anforderungen des International Accounting Standards Committee (IASC).

Frankfurt am Main, 23. März 2000
KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Rolf Nonnenmacher
Wirtschaftsprüfer



Reinhard Prahl
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

In seinen vier Sitzungen ließ sich der Aufsichtsrat im vergangenen Jahr ausführlich über die wirtschaftliche Situation der Bank, aktuelle Ereignisse und grundsätzliche Fragen der Geschäftspolitik unterrichten. Neben der Entwicklung des laufenden Geschäfts wurde insbesondere über die Immobilienfinanzierung im Konzern, den Stand des Investment Banking sowie wichtige geschäftliche Einzelvorgänge gesprochen. Ferner ließ sich der Aufsichtsrat ausführlich über den Stand der Neuausrichtung des Unternehmensbereichs Privat- und Geschäftskunden informieren. Die Integration von Bankers Trust wurde in allen Sitzungen behandelt.

Außerdem wurden die Veränderungen im Beteiligungsportfolio der Bank erörtert. Den entsprechenden Vorschlägen des Vorstands wurde, soweit aufgrund gesetzlicher oder satzungsmäßiger Regelungen erforderlich, nach gründlicher Prüfung zugestimmt. Gegenstand eingehender Erörterungen waren zudem die allgemeine wirtschaftliche und konjunkturelle Lage sowie Fragen der Währungssituation und der Entwicklungen in den Emerging Markets. Aktuelle Einzelthemen wurden darüber hinaus in regelmäßigen Gesprächen zwischen dem Sprecher des Vorstands und dem Aufsichtsratsvorsitzenden behandelt.

Der Ausschuss für Kredit- und Marktrisiken erörterte in seinen sechs Sitzungen fristgemäß die nach Gesetz und Satzung vorlagepflichtigen Engagements sowie alle größeren oder mit erhöhten Risiken behafteten Kredite und gab – sofern erforderlich – seine Zustimmung. Dabei wurden insbesondere die Kredit-, Markt- und operationale Risiken eingehend diskutiert. Der Präsidialausschuss tagte im Berichtszeitraum sechsmal; der Bilanzausschuss zweimal; der Vermittlungsausschuss wurde nicht einberufen.



Hilmar Kopper
Vorsitzender des Aufsichtsrats

Mit Wirkung zum 31. März 1999 legten Herr Heinz-Jürgen Neuhaus und mit Wirkung zum 31. August 1999 Herr Peter Hahn ihre Mandate im Aufsichtsrat der Deutschen Bank nieder. Ihnen gilt unser herzlicher Dank für die vertrauensvolle und engagierte Mitarbeit. Als deren gewählte Stellvertreter traten die Herren Klaus Schwedler und Michael Freiherr Truchseß von Wetzhausen in den Aufsichtsrat ein.

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung vom 25. Oktober 1999 dem Wunsch von Herrn Dr. Jürgen Krumnow entsprochen, seine Bestellung zum 31. Oktober 1999 aufzuheben und ihn aus seinem Vorstandsvertrag zu entlassen. In derselben Sitzung beschloss der Aufsichtsrat, Herrn Professor Dr. Clemens Börsig mit Wirkung vom 16. Dezember 1999 Generalvollmacht zu erteilen; in der Aufsichtsratssitzung vom 26. Januar 2000 wurde Herr Professor Börsig mit Wirkung ab dem 1. Januar 2001 zum ordentlichen Vorstandsmitglied bestellt.

Vertreter des Abschlussprüfers haben an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats, den Sitzungen des Bilanzausschusses sowie an einer Sitzung des Ausschusses für Kredit- und Marktrisiken teilgenommen und Erläuterungen gegeben.

Die Buchführung, der Jahresabschluss mit Lagebericht sowie der Konzernabschluss mit Erläuterungen (Notes) sind von der durch die Hauptversammlung als Abschlussprüfer gewählten KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, geprüft und jeweils mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Die jeweiligen Berichte des Abschlussprüfers wurden dem Aufsichtsrat zur Einsicht ausgehändigt. Dem Ergebnis dieser Prüfungen stimmt der Aufsichtsrat zu.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 1999, den Lagebericht, den Vorschlag für die Gewinnverwendung sowie den nach International Accounting Standards (IAS) aufgestellten befreienden Konzernabschluss mit Erläuterungen (Notes) jeweils geprüft. Dabei haben sich keine Beanstandungen ergeben.

Der Aufsichtsrat hat heute den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss gebilligt, der damit festgestellt ist. Dem Vorschlag für die Gewinnverwendung schließt sich der Aufsichtsrat an.

Frankfurt am Main, 5. April 2000

Der Aufsichtsrat



Hilmar Kopper

Vorsitzender

Aufsichtsrat

Hilmar Kopper

Vorsitzender
Frankfurt am Main

Heidrun Förster*

stellvertretende Vorsitzende
Deutsche Bank AG, Berlin

Dr. rer. oec. Karl-Hermann Baumann

Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Siemens Aktiengesellschaft,
München

Heinz Brülls*

Deutsche Bank AG, Aachen

Dr. Ulrich Cartellieri

Frankfurt am Main

Klaus Funk*

Deutsche Bank AG, Mainz

Peter Hahn*

Deutsche Bank AG, Hamburg
bis 31.8.1999

Sabine Horn*

Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main

Louis R. Hughes

Executive Vice President
General Motors Corporation, Detroit

Ulrich Kaufmann*

Deutsche Bank AG, Düsseldorf

Adolf Kracht

Unternehmensberater, München

Professor Dr.-Ing. E. h.**Dipl.-Ing. Berthold Leibinger**

Vorsitzender der Geschäftsführung der
TRUMPF GmbH + Co. KG, Ditzingen

Dr. Klaus Liesen

Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Ruhrgas AG, Essen

Margret Mönig-Raane*

Erste Vorsitzende der Gewerkschaft
Handel, Banken und Versicherungen,
Düsseldorf

Heinz-Jürgen Neuhaus*

Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
bis 31.3.1999

Dr. Michael Otto

Vorsitzender des Vorstands
der Otto-Versand (GmbH & Co.),
Hamburg

Gerhard Renner*

Mitglied des Bundesvorstands der
Deutschen Angestellten-Gewerkschaft,
Hamburg

Dr. Hermann Scholl

Vorsitzender der Geschäftsführung
der Robert Bosch GmbH, Stuttgart

Klaus Schwedler*

GTG Gesellschaft für Technisches
Gebäudemanagement mbH, Eschborn
ab 1.4.1999

**Michael Freiherr Truchseß
von Wetzhausen***

Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main
ab 1.9.1999

Lothar Wacker*

Deutsche Bank AG, Köln

Dipl.-Ing. Albrecht Woeste

Vorsitzender des Aufsichtsrats und
Gesellschafterausschusses
der Henkel KGaA, Düsseldorf

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Präsidialausschuss

Hilmar Kopper
Vorsitzender
Heidrun Förster*
stellvertretende Vorsitzende
Dr. Ulrich Cartellieri
Lothar Wacker*

Vermittlungsausschuss

Hilmar Kopper
Vorsitzender
Heidrun Förster*
stellvertretende Vorsitzende
Dr. Ulrich Cartellieri
Gerhard Renner*

Bilanzausschuss

Hilmar Kopper
Vorsitzender
Heidrun Förster*
stellvertretende Vorsitzende
Dr. rer. oec. Karl-Hermann Baumann
Heinz Brülls*
Dr. Ulrich Cartellieri
Peter Hahn* bis 31.8.1999
Michael Freiherr Truchseß
von Wetzhausen*
ab 1.9.1999

Ausschuss für Kredit- und Marktrisiken

Hilmar Kopper
Vorsitzender
Dr. Ulrich Cartellieri
Dr. Klaus Liesen
Dr. rer. oec. Karl-Hermann Baumann
Ersatzmitglied
Adolf Kracht
Ersatzmitglied

* von den Arbeitnehmern gewählt

Beraterkreis

Dr. Mark Wössner

Vorsitzender
Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Bertelsmann AG
Gütersloh

Dipl.-Volkswirt Dr. h. c. Tyll Necker

stellvertretender Vorsitzender
Geschäftsführender Gesellschafter
der Hako-Werke GmbH & Co.
Bad Oldesloe

Dr. Horst Burgard

† am 23.11.1999
Frankfurt am Main

Sir John Craven

London

Dr. jur. Walter Deuss

Vorsitzender des Vorstands
der Karstadt AG
Essen

Dr. Michael Endres

Frankfurt am Main

Prof. Dr. Dr. h. c. Joachim Funk

Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Mannesmann AG
Düsseldorf

Ulrich Hartmann

Vorsitzender des Vorstands
der VEBA Aktiengesellschaft
Düsseldorf

Dr. Karl-Ludwig Kley

Mitglied des Vorstands
der Deutsche Lufthansa AG
Köln

Max Dietrich Kley

Mitglied des Vorstands
der BASF Aktiengesellschaft
Ludwigshafen

Dr. Jürgen Krumnow

Frankfurt am Main
ab 1.11.1999

Georg Krupp

Frankfurt am Main

Yoh Kurosawa

† am 2.1.2000
Chairman of the Board of Directors
IBJ The Industrial Bank
of Japan, Ltd.
Tokio

Dr. h. c. André Leysen

Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Agfa-Gevaert-Gruppe
Mortsel/Belgien
bis 1.12.1999

Francis Mer

Président Directeur Général
d'Usinor
Paris

Heinz-Joachim Neubürger

Mitglied des Vorstands
der Siemens Aktiengesellschaft
München

August Oetker

persönlich haftender Gesellschafter
Dr. August Oetker
Bielefeld

Eckhard Pfeiffer

Houston

Dr. techn. h. c. Dipl.-Ing. ETH Ferdinand Piëch

Vorsitzender des Vorstands
der Volkswagen AG
Wolfsburg

Dr. rer. pol. Dipl.-Kfm.

Gerhard Rüschen
Bad Soden am Taunus

Jürgen E. Schrempf

Vorsitzender des Vorstands
der DaimlerChrysler AG
Stuttgart

Dipl.-Ing. Hans Peter Stihl

Geschäftsführender
persönlich haftender Gesellschafter
der Firma Andreas Stihl
Waiblingen

Dr. Frank Trömel

stellvertretender Vorsitzender
des Aufsichtsrats
der DELTON Aktiengesellschaft
für Beteiligungen
Bad Homburg vor der Höhe

Marcus Wallenberg

Executive Vice President
INVESTOR AB
Stockholm

Dr. Ulrich Weiss

Frankfurt am Main

Werner Wenning

Mitglied des Vorstands
der Bayer AG
Leverkusen

Dr. Herbert Zapp

Frankfurt am Main
bis 17.5.1999

Dr. Jürgen Zech

Vorsitzender des Vorstands
der Gerling-Konzern
Versicherungs-Beteiligungs-
Aktiengesellschaft
Köln

KAPITEL III: AKTUELLE GESCHÄFTSENTWICKLUNG DER EMITTENTIN

AKTUELLE GESCHÄFTSENTWICKLUNG DER EMITTENTIN

1. Wesentliche nachteilige Veränderungen

Außer den in diesem Prospekt angegebenen sind seit Ende des letzten Geschäftsjahrs, für das ein Abschluß erstellt wurde, keine wesentlichen nachteiligen Veränderungen der Finanzlage der Emittentin eingetreten, die die Fähigkeit, ihre Verpflichtungen aus den Wertpapieren zu erfüllen, beeinträchtigen würden.

2. Verfahren

Außer den in diesem Prospekt angegebenen liegen keine sich auf die Emittentin oder mit ihr verbundene Unternehmen beziehenden Gerichts- oder Schiedsverfahren vor, die einen wesentlichen Einfluß auf die Fähigkeit der Emittentin, ihre Verpflichtungen aus den Wertpapieren zu erfüllen, haben könnten oder in den letzten zwei Geschäftsjahren gehabt haben.

3. Rating

Die Langzeitverbindlichkeiten der Deutsche Bank AG sind von Moody's Investors Service Limited mit Aa3 und von Standard & Poor's Corporation mit AA bewertet worden (wobei Standard & Poor's Corporation diese Bewertung mit dem Zusatz "Ausblick negativ" versehen hat).

4. Aufsichtsrat

Die derzeitige Zusammensetzung des Aufsichtsrats der Deutsche Bank AG ist nachstehend auf Seite III - 20 aufgeführt.

5. Vorstand

Die derzeitige Zusammensetzung des Vorstands der Deutsche Bank AG ist nachstehend aufgeführt.

Rolf E. Breuer, Sprecher

Josef Ackermann

Carl L. von Boehm-Bezing

Thomas R. Fischer

Tessen von Heydebreck

Hermann-Josef Lamberti

Edson Mitchell (verstorben am 22. Dezember 2000)

Michael Philipp

Thomas R. Fischer

Clemens Börsig

6. Aktueller Zwischenbericht

Der jüngste nicht geprüfte konsolidierte Zwischenbericht der Deutsche Bank AG datiert vom 30. September 2000 und ist auf folgenden Seiten wiedergegeben. Kopien des jüngsten Zwischenabschlusses vom 30. September 2000 stehen bei den angegebenen Geschäftsstellen der Zahl- und Verwaltungsstellen zur Einsichtnahme zur Verfügung.

Die Deutsche Bank

Konzern Deutsche Bank im Überblick*

	1.1.–30.9. 2000	1.1.–30.9. 1999
Aktienkurs		
höchst	102,70 €	66,80 €
tiefst	69,45 €	44,90 €
Ergebnis je Aktie (ohne Goodwill-Abschreibung)	7,87 €	3,57 €
Ergebnis je Aktie (inkl. Goodwill-Abschreibung)	7,05 €	3,07 €
Bereinigtes Ergebnis je Aktie (ohne Goodwill-Abschreibung)	7,71 €	3,41 €
Bereinigtes Ergebnis je Aktie (inkl. Goodwill-Abschreibung)	6,91 €	2,93 €
Eigenkapitalrendite (RoE) vor Steuern (ohne Goodwill-Abschreibung)**	37,8 %	20,2 %
Eigenkapitalrendite (RoE) vor Steuern (inkl. Goodwill-Abschreibung)**	34,8 %	18,2 %
Aufwand/Ertrag-Relation (ohne Goodwill-Abschreibung)	69,8 %	76,2 %
Aufwand/Ertrag-Relation (inkl. Goodwill-Abschreibung)	72,1 %	78,2 %
	Mio €	Mio €
Zinsüberschuss	4 769	4 714
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	239	379
Provisionsüberschuss	8 771	5 077
Handelsergebnis	5 431	3 237
Ergebnis aus Finanzanlagen	2 345	392
Verwaltungsaufwand	15 139	10 307
Ergebnis vor Aufwand für Restrukturierung und Steuern	5 937	2 757
Restrukturierungsaufwand	26	138
Ertragsteuern	1 543	792
Gewinn nach Steuern	4 368	1 827
	30.9.2000	31.12.1999
	Mio €	Mio €
Bilanzsumme	995 953	839 865
Kreditvolumen	334 007	284 149
Bilanzielles Eigenkapital	26 997	23 147
BIZ-Kernkapitalquote	7,2 %	5,9 %
BIZ-Eigenkapitalquote	12,8 %	12,0 %
Eigenkapital gemäß BIZ	39 350	35 172
	Anzahl	Anzahl
Niederlassungen	2 302	2 374
Mitarbeiter	95 546	93 232
Langfrist-Rating		
Moody's Investors Service, New York	Aa3	Aa3
Standard & Poor's, New York	AA	AA
Fitch IBCA, London	AA	AA

* nach International Accounting Standards (IAS)

** auf das Jahr hochgerechnet

Gewinn- und Verlustrechnung

Konzern Deutsche Bank

ERFOLGSRECHNUNG		
in Mio €	1.1.–30.9. 2000	1.1.–30.9. 1999
Zinsüberschuss	4 769	4 714
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	239	379
Zinsüberschuss nach Risikovorsorge	4 530	4 335
Provisionsüberschuss	8 771	5 077
Handelsergebnis	5 431	3 237
Überschuss im Versicherungsgeschäft	264	233
Ergebnis aus Finanzanlagen	2 345	392
Verwaltungsaufwand	15 139	10 307
Saldo der Sonstigen Erträge/Aufwendungen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- 265	- 210
Ergebnis vor Aufwand für Restrukturierung und Steuern	5 937	2 757
Restrukturierungsaufwand	26	138
Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern	5 911	2 619
Ertragsteuern auf das Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1 543	792
Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit nach Steuern	4 368	1 827
Außerordentliches Ergebnis	-	-
Ertragsteuern auf das Außerordentliche Ergebnis	-	-
Gewinn nach Steuern	4 368	1 827

KENNZIFFERN ZUM ERGEBNIS JE AKTIE		
in €	1.1.–30.9. 2000	1.1.–30.9. 1999
Ergebnis je Aktie (ohne Goodwill-Abschreibung)	7,87	3,57
Ergebnis je Aktie (inkl. Goodwill-Abschreibung)	7,05	3,07
Bereinigtes Ergebnis je Aktie (ohne Goodwill-Abschreibung)	7,71	3,41
Bereinigtes Ergebnis je Aktie (inkl. Goodwill-Abschreibung)	6,91	2,93

Bilanz

Konzern Deutsche Bank

AKTIVA		
in Mio €	30.9.2000	31.12.1999
Barreserve	12 844	21 879
Forderungen an Kreditinstitute	135 528	115 453
Forderungen an Kunden	418 323	352 371
Risikovorsorge	- 7 635	- 7 850
Handelsaktiva	301 102	233 000
Finanzanlagen	71 014	70 206
Sachanlagen	9 211	9 049
Kapitalanlagen der Versicherungsgesellschaften	27 686	21 472
Sonstige Aktiva	27 880	24 285
Summe der Aktiva	995 953	839 865

PASSIVA		
in Mio €	30.9.2000	31.12.1999
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	184 309	174 655
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	397 689	291 042
Verbriefte Verbindlichkeiten	173 409	164 060
Handelspassiva	138 479	123 268
Rückstellungen	39 161	31 755
Sonstige Passiva	18 895	15 557
Nachrangkapital	16 482	15 504
Anteile in Fremdbesitz	532	877
Eigenkapital	26 997	23 147
Gezeichnetes Kapital	1 573	1 573
Kapitalrücklage	10 438	10 438
Eigene Aktien	261	118
Gewinnrücklagen	10 394	10 312
Konzerngewinn 1999	-	706
Konzerngewinn 1.1. - 30.9.2000 (ohne Fremdanteile am Gewinn)	4 331	-
Summe der Passiva	995 953	839 865

Eigenkapitalveränderungsrechnung

Konzern Deutsche Bank

EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG		
in Mio €	1.1.–30.9. 2000	1.1.–31.12. 1999
Eigenkapital des Konzerns zum Ende des Vorjahres	23 147	17 641
Gezeichnetes Kapital		
Erhöhung des Gezeichneten Kapitals der Deutschen Bank AG	–	+ 210
Kapitalrücklage		
Einstellung des Aufgeldes aus der Erhöhung des Gezeichneten Kapitals	–	+ 3 173
Eigene Aktien		
Bestand	–	–
Ergebnis	+ 143	+ 118
Gewinnrücklagen		
Einstellung in Gewinnrücklagen aus dem Jahresüberschuss	–	+ 1 702
Differenz aus der Währungsumrechnung	+ 82	+ 155
Sonstige Veränderungen	–	+ 42
Konzerngewinn	+ 4 331*	+ 706
Ausschüttung der Deutschen Bank AG	– 706	– 600
Eigenkapital des Konzerns zum Ende der Periode	26 997	23 147

* ohne Fremdanteile am Konzerngewinn in Höhe von 37 Mio €

Kapitalflussrechnung

Konzern Deutsche Bank

CASH FLOW BETRACHTUNG		
in Mio €	1.1.–30.9. 2000	1.1.–30.9. 1999
Zahlungsmittelbestand (Barreserve) zum Ende des Vorjahres	21 879	20 175
Cash Flow aus operativer Geschäftstätigkeit	– 4 104	+ 3 098
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	– 6 163	– 16 047
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	+ 978	+ 10 857
Effekte aus Wechselkursänderungen	+ 254	+ 24
Zahlungsmittelbestand (Barreserve) zum Ende der Periode	12 844	18 107

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Konzern Deutsche Bank

Zinsüberschuss

ZINSÜBERSCHUSS		
in Mio €	1.1.–30.9. 2000	1.1.–30.9. 1999
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sowie aus festverzinslichen Wertpapieren	28 062	22 219
Laufende Erträge*	842	822
Zinsaufwendungen für Einlagen, verbriefte Verbindlichkeiten und Nachrangkapital	24 549	18 599
Ergebnis aus dem Leasinggeschäft	414	272
Insgesamt	4 769	4 714

* aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie aus Beteiligungen, aus Anteilen an nach der Equity-Methode bewerteten Unternehmen und aus Anteilen an verbundenen Unternehmen

Risikovorsorge im Kreditgeschäft

RISIKOVORSORGE IM KREDITGESCHÄFT		
in Mio €	1.1.–30.9. 2000	1.1.–30.9. 1999
Zu Lasten GuV gebildete Vorsorgen	1 084	1 209
Zu Gunsten GuV aufgelöste Vorsorgen	686	741
Eingänge aus abgeschriebenen Forderungen	63	29
Gewinne (-)/Verluste (+) aus Währungsabsicherung	- 96	- 60
Insgesamt	239	379

Provisionsüberschuss

PROVISIONSÜBERSCHUSS		
in Mio €	1.1.–30.9. 2000	1.1.–30.9. 1999
Wertpapiergeschäft	3 853	2 058
Vermögensverwaltung	2 336	1 347
Zahlungsverkehr	576	505
Auslands- und Reisezahlungsmittelgeschäft	284	243
Kreditbearbeitung und Avalgeschäft	627	431
Übrige Bereiche*	1 095	493
Insgesamt	8 771	5 077

* insbesondere Provisionen aus Mergers & Acquisitions und aus dem Vermittlungsgeschäft

Handelsergebnis

HANDELSERGEBNIS		
in Mio €	1.1.–30.9. 2000	1.1.–30.9. 1999
Effektenhandel	3 294	1 767
Devisen-, Metall- und Sortenhandel	759	608
OTC-Derivate/Swaps	882	677
Andere Finanzgeschäfte	720	293
Handelsergebnis	5 655	3 345
bereinigt um den Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Handel in eigenen Aktien	- 224	- 108
Handelsergebnis gemäß Gewinn- und Verlustrechnung	5 431	3 237

Ergebnis aus Finanzanlagen

ERGEBNIS AUS FINANZANLAGEN		
in Mio €	1.1.–30.9. 2000	1.1.–30.9. 1999
Gewinne/Verluste aus Finanzanlagen	2 653	465
Zuschreibungen zu/Abschreibungen auf Finanzanlagen	- 308	- 73
Insgesamt	2 345	392

Verwaltungsaufwand

VERWALTUNGSaufWAND		
in Mio €	1.1.–30.9. 2000	1.1.–30.9. 1999
Personalaufwand	9 798	6 476
Andere Verwaltungsaufwendungen*	5 341	3 831
Insgesamt	15 139	10 307

* inklusive Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Grundstücke und Gebäude, Betriebs- und Geschäftsausstattung und andere Vermögensgegenstände

**Saldo der Sonstigen
Erträge/Aufwendungen
aus der gewöhnlichen
Geschäftstätigkeit**

SALDO DER SONSTIGEN ERTRÄGE/AUFWENDUNGEN AUS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT		
in Mio €	1.1.–30.9. 2000	1.1.–30.9. 1999
Sonstige Erträge	538	745
Laufende Erträge aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	538	169
Andere Erträge	–	576
Sonstige Aufwendungen	803	955
Laufende Aufwendungen aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	208	234
Abschreibungen auf Geschäfts- und Firmenwerte	502	290
Sonstige Steuern	73	66
Andere Aufwendungen	20	365
Insgesamt	– 265	– 210

Restrukturierungsaufwand

RESTRUKTURIERUNGSaufWAND		
in Mio €	1.1.–30.9. 2000	1.1.–30.9. 1999
Restrukturierungsaufwand Bankers Trust	0	157
Aufwand wegen Ausgründung Retail Bank	0	28
Restrukturierungsaufwand Financial Services	23	0
Bankers Trust Retention Payments	119	60
Erträge aus der Auflösung von Restrukturierungsrückstellungen	116	107
Insgesamt	26	138

**Bankers Trust Retention
Payments**

Im Zusammenhang mit der Akquisition von Bankers Trust wurde für bestimmte Mitarbeiter ein Retention Payment Program vereinbart. Der anteilige Betrag für den Zeitraum Januar bis September 2000 beläuft sich auf 119 Mio €.

**Erträge aus der Auflösung
von Restrukturierungsrück-
stellungen**

Da bestimmte Restrukturierungsmaßnahmen nicht mehr zur Umsetzung kommen, mussten insbesondere von der im Geschäftsjahr 1999 im Zusammenhang mit der Integration von Bankers Trust gebildeten Restrukturierungsrückstellung sowie von Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen in den Unternehmensbereichen Global Technology and Services und Unternehmen und Immobilien 116 Mio € aufgelöst werden.

Angaben zur Bilanz

Konzern Deutsche Bank

Forderungen an Kreditinstitute

FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE				
in Mio €	Inländische Kreditinstitute		Ausländische Kreditinstitute	
	30.9.2000	31.12.1999	30.9.2000	31.12.1999
Täglich fällige Verrechnungen	10 749	5 717	20 072	21 544
Geldanlagen	6 507	8 505	80 617	64 328
Kredite	8 942	9 255	8 641	6 104
Insgesamt	26 198	23 477	109 330	91 976
davon: durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	4 954	6 946	60 954	54 085

Die Forderungen an Kreditinstitute haben gegenüber dem Jahresende 1999 um 20 Mrd € auf 136 Mrd € zugenommen. Dieser Zuwachs ist hauptsächlich auf den Anstieg von kurzfristigen Geldanlagen bei ausländischen und von täglich fälligen Verrechnungen mit inländischen Kreditinstituten zurückzuführen.

Forderungen an Kunden

FORDERUNGEN AN KUNDEN			
in Mio €		30.9.2000	31.12.1999
Inländische Kunden		155 848	149 937
Ausländische Kunden		262 475	202 434
Insgesamt		418 323	352 371
davon:			
durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte		95 856	82 840

Die Forderungen an Kunden stiegen im Wesentlichen aufgrund der Zunahme des Geschäfts mit ausländischen Kunden um insgesamt 66 Mrd € auf 418 Mrd €.

Kreditvolumen

KREDITVOLUMEN			
in Mio €		30.9.2000	31.12.1999
Forderungen an Kunden*		316 308	268 660
Wechselkredite**		116	130
Kredite an Kreditinstitute		17 583	15 359
Insgesamt		334 007	284 149

* ohne durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte und Wertpapierkassageschäfte

** soweit nicht unter Forderungen ausgewiesen

Risikovorsorge

RISIKOVORSORGE		
in Mio €	1.1.–30.9. 2000	1.1.–30.9. 1999
Stand der Risikovorsorge zum Ende des Vorjahres	7 892*	7 831
Zugänge		
zu Lasten GuV gebildete Vorsorgen	1 084	1 209
Abgänge		
zweckbestimmte Verwendung	819	330
zu Gunsten GuV aufgelöste Vorsorgen	686	741
Effekte aus Wechselkursänderungen	+ 164	+ 50
Stand der Risikovorsorge zum Ende der Periode	7 635	8 019

* nach Anpassung von 42 Mio € wegen Änderung des Konsolidierungskreises

Handelsaktiva

HANDELSAKTIVA		
in Mio €	30.9.2000	31.12.1999
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	154 007	123 960
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	84 268	45 703
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten	60 416	61 351
Sonstige Handelsbestände	2 411	1 986
Insgesamt	301 102	233 000

Finanzanlagen

FINANZANLAGEN		
in Mio €	30.9.2000	31.12.1999
Anteile an nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen	1 946	1 408
Anteile an at equity bewerteten Unternehmen	1 694	1 401
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	46 885	50 435
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	15 046	13 400
Sonstiger Anteilsbesitz	5 443	3 562
Insgesamt	71 014	70 206

Die in den Finanzanlagen enthaltenen Kursreserven auf börsennotierte Wertpapiere beliefen sich per Ende September 2000 auf 14,3 Mrd €.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KREDITINSTITUTEN

in Mio €	Inländische Kreditinstitute		Ausländische Kreditinstitute	
	30.9.2000	31.12.1999	30.9.2000	31.12.1999
Täglich fällig	19 658	8 480	41 355	36 406
Mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	25 033	16 220	98 263	113 549
Insgesamt	44 691	24 700	139 618	149 955

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind gegenüber dem Jahresende 1999 um 10 Mrd € auf 184 Mrd € angestiegen.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN

in Mio €	Inländische Kunden		Ausländische Kunden	
	30.9.2000	31.12.1999	30.9.2000	31.12.1999
Spareinlagen	20 634	19 474	4 933	5 032
mit vereinbarter Kündigungsfrist				
von drei Monaten	6 445	7 218	3 464	3 763
von mehr als drei Monaten	14 189	12 256	1 469	1 269
Bauspareinlagen	2 447	2 375	-	-
Andere Verbindlichkeiten	90 176	80 101	279 499	184 060
täglich fällig	34 767	33 864	129 272	82 872
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	55 409	46 237	150 227	101 188
Insgesamt	113 257	101 950	284 432	189 092

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nahmen – insbesondere durch die Gelder ausländischer Kunden – um 107 Mrd € auf 398 Mrd € zu.

Verbriefte Verbindlichkeiten

VERBRIEFTE VERBINDLICHKEITEN

in Mio €	30.9.2000	31.12.1999
Begebene Schuldverschreibungen	91 914	88 004
Begebene Geldmarktpapiere	66 543	64 319
Sonstige	14 952	11 737
Insgesamt	173 409	164 060

Handelsspassiva

Die Handelsspassiva enthalten die Negativen Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, soweit sie nicht im Rahmen von Netting-Vereinbarungen mit Positiven Marktwerten aus Handelsaktiva verrechnet wurden, in Höhe von 59 890 Mio € (31.12.1999: 65 675 Mio €) sowie Short-Positionen aus Wertpapier-Leerverkäufen in Höhe von 78 589 Mio € (31.12.1999: 57 593 Mio €).

Rückstellungen

RÜCKSTELLUNGEN

in Mio €	30.9.2000	31.12.1999
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	4 304	4 174
Versicherungstechnische Rückstellungen	26 746	20 361
Restrukturierungsrückstellungen	513	974
Sonstige Rückstellungen	7 598	6 246
Insgesamt	39 161	31 755

Restrukturierungs- rückstellungen

RESTRUKTURIERUNGSRÜCKSTELLUNGEN

in Mio €	Strategische Neuausrichtung des Konzerns	Integration Bankers Trust	Andere Restruk- turierungs- programme	Insgesamt
Stand zum 1.1.2000	294	497*	237**	1 028
Zuführung in der Berichtsperiode	–	–	23	23
Zweckbestimmte Verwendung für				
Personalmaßnahmen	100	198	42	340
Infrastrukturmaßnahmen	17	44	21	82
Auflösung	33	62	21	116
Stand zum 30.9.2000	144	193	176	513

* nach Anpassung von 51 Mio € Effekten aus Wechselkursänderungen

** nach Anpassung von 3 Mio € Effekten aus Wechselkursänderungen

Sonstige Angaben

SEGMENTBERICHTERSTATTUNG NACH UNTERNEHMENSBEREICHEN								
in Mio €	Privat- und Geschäfts- kunden	Unter- nehmen und Immo- bilien	Globale Unter- nehmen und Insti- tutionen	Asset Manage- ment	Global Tech- nology and Services	Corporate Center	Sonstige/ Über- leitung/ Konsoli- dierung	Insge- samt Konzern
Erträge								
1.1.–30.9.2000	4 268	2 536	11 162	1 509	1 141	1	963	21 580
1.1.–30.9.1999	3 357	2 228	6 522	932	563	- 1	52	13 653
Risikovorsorge im Kreditgeschäft								
1.1.–30.9.2000	- 122	- 258	71	0	- 1	0	71	- 239
1.1.–30.9.1999	- 85	- 235	- 32	0	0	0	- 27	- 379
Verwaltungsaufwand								
1.1.–30.9.2000	- 3 247	- 1 423	- 7 609	- 873	- 971	- 313	- 703	- 15 139
1.1.–30.9.1999	- 2 861	- 1 357	- 4 590	- 508	- 487	- 242	- 262	- 10 307
Saldo der Sonstigen Erträge/Aufwendungen								
1.1.–30.9.2000	- 51	- 101	- 302	- 60	- 69	0	318	- 265
1.1.–30.9.1999	- 104	- 63	134	- 3	14	9	- 197	- 210
darin: Abschreibung auf Goodwill								
1.1.–30.9.2000	- 42	- 47	- 296	- 73	- 38	0	- 6	- 502
1.1.–30.9.1999	- 28	- 42	- 146	- 52	- 17	0	- 5	- 290
Ergebnis vor Aufwand für Restrukturierung und Steuern								
1.1.–30.9.2000	848	754	3 322	576	100	- 312	649	5 937
1.1.–30.9.1999	307	573	2 034	421	90	- 234	- 434	2 757
Restrukturierungsaufwand								
1.1.–30.9.2000	0	0	- 113	- 5	25	0	67	- 26
1.1.–30.9.1999	- 34	0	- 124	- 12	1	0	31	- 138
Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern								
1.1.–30.9.2000	848	754	3 209	571	125	- 312	716	5 911
1.1.–30.9.1999	273	573	1 910	409	91	- 234	- 403	2 619
Durchschnittliches Kapital in Mio €								
1.1.–30.9.2000	2 201	5 277	12 439	885	912		756	22 470
1.1.–30.9.1999	1 901	4 478	10 500	757	793		481	18 910
RoE in % (ohne Goodwill-Abschreibung)								
1.1.–30.9.2000	54	20	38	97	24			38
1.1.–30.9.1999	21	18	26	81	18			20
RoE in % (inklusive Goodwill-Abschreibung)								
1.1.–30.9.2000	51	19	34	86	18			35
1.1.–30.9.1999	19	17	24	72	15			18
Wertbeitrag in Mio €								
1.1.–30.9.2000	643	207	2 106	545	60		324	3 885
1.1.–30.9.1999	87	111	875	376	19		- 686	782
Aufwand/Ertrag-Relation in % (ohne Goodwill-Abschreibung)								
1.1.–30.9.2000	76	58	68	58	88			70
1.1.–30.9.1999	88	62	68	52	83			76
Aufwand/Ertrag-Relation in % (inklusive Goodwill-Abschreibung)								
1.1.–30.9.2000	77	60	71	62	91			72
1.1.–30.9.1999	88	64	70	58	86			78
Risikopositionen in Mio €								
30.9.2000	45 269	93 077	145 973	2 521	3 636	0	15 860	306 336
31.12.1999	44 471	91 708	135 704	2 002	3 996	45	14 695	292 621
Segmentvermögen in Mio €								
30.9.2000	67 876	142 123	694 475	7 493	19 719	0	- 13 354	918 332
31.12.1999	69 170	143 653	582 164	6 235	9 137	0	- 47 179	763 180
Segmentverbindlichkeiten in Mio €								
30.9.2000	77 500	101 659	699 897	5 688	34 462	0	- 8 838	910 368
31.12.1999	74 391	135 097	593 760	5 558	14 036	0	- 54 313	768 529

Segmentberichterstattung

Alle Unternehmensbereiche steigerten das Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern deutlich im Vergleich zur korrespondierenden Vorjahresperiode.

Der Unternehmensbereich Privat- und Geschäftskunden verbesserte das Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern im Vergleich zum Vorjahr um 575 Mio € auf 848 Mio €. Diese erfreuliche Entwicklung, zu der vor allem die Geschäftsbereiche Retail Banking und Private Banking beitrugen, ist auf das weiterhin erfolgreiche Wertpapierprovisionsgeschäft sowie auf die im vergangenen Jahr durchgeführten Umstrukturierungen und expansiven Maßnahmen zurückzuführen. Dementsprechend verbesserte der Unternehmensbereich Privat- und Geschäftskunden die Aufwand/Ertrag-Relation (ohne Goodwill-Abschreibung) auf 76% gegenüber 88% im Vorjahr.

Im Zeitraum Januar bis September 2000 erwirtschaftete der Unternehmensbereich Unternehmen und Immobilien ein Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern in Höhe von 754 Mio € und übertraf hiermit das Vorjahresergebnis um 181 Mio €. Alle Geschäftsbereiche trugen zu dieser erfreulichen Entwicklung bei. Insbesondere die Bereiche Firmenkunden Deutschland sowie Corporate Banking International erzielten Ergebnisse, die deutlich über den Vorjahreswerten lagen. Dadurch konnte der Unternehmensbereich Unternehmen und Immobilien sowohl die Aufwand/Ertrag-Relation als auch den Return on Equity verbessern.

Der Unternehmensbereich Globale Unternehmen und Institutionen setzte seine herausragende Entwicklung fort und erreichte sein bisher bestes Ergebnis für ein drittes Quartal. Insgesamt wurde im Zeitraum von Januar bis September 2000 ein Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern in Höhe von 3.209 Mio € gegenüber 1.910 Mio € in der entsprechenden Vorjahresperiode erzielt. Alle Geschäftsbereiche konnten ihre Ergebnisse erheblich steigern. Insbesondere Global Equities wies ein äußerst erfolgreiches Ergebniswachstum auf. Der Return on Equity (ohne Goodwill-Abschreibung) des Unternehmensbereichs konnte um 12 Prozentpunkte auf 38% gesteigert werden.

Der Unternehmensbereich Asset Management verbesserte sein Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern um 162 Mio €

auf 571 Mio €. Die Erträge stiegen vorrangig aufgrund des Wachstums der Funds under Management, insbesondere im europäischen Retail und Institutional Geschäft. Die Aufwand/Ertrag-Relation wurde durch Verwaltungsaufwendungen im Rahmen der Expansionsstrategie beeinträchtigt. Dennoch konnte Asset Management den besten Return on Equity aller Unternehmensbereiche erzielen und diese Kennzahl deutlich um 16 Prozentpunkte auf 97% (ohne Goodwill-Abschreibung) verbessern.

Der Unternehmensbereich Global Technology and Services steigerte in den ersten neun Monaten 2000 das Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit vor Steuern um 37% auf 125 Mio €. Im Vergleich zu 1999 konnten die Erträge mehr als verdoppelt werden. Diese Zunahme wurde insbesondere durch die gute Entwicklung des Geschäftsbereichs Global Institutional Services geprägt, der die Betreuung des Geschäfts mit Finanzdienstleistungen verantwortet. Der Unternehmensbereich Global Technology and Services verbesserte seinen Return on Equity (ohne Goodwill-Abschreibung) auf 24% nach 18% in 1999. Die Entwicklung der Aufwand/Ertrag-Relation wurde dagegen durch einmalige Verwaltungsaufwendungen aufgrund von Reorganisierungsmaßnahmen in der ersten Jahreshälfte 2000 beeinflusst. Im Rahmen der laufenden e-commerce Aktivitäten begleitete Global Technology and Services im dritten Quartal 2000 erfolgreich den Start der neuen Gesellschaften Moneyshelf.com AG sowie der emaro AG.

Zur Herstellung der Vergleichbarkeit wurden die korrespondierenden Vorjahreswerte um strukturelle und methodische Änderungen angepasst.

OTC-Derivate-Geschäft

30.9.2000 in Mio €	Nominalbetrag nach Restlaufzeit				Wieder- beschaf- fungskosten
	unter 1 Jahr	1–5 Jahre	über 5 Jahre	insge- samt	
Zinsbezogene Geschäfte	3 307 163	2 685 802	1 576 865	7 569 830	66 025
Währungs- bezogene Geschäfte	1 875 223	213 104	109 743	2 198 070	55 217
Aktien-/Index- bezogene Geschäfte	97 257	102 905	10 237	210 399	16 041
Sonstige Geschäfte	26 102	27 183	7 163	60 448	3 591
Insgesamt	5 305 745	3 028 994	1 704 008	10 038 747	140 874

Die Wiederbeschaffungskosten unserer Derivate haben sich im Vergleich zum Jahresende 1999 um 21,1 Mrd € erhöht. Diese Wiederbeschaffungskosten würden nur dann anfallen, wenn sämtliche Kontrahenten gleichzeitig ausfielen.

Unter Berücksichtigung durchsetzbarer Netting-Vereinbarungen ergeben sich positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten in Höhe von 58,8 Mrd € (Ende 1999: 61,4 Mrd €).

Außerhalb der oben gezeigten Handelsaktivitäten werden Derivate unter anderem als Instrument zur Reduzierung des Zinsänderungsrisikos im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung eingesetzt. Wesentliche Konzentrationen im Derivate-Geschäft bestehen nicht.

Die Eigenmittel nach BIZ stellen sich wie folgt dar:

Eigenmittel nach BIZ

in Mio €	30.9.2000	30.6.2000	31.3.2000	31.12.1999	30.9.1999
Kernkapital (Tier I)	22 143	21 302	18 421	17 338	16 509
Ergänzungskapital (Tier II)	17 207	17 185	18 212	17 338	16 509
Nutzbare Drittrangmittel (Tier III)	0	0	0	496	520
Anrechenbares Eigenkapital insgesamt	39 350	38 487	36 633	35 172	33 538
Kernkapitalquote (einschl. Marktrisiken)	7,2%	7,3%	6,0%	5,9%	5,6%
BIZ-Eigenkapitalquote	12,8%	13,2%	11,8%	12,0%	11,4%

Kern- und Ergänzungskapital

Im Einzelnen stellen sich die Komponenten des Kern- und Ergänzungskapitals nach bankaufsichtsrechtlichem Konsolidierungskreis wie folgt dar:

KERN- UND ERGÄNZUNGSKAPITAL

in Mio €			
Kernkapital	30.9.2000	Ergänzungskapital	30.9.2000
Gezeichnetes Kapital	1 573	Nicht realisierte Reserven in notierten Wertpapieren (zu 45% angerechnet)	6 582
Kapitalrücklage	10 438	Pauschalwertberichtigungen	830
Gewinnrücklagen einschließlich Konzerngewinn (ohne Fremdan- teile am Gewinn)	14 725	Kumulative Vorzugspapiere, Genussrechtskapital	2 976
Eigene Aktien	261	Nachrangige Verbindlichkeiten, sofern nach BIZ anrechenbar	6 819
Anteile in Fremdbesitz	532		
Hybride Kapitalinstrumente	2 635		
Einlagen stiller Gesellschafter	813		
Abzugsposten*	- 8 834		
Insgesamt	22 143	Insgesamt	17 207

* im Wesentlichen noch nicht abgeschriebener Goodwill, vorgesehene Dividende, Anpassungen wegen bankaufsichtsrechtlich abweichenden Konsolidierungskreises, in den Anteilen in Fremdbesitz enthaltene kumulative Vorzugspapiere

Value-at-Risk

VALUE-AT-RISK DES KONZERNS*

in Mio €	2000	1999
Value-at-Risk per 30.9.2000**	36,54	61,25
Minimaler Value-at-Risk	30,86	33,84
Maximaler Value-at-Risk	65,51	61,25
Durchschnittlicher Value-at-Risk	45,07	47,81

* Marktrisiken der Handelsbereiche sowie Zins- und Fremdwährungsrisiken der Nichthandelsbereiche; ohne Posten, die nach §5 (1) Satz 2 Grundsatz I außer Ansatz bleiben; alle Angaben für 1 Tag Haltedauer; 99% Konfidenzniveau.

** Angaben für 1999 per 31.12.1999

VALUE-AT-RISK DER HANDELSBEREICHE NACH RISIKOKLASSEN

in Mio €	Value-at-Risk*		Zinsrisiko insgesamt		Aktienkursrisiko insgesamt		Rohwaren- preisrisiko		Fremdwährungs- risiko	
	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999	2000	1999
Value-at-Risk per 30.9.2000**	35,82	45,31	31,04	41,09	15,69	17,83	5,77	1,35	6,30	6,73
Minimaler Value-at-Risk	29,96	30,69	25,64	27,50	11,67	9,00	1,46	0,58	3,64	2,69
Maximaler Value-at-Risk	60,79	54,11	49,20	48,44	42,15	27,56	6,35	3,77	11,91	25,86
Durchschnittlicher Value-at-Risk	42,12	41,44	35,63	37,57	19,74	14,47	3,47	1,89	7,50	8,69

* Alle Angaben für 1 Tag Haltedauer; 99% Konfidenzniveau.

** alle Angaben für 1999 per 31.12.1999

Der Konzern im Quartalsvergleich

2000			
3. Quartal	2. Quartal	1. Quartal	ERFOLGSRECHNUNG in Mio €
1 634	1 543	1 592	Zinsüberschuss
95	71	73	Risikovorsorge im Kreditgeschäft
2 784	2 909	3 078	Provisionsüberschuss
1 587	1 387	2 457	Handelsergebnis
91	81	92	Überschuss im Versicherungsgeschäft
98	2 382	- 135	Ergebnis aus Finanzanlagen
4 861	4 981	5 297	Verwaltungsaufwand
1 052	3 216	1 669	Ergebnis vor Aufwand für Restrukturierung und Steuern
26	- 32	32	Restrukturierungsaufwand
435	431	677	Ertragsteuern
591	2 817	960	Gewinn nach Steuern
30.9.	30.6.	31.3.	BILANZ
Aktiva			
135 528	127 738	141 705	Forderungen an Kreditinstitute
418 323	388 672	404 194	Forderungen an Kunden
- 7 635	- 7 875	- 7 905	Risikovorsorge
301 102	269 447	271 094	Handelsaktiva
71 014	64 387	68 646	Finanzanlagen
Passiva			
184 309	181 010	188 856	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten
397 689	338 158	352 098	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden
28 014	26 889	27 661	darunter: Spareinlagen und Bauspareinlagen
164 039	148 657	134 873	täglich fällige Gelder
205 636	162 612	189 564	Termineinlagen
173 409	168 181	176 373	Verbriefte Verbindlichkeiten
138 479	142 444	144 128	Handelsspassiva
26 997	26 274	24 029	Eigenkapital
995 953	925 639	953 062	Bilanzsumme
3. Quartal	2. Quartal	1. Quartal	KENNZIFFERN
1,21 €	4,84 €	1,81 €	Ergebnis je Aktie (ohne Goodwill-Abschreibung)
0,93 €	4,57 €	1,54 €	Ergebnis je Aktie (inklusive Goodwill-Abschreibung)
1,17 €	4,78 €	1,79 €	Bereinigtes Ergebnis je Aktie (ohne Goodwill-Abschreibung)
0,90 €	4,52 €	1,53 €	Bereinigtes Ergebnis je Aktie (inkl. Goodwill-Abschreibung)
20,7%	60,8%	31,8%	Eigenkapitalrendite vor Steuern (RoE) (ohne Goodwill-Abschreibung)
17,6%	57,9%	28,8%	Eigenkapitalrendite vor Steuern (RoE) (inklusive Goodwill-Abschreibung)
79,0%	59,1%	74,2%	Aufwand/Ertrag-Relation (ohne Goodwill-Abschreibung)
81,8%	61,1%	76,4%	Aufwand/Ertrag-Relation (inklusive Goodwill-Abschreibung)
12,8%	13,2%	11,8%	BIZ-Eigenkapitalquote
39 350	38 487	36 633	Eigenkapital gemäß BIZ in Mio €

1999				
4. Quartal	3. Quartal	2. Quartal	1. Quartal	
1 905	1 654	1 494	1 566	
237	143	146	90	
3 007	2 063	1 655	1 359	
1 284	1 043	1 042	1 152	
152	74	80	79	
1 615	122	280	- 10	
5 439	4 011	3 292	3 004	
1 974	402	1 421	934	
746	16	122	-	
602	319	180	293	
626	67	1 119	641	
31. 12.	30. 9.	30. 6.	31. 3.	
115 453	126 490	152 651	121 632	
352 371	360 580	359 664	287 473	
-7 850	-8 019	-8 028	-7 410	
233 000	224 217	218 696	171 570	
70 206	64 047	59 810	49 481	
174 655	184 779	180 950	163 438	
291 042	287 115	316 052	236 498	
26 881	26 090	25 534	26 786	
116 736	111 422	127 116	95 225	
147 425	149 603	163 402	114 487	
164 060	149 515	152 507	116 726	
123 268	132 530	116 504	96 987	
23 147	22 226	22 152	18 291	
839 865	834 732	847 568	677 233	
4. Quartal	3. Quartal	2. Quartal	1. Quartal	
1,29 €	0,35 €	1,95 €	1,27 €	
0,99 €	0,10 €	1,81 €	1,19 €	
1,26 €	0,35 €	1,76 €	1,24 €	
0,97 €	0,10 €	1,63 €	1,16 €	
27,1%	10,3%	28,4%	22,7%	
23,4%	6,7%	26,7%	21,7%	
71,1%	85,7%	68,3%	75,0%	
73,3%	88,9%	70,0%	76,0%	
12,0%	11,4%	11,0%	10,6%	
35 172	33 538	33 868	29 393	

Aufsichtsrat

Hilmar Kopper

Vorsitzender
Frankfurt am Main

Heidrun Förster*

stellvertretende Vorsitzende
Deutsche Bank AG,
Berlin

Dr. rer. oec. Karl-Hermann Baumann

Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Siemens Aktiengesellschaft,
München

Heinz Brülls*

Deutsche Bank AG,
Aachen

Dr. Ulrich Cartellieri

Frankfurt am Main

Klaus Funk*

Deutsche Bank AG,
Mainz

Sabine Horn*

Deutsche Bank AG,
Frankfurt am Main

Louis R. Hughes

President and Chief Operating Officer
Lockheed Martin Corporation,
Bethesda
bis 19.8.2000

Prof. Dr. Henning Kagermann

Sprecher des Vorstands
der SAP AG,
Walldorf/Baden
ab 7.9.2000

Ulrich Kaufmann*

Deutsche Bank AG,
Düsseldorf

Adolf Kracht

Unternehmensberater,
München

Professor Dr.-Ing. E. h.

Dipl.-Ing. Berthold Leibinger
Vorsitzender der Geschäftsführung
der TRUMPF GmbH + Co. KG,
Ditzingen

Dr. Klaus Liesen

Vorsitzender des Aufsichtsrats
der Ruhrgas AG,
Essen

Margret Mönig-Raane*

Erste Vorsitzende der Gewerkschaft
Handel, Banken und Versicherungen,
Düsseldorf

Dr. Michael Otto

Vorsitzender des Vorstands
der Otto-Versand (GmbH & Co.),
Hamburg

Gerhard Renner*

Mitglied des Bundesvorstands der
Deutschen Angestellten-Gewerkschaft,
Hamburg

Dr. Hermann Scholl

Vorsitzender der Geschäftsführung
der Robert Bosch GmbH,
Stuttgart

Klaus Schwedler*

GTG Gesellschaft für Technisches
Gebäudemanagement mbH,
Eschborn

**Michael Freiherr Truchseß
von Wetzhausen***

Deutsche Bank AG,
Frankfurt am Main

Lothar Wacker*

Deutsche Bank AG,
Köln

Dipl.-Ing. Albrecht Woeste

Vorsitzender des Aufsichtsrats
und Gesellschafterausschusses
der Henkel KGaA,
Düsseldorf

* von den Arbeitnehmern gewählt

7. Presse-Information vom 1. Februar 2001

Eine Presse-Information vom 1. Februar 2001 mit untestierten Kennzahlen zum Jahresabschluss 2000 sowie Erläuterungen zur neuen Struktur der Bank ist im folgenden abgebildet.



Frankfurt am Main, 1. Februar 2001

Deutsche Bank verdoppelt Jahresüberschuss
Dividende soll erhöht werden
Breuer: Neue Struktur wird weiteren Wachstumsschub bringen

Die Deutsche Bank weist für das Jahr 2000 eine Verdoppelung des Jahresüberschusses auf 4,95 Mrd Euro nach 2,45 Mrd Euro im Vorjahr aus und erzielte damit das beste Ergebnis in ihrer Geschichte. Auf dieser Grundlage wird der Vorstand der Deutschen Bank AG dem Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 28. März 2001 mit der Vorlage des Jahresabschlusses 2000 eine Erhöhung der Dividende von 1,15 Euro auf 1,30 Euro je Aktie vorgeschlagen. Die Dividendensumme erhöht sich damit auf 801 Mio Euro (1999: 706 Mio Euro). "Mit dem Dividendenanstieg wollen wir zugleich auch unsere Zuversicht in die weitere Stärkung der Ertragskraft der Bank zum Ausdruck bringen," erklärte der Sprecher des Vorstandes, Dr. Rolf-E. Breuer, in einer Pressekonferenz in Frankfurt.

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2000 ist geprägt durch den Anstieg des Provisionsüberschusses um 42 Prozent auf 11,5 Mrd Euro, des Handelsergebnisses um 52 Prozent auf 6,9 Mrd Euro und des Ergebnisses aus Finanzanlagen um 55 Prozent auf 3,1 Mrd Euro. Der Zinsüberschuss erhöhte sich um 3 Prozent auf 6,8 Mrd Euro. Der Verwaltungsaufwand stieg um 34 Prozent auf 21,0 Mrd Euro. Die Kostenentwicklung ist beeinflusst durch die Erweiterung des Konsolidierungskreises, weitere Anpassungen an US-GAAP, investive Ausgaben für strategische e-Commerce-Projekte und Sonderabschreibungen auf Software im 4. Quartal. Die Aufwand/Ertrag-Relation verbesserte sich um 1,1 Prozentpunkte auf 73,3 Prozent.

Zum Erfolg haben alle Unternehmensbereiche beigetragen. Den größten Beitrag, fast 60 Prozent des Gewinns vor Steuern, lieferte der Unternehmensbereich Globale Unternehmen und Institutionen mit 3.975 Mio Euro (+79 Prozent). Der Bereich Privat- und Geschäftskunden hat sein Ergebnis vor Steuern auf 920 Mio Euro gesteigert und damit mehr als vervierfacht (+356 Prozent). Unternehmen und Immobilien erzielte 1.054 Mio Euro (+20 Prozent), Asset Management 703 Mio Euro (+17 Prozent) und Global Technology and Services 169 Mio Euro.



Alle Zahlen zum Geschäftsergebnis sind noch nicht vom Wirtschaftsprüfer testiert. Den vollständigen testierten Jahresabschluss für das Jahr 2000 wird die Deutsche Bank am 29. März 2001 veröffentlichen.

Breuer erläuterte die neue Konzernstruktur der Deutschen Bank, mit der die Voraussetzungen für ein weiteres Wachstum und die Nutzung zusätzlicher Ertragspotentiale geschaffen werden sollen. "Wir haben in den vergangenen Jahren unser Kapitalmarktgeschäft nachhaltig und anerkanntermaßen erfolgreich ausgebaut und die Erträge erheblich steigern können. Mit der neuen Struktur werden wir einen entsprechenden Wachstumsschub auch im Privatkundengeschäft und Asset Management erreichen," sagte der Vorstandssprecher. Ziel sei es, den Gewinn in diesem Bereich in den nächsten drei Jahre jeweils um mehr als 30 Prozent zu steigern. Insgesamt soll bis 2003 der Gewinn je Aktie um mehr als 15 Prozent pro Jahr erhöht werden. Die Eigenkapitalrendite nach Steuern soll im Durchschnitt der nächsten Jahre jeweils über 15 Prozent liegen. Die neue Struktur wird hierzu wesentliche Voraussetzungen schaffen. Die durch sie erzielbaren Wachstumseffekte und Kosteneinsparungen bezifferte Breuer auf rund 1,5 Mrd Euro pro Jahr, die ab 2003 voll ergebniswirksam werden sollen.

Kern der zum 1. Februar 2001 eingeführten neuen Struktur ist die Konzentration auf zwei kundenorientierte Gruppen mit je drei Geschäftsbereichen unter dem Dach des Konzernvorstands. In der Gruppe "**Corporate and Investment Bank**" (CIB) werden alle Aktivitäten in den Feldern "Sales and Trading", "Corporate Finance" sowie "Transaction Banking" integriert. Diese Gruppe betreut Unternehmen und Institutionen vom Mittelstand bis zu multinationalen Konzernen.

In der Gruppe "**Private Clients and Asset Management**" (PCAM) werden die Geschäftsfelder "Personal Banking" (einschließlich DB 24 Europa sowie e-Brokerage-Aktivitäten), „Private Banking“ und "Asset Management" integriert. Damit wird die Vertriebskraft des Privatkundengeschäfts und des Asset Management gebündelt und erhöht.

Erstmals wird die Informationstechnologie nicht mehr zentral gesteuert. Vielmehr liegt die Verantwortung für Entwicklung und Betrieb der jeweiligen IT künftig direkt bei den zwei kundenorientierten Gruppen.

Alle Dienstleistungen, die darüber hinaus für sämtliche Bereiche der Deutschen Bank vorgehalten werden, sind in der neuen Einheit "**DB Services**" zusammengefasst. Die von DB Investor gemanagten Industriebeteiligungen werden mit den Private Equity- und Venture



Capital-Aktivitäten der Bank in einem Bereich "**Corporate Investments**" zusammengefasst. Ein schlankes "**Corporate Center**" unterstützt den Vorstand in der Steuerung des Konzerns.

Mit der neuen Struktur werden Firmenkundenbetreuer und Investmentbanker einerseits sowie Asset Manager und Privatkundenbetreuer andererseits künftig noch enger zusammen arbeiten. Die Transparenz wird erhöht und durch die klare Zuordnung werden deutliche Verantwortlichkeiten im Management geschaffen. Durch die Zuordnung der IT-Services zu den Bereichen erhöht sich die Effizienz und die Geschwindigkeit der Prozesse sowohl zum Nutzen der Kunden als auch zur Stärkung der Bank.

"Bei der Weiterentwicklung der Struktur haben wir uns an den Anforderungen unserer Kunden und den Herausforderungen des internationalen Wettbewerbs orientiert. Ich bin sicher, dass dadurch der Unternehmenswert für unsere Aktionäre, Kunden und Mitarbeiter auch weiterhin nachhaltig steigt," bekräftigt Breuer.



Kennzahlen zum Jahresabschluss 2000 (noch nicht testiert)

in Mio EURO	2000	Veränderung ggü. Vj.
Zinsüberschuss	6.811	+3%
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	438	-29%
Provisionsüberschuss	11.468	+42%
Handelsergebnis	6.891	+52%
Überschuss im Versicherungsgeschäft	382	-1%
Ergebnis aus Finanzanlagen	3.107	+55%
Verwaltungsaufwand	21.037	+34%
Saldo der Sonstigen Erträge / Aufwendungen	-455	-68 %
Ergebnis vor Steuern	6.729	+75%
Ertragsteuern	1.780	+28%
Jahresüberschuss	4.949	+102%

Schlüsselzahlen

- Ergebnis je Aktie (ohne Goodwill-Abschreibung): 9,02 € (1999: 4,86 €)
- Eigenkapitalrendite vor Steuern (ohne Goodwill-Abschreibung): 32,4 % (1999: 22,0 %)
- Aufwand/Ertrag-Relation (ohne Goodwill-Abschreibung): 73,3 % (1999: 74,4 %)
- Bilanzsumme: 967 Mrd. € (Ende 1999: 840 Mrd. €)

Segmentberichterstattung 2000

in Mio EURO (Veränd. Ggü. Vj.)	Erträge	Ergebnis vor Steuern
Privat- und Geschäftskunden	5.714 (+19%)	920 (+356%)
Unternehmen und Immobilien	3.450 (+13%)	1.054 (+20%)
Globale Unternehmen und Institutionen	14.651 (+51%)	3.975 (+79%)
Asset Management	1.981 (+29%)	703 (+17%)
Global Technology and Services	1.539 (+67%)	169 k.A.
Insgesamt Konzern	28.659 (+33%)	6.729 (+75 %)

Erläuterungen zur neuen Struktur der Bank

Corporate and Investment Bank

Die Gruppe wird von den Konzernvorständen Josef Ackermann (Vorsitzender) und Carl-L. von Boehm-Bezing geleitet und gliedert sich in folgende Bereiche:

Sales & Trading beinhaltet die Produktbereiche Global Markets, Global Equities, Global Credit Products und Global Debt Origination, in denen die Deutsche Bank marktführend ist.

Corporate Finance führt unter einheitlicher Leitung inländische und internationale Geschäftstätigkeiten im Bereich Corporate Finance Coverage, M&A, Equity Capital Markets, Corporate Banking Coverage und Real Estate für Unternehmen jeder Größenordnung zusammen.

In **Transaction Banking** sind die gesamten Cash Management, Custody, Corporate Trust und Trade Services als dritte Säule des Bankdienstleistungs-Angebots für Unternehmen und Institutionen zusammengefaßt.

In Europa stehen die drei Geschäftsbereiche an erster Stelle in ihrem jeweiligen Sektor. Auf globaler Ebene haben sie alle einen Rang unter den ersten vier und - mit Erträgen von etwa 18,6 Mrd Euro und einem Gewinn vor Steuern in Höhe von ca. 4,6 Mrd Euro - ist die kombinierte Gruppe die weltweit zweitstärkste Firmenkunden- und Investment-Bank.

Private Clients and Asset Management

Die Gruppe unter dem Vorsitz von Rolf-E. Breuer und Leitung weiterer Konzernvorstände in den einzelnen Bereichen umfaßt auf globaler Basis das Bank-, Wertpapiervermittlungsgeschäft und Beratungsgeschäft für Privatkunden sowie alle aktiven und passiven Asset Management Aktivitäten sowohl für private als auch für institutionelle Kunden.

Personal Banking, unter der Leitung von Hermann-Josef Lamberti, wird ihren mehr als 11 Millionen Kunden im Banking- und Brokerage-Bereich besten Zugang und beste Auswahl bieten. Personal Banking wird die klar differenzierten Dienstleistungen von Deutscher Bank 24 (Europa) und Maxblue sowie verschiedene E-Brokerage-Angebote wie National Discount Broker in den USA bündeln, um das Produktangebot mit dem elektronischen Vertrieb zu vernetzen.

Private Banking, unter der Leitung von Tessen von Heydebreck, zielt auf erstklassige Beratung für ihre Kunden und verbindet die deutschen und internationalen Private Banking-Aktivitäten der Deutschen Bank mit denen der Alex. Brown Private Client Services Group (USA). Sie ist die viertgrößte Privatkundenbank der Welt mit ca. 300 Mrd € betreutem Kundenvermögen.

Asset Management, unter der Leitung von Michael Philipp, umfasst das institutionelle Geschäft der Bank, Deutsche Asset Management, als auch das Fondsgeschäft für Privatkunden, einschließlich der Kapitalanlagentöchter der Deutschen Bank, DWS und Finanza&Futuro. Der neue Geschäftsbereich ist größter Asset Manager auf dem europäischen Kontinent und viertgrößter weltweit mit ca. 600 Mrd € Kundenvermögen.

Die neue Gruppe "Private Clients and Asset Management" steht als globaler Finanzdienstleister an dritter Stelle weltweit nach betreutem Vermögen. Die erwirtschafteten Erträge betragen ungefähr 8,3 Mrd Euro, der Gewinn vor Steuern 1,3 Mrd Euro.

DB Services

Verschiedene bankweite Funktionen im Bereich der operativen Unterstützung, z. B. das Gebäudemanagement oder der zentrale Einkauf werden in DB Services zur Ausnutzung von Skaleneffekten zusammengeführt werden. Ausgewählte Dienstleistungen, die auch Kunden außerhalb der Deutschen Bank, z. B. über die e.t.b. oder Sinius angeboten werden können, sollen ausgebaut werden. Dabei besteht auch die Möglichkeit, Partnerschaften mit Dritten einzugehen.

Corporate Investments

In "Corporate Investments" unter der Leitung von Rolf-E. Breuer werden alle Beteiligungen der Deutschen Bank aktiv gemanagt. Dabei handelt es sich sowohl um das Portefeuille der Bank an Industriebeteiligungen, das bereits in DB Investor gebündelt ist, als auch die verschiedenen Aktivitäten der Bank in den Bereichen Private Equity und Venture Capital. Ziel ist es, durch ein koordiniertes Management die risikobereinigte Rendite für die Bank zu maximieren.

Corporate Center

Der Konzern Deutsche Bank wird wie bisher als virtuelle Holding geführt. Der Konzernvorstand wird bei seinen Leitungsaufgaben vom "Corporate Center" unterstützt. Rolf-E. Breuer (Sprecher), Clemens Börsig (Chief Financial Officer), Thomas Fischer (Chief Risk Officer/Chief Operating Officer), Tessen von Heydebreck (Chief Human Resources) und Hermann-Josef Lamberti (Chief Information Officer) leiten das Corporate Center.

KAPITEL IV: ZUSATZINFORMATIONEN

ZUSATZINFORMATIONEN

1. Steuerliche Behandlung

Handelt es sich bei dem Anleger um ein in Deutschland ansässiges Rechtssubjekt (wie nachstehend definiert) und hält der Anleger das X-pert (indeX Perpetual Tracking) Zertifikat™ („X-pert“) als private Kapitalanlage, können Einkünfte oder Verluste aus privaten Veräußerungsgeschäften nur vorbehaltlich bestimmter zusätzlicher Beschränkungen gegen steuerpflichtige private Kapitalerträge aufgerechnet werden, die im laufenden oder vorherigen Steuerjahr oder in nachfolgenden Steuerjahren realisiert werden bzw. wurden. Wird X-pert innerhalb eines Jahres nach der Anschaffung veräußert oder von der Emittentin eingelöst, unterliegen die privaten Kapitalerträge der Einkommensteuer (zuzüglich Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5% der geschuldeten Einkommensteuer). Die Höhe der Einkünfte oder Verluste aus privaten Veräußerungsgeschäften errechnet sich aus der Differenz zwischen dem Verkaufserlös bzw. dem von der Emittentin gezahlten Barausgleichsbetrag und den Kosten für die Anschaffung des Wertpapiers.

Der Begriff "**In Deutschland ansässige Rechtssubjekte**" bezeichnet eine natürliche Person mit Wohnsitz oder überwiegendem Aufenthaltsort in Deutschland sowie eine juristische Person, die ihren eingetragenen Sitz in Deutschland hat oder deren Management und Beherrschungsorgane sich in Deutschland befinden.

Handelt es sich bei dem Anleger nicht um ein in Deutschland ansässiges Rechtssubjekt, werden auf den Differenzbetrag zwischen dem Verkaufserlös bzw. Barausgleichsbetrag und dem Ausgabepreis bzw. den Kosten für die Anschaffung des X-perts Einkommen- oder Körperschaftsteuern (zuzüglich Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5% der geschuldeten Einkommen- oder Körperschaftsteuer) erhoben, sofern das X-pert dem Geschäftsvermögen einer Betriebsstätte (in diesem Fall werden auf das steuerpflichtige Einkommen zudem Gewerbesteuern erhoben) oder festen Einrichtung, die der Gläubiger in Deutschland unterhält, zugerechnet wird. Diese Bestimmungen finden auch auf in Deutschland ansässige Rechtssubjekte Anwendung, sofern das Wertpapier dem Geschäftsvermögen zugerechnet wird.

2. Abwicklung und Clearing

Die Globalurkunde wird bei Clearstream Banking AG hinterlegt und zum Clearing unter folgender Clearing- und Wertpapierkennnummer zugelassen.

ISIN : DE0007093452

WKN : 709345

3. Zahl- und Verwaltungsstelle in Deutschland.

Die Deutsche Bank AG, die über ihre Geschäftsstelle in Frankfurt am Main tätig ist, fungiert in Deutschland als Zahl- und Verwaltungsstelle. Die Zahl- und Verwaltungsstelle handelt in ihrer Funktion als Options- oder Zahlstelle unter folgender Anschrift: Alfred-Herrhausen-Allee 16-24, D-65760 Eschborn, Deutschland (Corporate Actions Department, Telefon: +49 (0) 69 910 66817, Telefax: +49 (0) 69 910 69218).

4. Einsehbare Dokumente

Alle Dokumente, die entsprechend den Anforderungen der Frankfurter Börse zur Einsichtnahme zur Verfügung stehen müssen, können in der Geschäftsstelle der oben angegebenen Zahl- und Verwaltungsstelle in Deutschland eingesehen werden.

5. Ausübungsrechte und Ausübungsverfahren

Nach Maßgabe der Nr.2 der Produktbedingungen nimmt die Emittentin eine Ausübungsmitteilung von Gläubigern gemäß vorstehender Definition an (unter Gläubiger wird das Rechtssubjekt verstanden, das zum fraglichen Zeitpunkt in den Aufzeichnungen der zuständigen Clearingstelle als Berechtigter eines bestimmten Nennbetrags der Wertpapiere geführt wird).

Diese Seite wurde absichtlich freigelassen.

EMITTENTIN

Deutsche Bank AG London
1 Great Winchester Street
London EC2N 2EQ
Großbritannien

ABSCHLUSSPRÜFER

KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Marie-Curie-Straße 30
D-60439 Frankfurt am Main
Deutschland